



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2015

Malte Piontek

**Euroskeptizismus in Dänemark.
Der Einfluss der Dänischen
Volkspartei auf die
Programmatik von Venstre**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Klaus H. Goetz
SoSe 2015

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG: EUROSKEPTIZISMUS UND DIE DÄNISCHE VOLKSPARTEI.....	5
2. POLITISCHES SYSTEM DÄNEMARKS	10
A. REGIERUNGSSYSTEM UND REGIERUNGSFORMEN	10
B. MINDERHEITSREGIERUNGEN UND PARTEIENWETTBEWERB	12
3. ANALYTISCHER RAHMEN.....	16
A. EUROSKEPTIZISMUS UND PARTEIENLANDSCHAFT IN DÄNEMARK	16
B. EUROSKEPTIZISMUS IN DER EU UND LINKS-RECHTS-DIMENSION IN DÄNEMARK	20
<i>i. Euroskeptizismus in der EU und Dänemark.....</i>	<i>20</i>
<i>ii. Links-Rechts-Dimension in Dänemark und Euroskeptizismus rechter Parteien.....</i>	<i>25</i>
C. NISCHENPARTEIEN UND PARTEIENWETTBEWERB	31
D. POSITION, SALIENCE UND OWNERSHIP THEORIE	34
E. HYPOTHESEN UND OPERATIONALISIERUNG.....	45
4. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG	48
A. METHODIK UND DATENGRUNDLAGE	48
B. AUSWERTUNG DER PARLAMENTSWAHL IN DÄNEMARK 1998	53
C. AUSWERTUNG DER EUROPAWAHL 1999 IN DÄNEMARK	54
D. AUSWERTUNG DER PARLAMENTSWAHL DÄNEMARK 2001	56
E. AUSWERTUNG DER EUROPAWAHL 2004 IN DÄNEMARK.....	57
F. AUSWERTUNG DER PARLAMENTSWAHL DÄNEMARK 2005.....	60
G. AUSWERTUNG DER PARLAMENTSWAHL DÄNEMARK 2007	60
H. AUSWERTUNG DER EUROPAWAHL 2009 IN DÄNEMARK.....	61
I. AUSWERTUNG DER PARLAMENTSWAHL DÄNEMARK 2011	64
5. ANALYSE DER WAHLEN VON 1998 BIS 2011.....	66
6. FAZIT UND AUSBLICK: VENSTRE ALS EUROSKEPTIKER?	75

Abbildungsverzeichnis

Grafiken

Grafik 1: Links-rechts Einordnung der dänischen Parteienlandschaft	25
Grafik 2: CMP 1998-2011 DK. Links-rechts Position der jeweiligen Partei	66
Grafik 3: CMP 1998-2011 DK. Anteil positiver und negativer Äußerungen zur EU	67
Grafik 4: Dänisches Wahlprojekt 1998-2001	68
Grafik 5: Dänisches Wahlprojekt 1998-2001. Arithmetisches Mittel der Links-Rechts-Einordnung	69
Grafik 6: EMP 1998-2001. Pro versus Anti EU Positionen der jeweiligen Parteien	70
Grafik 7: EMP 1999-2009 DK. Links-rechts Position der jeweiligen Partei	71

Tabellen

Tabelle 1: Kategorienzuordnung der links-rechts Orientierung im CMP	49
---	----

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
CMP	Comparative Manifesto Project
DF	Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)
DK	Königreich Dänemark
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMP	European Manifesto Project
EMU	European Monetary Union
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
FN	Front National
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
IWF	Internationaler Währungsfonds
MdEPs	Mitglieder des Europäischen Parlaments
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PSO	Position, Saliency, and Ownership theory
UKIP	United Kingdom Independence Party
VB	Vlaams Blok
WTO	Welthandelsorganisation

1. Einleitung: Euroskeptizismus und die Dänische Volkspartei

Der Euroskeptizismus wird bedeutender, im politischen Alltag der Europäischen Union (EU) und auch in der nationalen Politik. Die verschiedenen Formen von Kritik an der EU und ihren vielen Einflussfeldern haben sich längst überall etabliert. Zu den Staaten mit einer besonders langen Skepsis gegenüber der EU zählt Dänemark. Das Königreich stellt neben Großbritannien das einzige Land in der EU dar, welches über diverse Ausnahmen in den Verträgen zur EU verfügt, beispielsweise eine weiterhin eigene Währung.

Im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) 2014 erlebte der Euroskeptizismus erhebliche Aufmerksamkeit, dadurch, dass in einigen Mitgliedstaaten eurokritische Parteien überraschende Ergebnisse erzielen konnten. In Großbritannien konnte die Partei United Kingdom Independence Party (UKIP) die Wahl gewinnen, sowie auch der Front National (FN) in Frankreich. Auch in Deutschland, welchem ein pro-europäischer Konsens zugeschrieben wird, konnte die Alternative für Deutschland (AfD) 7,1 % der Stimmen erringen. Seit 2008 hat der Euroskeptizismus durch die Schulden- und Euro-Krise an Aufmerksamkeit gewonnen. Die radikale Linke sieht die EU und den Euro als Verstärker der Globalisierung, welcher die Mitgliedstaaten und seine Bürger einer neoliberalen Politik zuführen soll. Rechte Parteien lehnen die finanzielle Unterstützung der von der Krise betroffenen Länder ab. Darüber hinaus wird die EU auch verantwortlich für strikte Sparauflagen gemacht, die zu Arbeitslosigkeit und der Erosion des Sozialstaates führen. Eine weitere Dimension des Euroskeptizismus wird durch die Krise ebenfalls gestärkt, die nationale Souveränität der Krisenstaaten werde durch die Troika und Sparauflagen aus Brüssel angegriffen. Die Eurokrise hat mithin dem Euroskeptizismus Aufschwung gegeben und führt zu einem Erstarren eurokritischer Stimmen in Europa.

Der Euroskeptizismus hat sich in der dänischen Parteienlandschaft erkennbar niedergeschlagen und wird am deutlichsten von der Dänischen Volkspartei (DF) vertreten. Die thematische Schwerpunktsetzung der konservativen Partei liegt vor allem in den Bereichen Stärkung der nationalen Identität (Dänentum), Zurückweisung der Europäischen Union, Ablehnung der multiethnischen Wandlung Dänemarks. Seit ihrem Einzug in das Dänische Parlament 1998 konnte sich die Dänische Volkspartei fest etablieren. Ihr stärkstes Ergebnis auf europäischer Ebene verzeichnete die Partei bei den Wahlen 2014, wo sie mit

26,6 % die stärkste Kraft in Dänemark wurde. Bei den letzten nationalen Wahlen am 18. Juni 2015 konnte die Partei ebenfalls bis dato ihr bestes nationales Ergebnis erreichen und wurde mit 21,1 % nach den Sozialdemokraten zweit stärkste politische Kraft im Land. Die Partei konnte damit 15 weitere Sitze im Parlament, im Vergleich zur vorherigen Wahl, dazugewinnen. Im Gegensatz zu vielen anderen euroskeptischen Parteien ist die Dänische Volkspartei im politischen Alltagsbetrieb nicht isoliert. Das liegt an den Besonderheiten des politischen Systems in Dänemark. Dort ist es Gewohnheit, dass zu unterschiedlichen Themenbereichen und Vorhaben mit jeweils verschiedenen Parteien Lösungen erarbeitet werden. Das beruht vor allem auf der Grundlage, dass Minderheitsregierungen weit verbreitet sind und zu verschiedenen Themenbereichen auch unterschiedliche Mehrheiten genutzt werden. Da sich die Dänische Volkspartei mittlerweile als eine der stärksten Parteien im Land etabliert hat, gibt es keine Möglichkeit für die anderen Parteien, sie im politischen Alltag zu ignorieren.

Zwischen 2001 und 2011 fungierte die Dänische Volkspartei als Mehrheitsbeschafferin für eine liberal-konservative Regierung unter Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen und ab 2009 unter Lars Løkke Rasmussen. Die Partei konnte damit als erste radikale, populistische, rechte Partei in der EU in eine Quasi-Regierungsverantwortung über 10 Jahre eintreten. In dieser Zeit konnte die Partei eine rigidere Migrationspolitik durchsetzen. Die zunehmende Stärke der Dänischen Volkspartei stellt die übrigen Parteien in Dänemark vor erhebliche Herausforderungen und hat programmatische Debatten über das gesamte politische Spektrum hinweg angestoßen.

Die definitorische Einordnung der Dänischen Volkspartei in eine Parteienfamilie gestaltet sich schwierig, da sie keine klassische extrem rechte Partei ist: Widfeldt argumentiert, dass verschiedene Kategorien von Muddes Definitionen bezüglich rechter Parteien auf die Dänische Volkspartei zutreffen. Dennoch lässt Widfeldt keinen Zweifel daran, dass es sich bei der Dänischen Volkspartei um eine extrem rechte Partei handelt. Er belegt dieses unter anderem damit, dass die Partei nie am rechtesten Rand des Spektrums von einer anderen Partei übertroffen wurde und dass die Partei klar einem soziokulturellen rechten Umfeld zugeordnet werden kann. Im europäischen Vergleich verortet Widfeldt die Dänische Volkspartei als eine durchschnittliche extrem rechte Partei. Hingegen ordnet Gilles Ivaldi die Dänische Volkspartei in eine Gruppe der besonders radikalen, extrem rechten Parteien ein, zusammen mit dem Front National , der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD),

der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und dem belgischen Vlaams Blok (VB) (Hainsworth, 2008: 18).

Dem Erfolg der Dänischen Volkspartei ist vor allem die Partei Venstre zum Opfer gefallen. Venstre wird als Mitte-Rechts Partei eingeordnet, welche ihren thematischen Schwerpunkt auf Wirtschaftsliberalismus und freie Marktwirtschaft setzt. Im Zeitraum zwischen 2011 und 2015 hat die Partei laut Wählerwanderungsanalysen ungefähr 175.000 Wähler an die Dänische Volkspartei verloren. Das entspricht acht Mandaten im Dänischen Parlament von zur Zeit insgesamt 179 Abgeordneten (Berlingske, 2015). Danmarks Radio zeigt in einer Auswertung der Wählerwanderung nach der nationalen Parlamentswahl 2015, dass die Dänische Volkspartei 20 % ihrer Wähler von Venstre gewinnen konnte und dieses damit den größten Stimmenverlust einer Partei an die Dänische Volkspartei darstellt (Danmarks Radio, 2015). Auch die umgekehrte Aufschlüsselung der Wählerwanderung für die Partei Venstre nach der Parlamentswahl 2015 zeigt, dass Venstre den größten Teil ihrer Wähler mit 18% an die Dänische Volkspartei verloren hat (Danmarks Radio, 2015). Neben der starken Wählerwanderung und damit der Konkurrenz zwischen den Parteien, liegen die beiden Parteien ideologisch/programmatisch nah beieinander.

Unter dem Titel „Dänische Wohlfahrt in Europa“ haben die Parteien des Mitte-rechten Blockes (Venstre, Dänische Volkspartei, Liberale Allianz, Konservative Volkspartei) im Wahlkampf 2015 ein Positionspapier veröffentlicht in dem sie die Forderungen Großbritanniens nach einer Vertragsrevision in der EU und die Bekämpfung der EU als Sozialunion unterstützen (Venstre, 2015). Venstre steht durch den Erfolg der Dänischen Volkspartei unter Zugzwang und nähert sich dieser inhaltlich an.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich im Hinblick auf Venstre die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit: Wie wirkt sich das Auftreten der Dänischen Volkspartei und der durch sie propagierte Euroskeptizismus auf den programmatischen Euroskeptizismus der liberalen Partei Venstre aus? Der Fragestellung soll in dieser Arbeit anhand der von Bonnie Meguid entwickelten Position, Saliency und Ownership (PSO) Theorie nachgegangen werden. Dort argumentiert die Autorin, dass der Erfolg der Nischenparteien maßgeblich von dem Verhalten der Mainstreamparteien ihnen gegenüber abhängt. Anhand einer Analyse von drei Datensätzen wird bei den nationalen und europäischen Wahlen von 1998 bis 2011 überprüft,

ob eine Veränderung der kritischen Aussagen zur Europäischen Union bei der Partei Venstre unter der zunehmenden Konkurrenz durch die Dänische Volkspartei stattgefunden hat.

Daher wird zu Beginn dieser Arbeit in Kapitel zwei das politische System Dänemarks und seine Besonderheiten, vor allem die Regierungsbildung und die Minderheitsregierungen erläutert. Des Weiteren wird der dänische Parteienwettbewerb aufgezeigt, um deutlich zu machen, welche Parteien in Konkurrenz zueinander stehen. Dies ist nötig, um die Reaktionen und Verhaltensweisen der Parteien im weiteren Verlauf der Arbeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen einordnen zu können. Anschließend wird der analytische Rahmen der Arbeit konstruiert. Hierzu wird Euroskeptizismus von Parteien verortet und definiert. Ferner folgt die Erläuterung des Aufkommens, sowie Zustandes, Ausprägung des Euroskeptizismus in der EU. Ergänzend dazu wird der Euroskeptizismus in Dänemark skizziert. Eine nachfolgende Darstellung der links-rechts Dimension und der parteipolitischen Milieus dient dem Verständnis der Konfliktlinien und Debatten im dänischen Parteiensystem und in der politischen Landschaft. Anschließend wird die Verbindung zwischen rechten Parteien und dem Euroskeptizismus aufgezeigt.

Kapitel drei nimmt sich der Theorie von Bonnie Meguid über Nischen- und Mainstreamparteien an. Als erstes werden Nischenparteien im Kontext des Parteienwettbewerbes beleuchtet, um darauffolgend auf den Kern der Theorie von Meguid einzugehen. Im Rahmen der Theorie soll auf die drei unterschiedlichen Reaktionen von Mainstreamparteien auf Nischenparteien eingegangen werden, um dann die Hypothesen für die weitere Analyse abzuleiten. Dies mündet in einer Operationalisierung.

Im darauffolgenden Abschnitt werden die drei Datengrundlagen der Arbeit ausgewertet. Für die nationalen Wahlen werden die Datensätze des *Comparative Manifesto Project* (CMP) und des dänischen Wahlprojektes ausgewertet. Der CMP-Datensatz enthält kodierte Parteiprogramme von Parteien in über 50 Ländern, die mindestens einmal in das nationale Parlament gewählt wurden. Das dänische Wahlprojekt führt Wahlbefragungen durch und schlüsselt aus diesem Grund Einschätzungen zu verschiedenen Themen und Parteien durch die Befragten auf. Die Daten werden zur Ergänzung der Daten des CMP herangezogen, weil die CMP-Daten vor allem im Bezug auf die Einstellung von Venstre zur EU keine Ergebnisse aufweisen. Für die Europawahlen werden die Daten des *Euromanifesto Project* (EMP)

herangezogen, die nach dem gleich Verfahren wie die Daten des CMP erhoben werden. Als Untersuchungszeitraum wird 1998 – 2011 definiert: Die Analyse startet mit dem Jahr 1998, weil hier die Dänische Volkspartei erstmals in das nationale Parlament einzog. 2011 stellt den Endpunkt der Untersuchung dar, weil zu diesem Zeitpunkt die aktuellsten Daten über Wahlen auf nationaler sowie europäischer Ebene vorliegen. Daher werden die nationalen Wahlen in den Jahren 1998, 2001, 2005, 2007 und 2011 und die Europawahlen in den Jahren 1999, 2004 und 2009 analysiert. Diese empirische Arbeit wird in den für den Euroskeptizismus relevanten Variablen versuchen, programmatische Veränderungen zwischen den beiden Parteien aufzuzeigen.

Diese Ergebnisse werden dann im darauffolgenden Kapitel, jeweils getrennt für nationale und europäische Wahlen bewertet und den jeweiligen Hypothesen zugeordnet, um das Verhalten Venstres gegenüber der Dänischen Volkspartei aufzuzeigen. Anschließend werden die Ergebnisse aller Wahlprogramme zusammengeführt. Die Arbeit zeigt, dass Venstre sich in seiner inhaltlichen Positionierung auf die Dänische Volkspartei zubewegt.

2. Politisches System Dänemarks

a. Regierungssystem und Regierungsformen

Dieses Kapitel stellt das dänische Regierungssystem und seine besondere politische Kultur vor, um das Agieren der Parteien Venstre und Dänische Volkspartei einordnen zu können. Das politische System Dänemarks wird in der Fachliteratur als eine spezifische Form der „konsensualen Demokratie“ definiert (Lijphart, 2012, Arter, 2006: 271). Die Demokratien in Dänemark und generell in Skandinavien zeichnen durch einen hohen Grad an Zentralisierung im institutionellen Sinne aus (Lijphart, 2012: 178). David Arter definiert das dänische System als ein „parlamentarischer ad-hoc Konsensualismus“. Er geht davon aus, dass durch das häufige Auftreten von Minderheitsregierungen immer wieder verschiedene thematische Koalitionen gebildet werden müssen (Arter, 2006: 271). Dänemark ist eine parlamentarische Monarchie, in welcher der Monarch eine rein repräsentative Funktion einnimmt. Parlamentswahlen zum Folketing, wie das Dänische Parlament genannt wird, finden in einem vierjährigen Rhythmus statt. Das Land verfügt über ein Einkammerparlament, in dem 179 Abgeordnete vertreten sind (Jochem, 2012: 69). Von den 179 Abgeordneten stammen jeweils zwei aus Grönland und zwei von den Färöer Inseln. 135 Sitze werden in Mehrpersonenwahlkreisen gewählt und die restlichen 40 Mandate werden als Ausgleichsmandate vergeben. Der Anteil von weiblichen Abgeordneten mit 68 Frauen von allen Parlamentariern ist im europäischen Vergleich hoch (Förster, 2014: 28). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament werden in Dänemark insgesamt 13 Mandate vergeben. Ergänzend hierzu zeichnet sich Dänemark durch eine sehr hohe Wahlbeteiligung aus. Seit dem zweiten Weltkrieg hat die Wahlbeteiligung bei über 80 % gelegen (Nannestad, 2009: 87). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament liegt die Wahlbeteiligung bei circa 50 % und liegt damit in weiten Teilen noch über dem europäischen Durchschnitt. Dänemark verfügt mit 2 % der abgegebenen Stimmen über eine niedrige Sperrklausel (Förster, 2014: 27). Die Regierung kann jederzeit das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen (Nannestad, 2009: 70). Nannestad führt hierzu aus, dass die durchschnittliche Legislaturperiode zwischen 1973 und 1995 nur circa zwei Jahre betrug, sich aber seit dem auf ungefähr drei Jahre erhöht hat. Die regelmäßigen vorzeitigen Neuwahlen beeinflussen die parlamentarische Arbeit des Parlaments, in dem die Parteien einem dauerhaften Profilierungsdruck unterliegen und auf mögliche Wahlkämpfe vorbereitet sein können müssen (Nannestad, 2009: 70). Ausschlaggebend für die Regierungsbildung ist das Prinzip des negativen Parlamentarismus:

Dieses besagt, dass keine Regierung gebildet werden darf, die zu Beginn der Legislaturperiode einer Mehrheit des Parlaments das Misstrauen ausspricht (Nannestad, 2009: 76). Der Regierungschef und die zuständigen Minister werden durch den Monarchen ernannt, wobei die Anzahl der Ministerien um die 20 schwanken kann, je nach Koalitionskonstellation. Der Arbeitsschwerpunkt im Dänischen Parlament liegt in den zuständigen Ausschüssen. Zurzeit verfügt das Parlament über 26 ständige Ausschüsse. Mitglieder in die Ausschüsse entsenden können nur Fraktionen, die mehr als 10 Abgeordnete im Parlament haben. Die Einteilung der Ausschüsse entspricht in etwa der Ressortenteilung der jeweiligen Ministerien. Die Formalia des politischen Systems Dänemarks machen deutlich, dass der drohende Dauerwahlkampf starken Einfluss auf die parlamentarische, strategische und programmatische Arbeit der Parteien hat.

Regierungsformen

Abhängig von der Zusammensetzung des Dänischen Parlaments wird zwischen verschiedenen Regierungstypen unterschieden: Mehrheitsregierungen, Minderheitsregierungen mit festen Unterstützern im Parlament von den Regierungsfractionen und von Fraktionen außerhalb der Regierung und Minderheitsregierungen ohne einen festen Unterstützerkreis im Parlament (Nannestad, 2009: 77). Nach dem zweiten Weltkrieg hat die Anzahl der Mehrheitsregierungen deutlich abgenommen. Zwischen 1973 und 1993 gab es keine Mehrheitsregierung, sondern vor allem Minderheitsregierungen ohne feste Unterstützung im Parlament. Gerade wegen dieser nahezu ausschließlichen Bildung von Minderheitsregierungen wird Dänemark als die „Heimat von Minderheitsregierungen“ (Arter, 2006: 8) bezeichnet. Durch die starke Zunahme der Anzahl von Parteien im Parlament ist die Bildung von Mehrheitsregierungen deutlich schwerer geworden; das begünstigt die Bildung von Minderheitsregierungen (Förster, 2014: 32). Vor allem das Auftreten von vornehmlich Letzteren führte in der Folge faktisch zu Verschiebungen im parlamentarischen Verhalten der Parteien. Die Oppositionsparteien haben in diesem Umfeld eine deutlich höhere Chance, eigene Inhalte umzusetzen und die politische Agenda und deren Implementierung zu beeinflussen (Damgaard, 1992: 48). Dieses führt dazu, dass das Parlament eine deutlich machtvollere Position gegenüber der Regierung einnehmen kann als in anderen europäischen Staaten. Eine Minderheitsregierung muss sich entsprechend wechselnde Mehrheiten im Parlament beschaffen, um ihre angestrebten Inhalte umsetzen zu können. Dieser Prozess ermöglicht allen Parteien einen großen Einfluss auf die Gesetzgebung (Christiansen and

Togeby, 2006: 7-8). Diese Regierungsform bildet in Dänemark die Basis für die lagerübergreifende Zusammenarbeit der Parteien. Gerade die Interaktion und der Wettbewerb zwischen den Parteien wird so stimuliert.

b. Minderheitsregierungen und Parteienwettbewerb

Minderheitsregierungen können in zwei verschiedenen Formen auftreten: in Form einer Regierung mit ad hoc Bündnissen, die sich für jedes Vorhaben eine Mehrheit beschaffen muss, oder in Form einer Minderheitskoalition, die im Rahmen der Regierungsbildung einen Großteil der Agenda beschließt (Arter, 2006: 100). Bei den dänischen Minderheitsregierungen handelt es sich vornehmlich um Minderheitskoalitionen. Die Parteien in den Koalitionen zeichnen sich durch eine ideologische Nähe untereinander aus (Arter, 2006: 99). Es gibt entweder Mitte-Rechts oder Mitte-Links Koalitionen (Pedersen, 2000: 372). Pedersen führt vier Gründe an, warum gerade in Dänemark häufig Minderheitsregierungen vorkommen: Es kam, erstens, zu einer starken Fragmentierung des Politischen Systems und dadurch zu vielen kleinen Parteien in der Mitte des Parteienspektrums. Zweitens, können die traditionellen politischen Blöcke sowie die einzelnen Parteien äußerst selten eine Mehrheit auf sich vereinigen. Pedersens führt drittens an, in Anlehnung an Torbjörn Bergmans These, an: „Variation bei den Regeln der Regierungsbildung kreieren Variation bei der Logik der Koalitionsverhandlungen“ (Bergman, 1993: 62). Viertens begünstigt auch der negative Parlamentarismus die Formierung einer Minderheitsregierung (Arter, 2006: 102-103).

Politische Systeme mit Minderheitsregierungen zeichnen sich vor allem durch einen stetigen Prozess des Verhandeln zwischen Regierung und Opposition aus. Damgaard führt hierzu im Bezug auf Dänemark aus:

„Since the early 1980s, all governments have had to make deals with opposition parties to ensure the passage of the budget proposed by the government. Almost every conceivable ad hoc coalition of parties, or tacit understanding of parliamentary voting expectations, has been practised in the last two decades.“
(Damgaard, 2004: 118)

Eine Minderheitsregierung birgt immer die Gefahr, dass die Regierung durch eine oppositionelle Mehrheit regiert werden kann (Damgaard, 2004: 118). Damgaard führt dazu aus, dass die Vereinbarung eines schriftlichen Koalitionsvertrages vor 1993 selten der Fall

war, wohingegen dieses heute die Regel bei allen Minderheitsregierungen ist (Damgaard, 2004: 121).

Minderheitsregierungen beschaffen sich im Parlament Mehrheiten, indem sie Abkommen zu verschiedenen Themenkomplexen mit anderen Parteien schließen. Diese Abkommen werden „forlig“ genannt und können ausschließlich spezifische Themen betreffen oder gesamte politische Themenbereiche abdecken. Solch eine Vereinbarung bindet die Parteien bis zum Abschluss der Thematik, oder sie reicht bis zum Ende der Legislaturperiode. Parteien, die sich dem „forlig“ verweigern werden aus dem parlamentarischen Prozess komplett ausgeschlossen. Ähnlich wie bei einem Koalitionsvertrag wird ein Großteil der „forlig“ (Juul Christiansen and Damgaard, 2008: 58) schriftlich fixiert. Hierbei soll vor allem sichergestellt werden, dass deutlich bleibt, was die beteiligten Parteien im Wortlaut genau beschlossen haben (Juul Christiansen and Damgaard, 2008: 58-59).

Die Formierung von Minderheitsregierungen hat einen großen Einfluss auf die Anzahl der Parteien im politischen System, als auch auf die Kooperation zwischen den Parteien. Diese Dynamik muss bei der Analyse von programmatischen Forderungen im Zeitverlauf bedacht werden.

Parteienwettbewerb

Durch die „earthquake election“ (Arter, 2006: 102) von 1973 zersplitterte die dänische Parteienlandschaft weiter. Die Wähler hatten die Parteienlandschaft nachhaltig verändert. Sozialdemokraten, Radikal-Liberale, Liberale und Konservative verloren bei diesen Wahlen deutlich, ebenso wie die kurz zuvor gegründete Sozialistische Volkspartei. Drei neue Parteien (Christdemokraten, Zentrumsdemokraten und die Fortschrittspartei) konnten in das Parlament einziehen (Bergman and Strøm, 2011: 69). Durch die Wahlen 1973 verdoppelte sich die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien von fünf auf zehn. Im aktuellen Parlament sind neun Parteien vertreten, womit sich die starke Fragmentierung der dänischen Parteienlandschaft zeigt.

Green-Pedersen argumentiert, dass die Verlagerung des Parteienwettbewerbs in der Dänischen Politik daran deutlich wird, dass sich der thematische Schwerpunkt der Politik von makroökonomischen Fragestellungen hin zu Fragen rund um den Sozialstaat gewandelt hat. Hiermit würde ebenfalls das Argument gestützt, dass eine Verschiebung vom Klassenkampf hin zu themenorientierten Fragestellungen stattfindet (Green - Pedersen, 2006: 227). Auch die Wahl 2001 hat das politische System Dänemarks nachhaltig verändert, weil sie die

parlamentarische Mehrheit nach rechts verschoben hat (Green-Pedersen and Walgrave, 2014: 69). Neben der Verlagerung des Wettbewerbs zwischen den Parteien hat auch die Wählerwanderung in Dänemark deutlich zugenommen. Wähler verändern also ihre Wahlentscheidung viel häufiger als in der Vergangenheit üblich (Green - Pedersen, 2006: 229). In den 90er Jahren verlagerte sich das politische Interesse mehr und mehr auf die Themen Einwanderung und Flüchtlinge, Umweltschutz, Sicherheitspolitik und Entwicklungshilfe. Mit dem Wechsel der Regierung 1993 verlagerte die rechte Opposition den Schwerpunkt ihrer Politik auf die Themen Einwanderung und Flüchtlingspolitik. Diese Themen waren damit bei der Wahl 2001 wichtiger als die Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala (Green - Pedersen, 2006: 229). Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2011 wurde der Wahlkampf vor allem von der Wirtschaftskrise und den daraus folgenden Problemen für Dänemark geprägt. Die öffentliche Diskussion über Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Dänische Volkspartei sich als rechte Partei etablieren konnte (Green-Pedersen and Walgrave, 2014: 70).

Green-Pedersen argumentiert, dass durch die Verschiebungen der Schwerpunkte im Parteienwettbewerb, Politiker und ihre Parteien ein Gefühl von Machtverlust entwickeln. Durch die Abnahme der großen Mitgliederparteien kommt es zu einer Verlagerung der politischen Macht hin zu anderen Akteuren außerhalb der parlamentarischen Arena. Heute ist der Wettbewerb zwischen den Parteien eine Kombination aus Themenwettbewerb und der Positionierung zwischen einer größeren Anzahl an Akteuren. Der Parteienwettbewerb hat mit der Anzahl der Parteien signifikant zugenommen und die Komplexität macht es notwendig, auf Veränderungen anderer Parteien zu reagieren, um den Anteil an Wählerstimmen stabil zu halten, oder um weitere Stimmen dazu zu gewinnen (Green - Pedersen, 2006: 231-232). In Hinblick auf diese Arbeit macht das auch deutlich, warum Venstre auf die Dänische Volkspartei und ihr Kernthema Euroskeptizismus reagieren könnte. Eine Verschiebung der thematischen Schwerpunkte erfordert von den Parteien eine besondere Sensibilität, um Wählerpräferenzen auch weiterhin adressieren zu können.

Stein Rokkan stellt folgende traditionelle und zentrale Konfliktlinien in der dänischen Politik heraus: den Wettbewerb der Konservativen und Sozialdemokraten um die Angestellten, den Wettbewerb der Konservativen und Sozialdemokraten mit den Liberalen um die Kleinbauern und Landarbeiter, sowie das Werben der Konservativen und Liberalen um den Mittelstand (Förster, 2014: 33). Ergänzend zu den traditionellen Konfliktlinien hat sich seit 2001 die

Dominanz des Konfliktes zwischen dem rechten und linken Spektrum zugespitzt. Der linke Block bildet sich um die Sozialdemokraten, als stärkste Partei; der rechte Block wird von den Konservativen und Liberalen angeführt (Green-Pedersen and Walgrave, 2014: 72).

Green-Pedersen kommt zu dem Schluss, dass nationale Wahlen keinen entscheidenden Einfluss auf das dänische Parteiensystem gehabt haben, um dieses Modell in seinem Parteienwettbewerb zu verändern. Die hauptsächlichen Veränderungen im Parteienwettbewerb und im Agenda-Setting finden in dem Zeitraum zwischen den Wahlen statt. Als größte Veränderung und Verschiebung von Wahlverhalten im Laufe der Zeit lässt sich die Verbreiterung der politischen Agenda festhalten. Von der Langzeitveränderung profitierte vor allem die Dänische Volkspartei, welche die Themen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik besetzte. Damit führte sie diejenigen Themen als Markenkern, die den Schwerpunkt der politischen Agenda heute in Dänemark bilden.

3. Analytischer Rahmen

a. Euroskeptizismus und Parteienlandschaft in Dänemark

Formen und Definitionen

Der Euroskeptizismus als Konzept kritisiert die EU in politischer, wertebasierter, legaler, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art und Weise.

Euroskeptizismus ist ein relativ neues Phänomen in der Politikwissenschaft (Topaloff, 2012: 24). Auch dieser Aktualität geschuldet existieren verschiedene Ansätze und Herangehensweisen an die Thematik. Cécile Leconte unterscheidet zwischen utilitaristischem Euroskeptizismus, politischem Euroskeptizismus, wertebasiertem Euroskeptizismus und kulturellem Anti-Europeanismus.

Utilitaristischer Euroskeptizismus zeichnet sich durch Zweifel an den Vorteilen und Gewinnen einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union aus. Der politische Euroskeptizismus ist skeptisch gegenüber der Europäischen Integration aufgrund des Verlustes der nationalen Souveränität und Identität. Die Kritik an der Einmischung der EU in normative Themen liegt dem wertebasierten Euroskeptizismus zu Grunde. Eine Ablehnung Europas als Kontinent, sowie kein Vertrauen in das Gesellschaftsmodell und die Institutionen der EU findet sich im kulturellen Anti-Europeanismus (Leconte, 2010: 43). Ähnlich wie Leconte diskutieren auch Abts, Heerwegh und Swayngedouw (2009) die Ursachen und Wirkungen von Euroskeptizismus. Sie unterscheiden hierbei zwischen utilitaristischen, politischen und auf nationaler Identität basierendem Euroskeptizismus (Topaloff, 2012: 21). Gerade beim utilitaristischen, kultur- und wertebasierten Euroskeptizismus gibt es zwischen den verschiedenen Ablehnungen unterschiedliche Begründungen. Topaloff verweist auf die verschiedenen Parteien in einigen Ländern der EU. Er kritisiert zudem die schwierige Unterscheidung zwischen den Subkategorien des Euroskeptizismus: Was unterscheidet den wertebasierten Euroskeptizismus von dem kulturbasierten Euroskeptizismus? Viele Formen der Kritik an der EU ließen sich keinen klaren Kategorien zuordnen und umfassen mehrere Definitionen des Euroskeptizismus.

Leconte macht deutlich, dass utilitaristischer Euroskeptizismus erst ab 1990 signifikant in der Bevölkerung und bei den gesellschaftlichen Eliten zugenommen hat. Das beruht vor allem darauf, dass erstmals die Erweiterung der EU und der Economic and Monetary Union (EMU) mit weniger entwickelten Länder bevor stand und somit die Kosten ein Vergrößerung steigerte. Politiker forderten eine Re-nationalisierung der EU-Verteilungspolitik und

versuchten die Einflüsse des EU-Wettbewerbsrechts auf die nationale Wirtschaft zu beschränken (Leconte, 2010: 46-50).

Politischer Euroskeptizismus erlebte seine Stärke in den frühen Phasen der europäischen Integration in den 1950er Jahren und gewann ab 1990 mit dem Vertrag von Maastricht wieder an Zuspruch. Die größten Kritikpunkte waren die Einführung der Unionsbürgerschaft, sowie die EU-Flagge. Einige Nationalstaaten fürchteten, dass die Einführung von europäischen Symbolen und Elementen die nationalstaatliche Identität schwächen würden. Ergänzend hierzu wurde gewarnt, dass die nationale Demokratie durch die Zunahme der europäischen Integration geschwächt werden würde. In diesem Verlauf etablierten sich auch die Begriffe von der „ungewählten Bürokratie“, „europäischer Superstaat“ und der „Brüsseldiktatur“ im Sprachgebrauch der Euroskeptiker (Leconte, 2010: 50-53).

Der wertebasierte Euroskeptizismus hat seinen Ursprung darin, dass durch den Spill-over-Effekt¹ auch Themenbereiche durch EU-Richtlinien beeinflusst werden, die nicht in den Kompetenzbereich der EU gehören. Leconte führt hierfür die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) zu den Grundregeln des Europäischen Binnenmarktes an. Als Beispiel wird unter anderem die Rechtsprechung des EUGH zum staatlichen Verkauf von alkoholischen Getränken in Schweden genannt; Der EUGH entschied, dass die Beschränkung auf wenige Alkoholimporteure die Regeln des Binnenmarktes verletzt.

Kultureller Anti-Europeanismus tritt seit dem Beginn der europäischen Integration auf und beruht vor allem auf der Kritik, dass es keine gemeinsame Geschichte und ethnische Hintergründe gibt. Des Weiteren wird argumentiert, dass als Voraussetzung für eine europäische Demokratie eine kulturelle Homogenität vorherrschen muss. Ergänzend hierzu wird als zweiter Kritikpunkt angemerkt, dass die Entwicklung einer Demokratie und der Verfassung eines Staates aus dessen Geschichte hervorgeht und daher nicht voneinander losgelöst entwickelt werden kann (Leconte, 2010: 57-63).

Für diese Arbeit wird das Phänomen Euroskeptizismus als ein politisches Phänomen behandelt. Topaloff führt hierzu aus, damit Euroskeptizismus relevant ist und einen

¹ „Dieser Ansatz erklärt den Integrationsprozess als einen sich selbst verstärkenden „spill-over“-Prozess, in dem aufgrund funktionaler Verknüpfungen unterschiedlicher Politikfelder einer „Sachlogik“ folgend die zwischenstaatliche Integration in einem Bereich eine Vergemeinschaftung in anderen Bereichen nach sich zieht.“ (Weidenfeld and Wessels, 2014: 336)

politischen Einfluss genießen kann, muss er durch politische Parteien vertreten werden, um in der Folge eine politische Bedeutung entfalten zu können (Topaloff, 2012: 22).

Die politikwissenschaftliche Forschung behandelt Euroskeptizismus mehr als Symptom, als eine Strategie. In dieser Arbeit wird der Euroskeptizismus durch die Parteien als Strategie aufgefasst. Ein Aufsatz von Taggart aus dem Jahr 1998 gilt als grundlegend. Taggart geht davon aus, dass Euroskeptizismus ein allumfassender Begriff ist: „Eurocepticism expresses the idea of contingent or qualified opposition, as well as incorporating outright and unqualified opposition to the process of European integration“ (Taggart, 1998: 366). Diese Definition gilt als Ausgangspunkt für die darauffolgende Definition von Taggart und Szczerbiak und die Unterscheidung in „weichen“ und „harten“ Euroskeptizismus. Unter „hartem“ Euroskeptizismus verstehen Taggart und Szczerbiak die generelle Zurückweisung der EU und der europäischen Integration durch eine Partei und die Forderung nach einem Verlassen der EU des betreffenden Landes. Dem gegenüber steht der „weiche“ Euroskeptizismus als Kritik an bestimmten Policy-Bereichen oder –Projekten. Hierbei handelt es sich mehr um eine qualifizierte Kritik an der EU, als eine generelle Zurückweisung (Szczerbiak and Taggart, 2008: 7-9).

In der normativen Einordnung von Euroskeptizismus wird nach verschiedenen Stufen des Skeptizismus unterschieden und auch anerkannt, dass ein Akteur euroskeptisch sein kann, wenn diesem der EU-Integrationsprozess nicht weit genug reicht. Hierbei wird in verschiedenen Stufen zwischen der Intensität des Skeptizismus unterschieden. Christopher Flood differenziert zwischen „rejectionists“, „revisionists“, „gradualists“ zu „maximalists“, die eine noch tiefgreifendere Integration der EU fordern (Flood, 2002: 79-81). Topaloff kritisiert an dieser Aufteilung, dass Euroskeptizismus keine Kritik sein kann, die sich gegen zu wenig Integration wendet, „the idea that euroscepticism can be regarded as opposition to the current status quo of not enough integration rather than too much integration is logically flawed and must be dismissed“ (Topaloff, 2012: 24).

Eine weitere Methode, sich der Thematik anzunähern, ist Euroskeptizismus als strategisch zu definieren. Strategischer Euroskeptizismus ist ein von Eliten betriebener Skeptizismus. Diese Annahme ist für die Arbeit zentral, denn die Parteien sind dieser Logik folgend die entscheidenden Akteure im Umgang mit Euroskeptizismus: Eliten und Parteien bringen ihre Positionen in Reden, Parteiprogrammen, Interviews und Internetbeiträgen zum Ausdruck

(Topaloff, 2012: 25). Als Vorteil der Unterscheidung in „weichen“ und „harten“ Euroskeptizismus macht Topaloff aus, dass sich hiermit die klare Positionierung und die strategische Orientierung einer Partei aufzeigen lässt. Die Präferenzen und die Ziele einer Partei können daher deutlich gemacht werden. Als Schwierigkeit stellt sich aber heraus, dass der „harte“ und „weiche“ Euroskeptizismus keine inhaltlichen Aussagen treffen kann (Topaloff, 2012: 25). Der Skeptizismus zeigt nur den Intensivitätsgrad an und nicht wo dieser ansetzt. Richard Katz kritisiert des Weiteren, dass aus der Definition von Taggart und Szczerbiak nicht deutlich wird, was genau „weicher“ Euroskeptizismus ist und somit eher ein fließender Übergang beschrieben wird als ein dezidierter Zustand (Katz, 2008: 154-155).

Der Begriff von Euroskeptizismus, der in dieser Arbeit verwendet werden soll, bildet sich auf der Basis des zuvor genannten „weichen“ Euroskeptizismus von Taggart und Szczerbiak. Diese Arbeit möchte nur Euroskeptizismus grundsätzlich aufzeigen und benötigt daher keine Abstufung in verschiedene Formen oder eine Unterscheidung. Als Eingangsschwelle für das, was als Minimum eines Euroskeptizismus definiert wird, steht diese Ausführung: Die Kritik an einem oder mehreren Politikfeldern mündet hier in die qualifizierte Kritik an der EU, oder „nationale Interessen“ stehen im Widerspruch zu Vorhaben und Ansichten der EU. Eine tiefere Integration der Europäischen Union oder die EU Mitgliedschaft wird nicht grundsätzlich abgelehnt. Die im letzten Absatz geschilderte Definition bildet für diese Arbeit, im Bezug auf den Euroskeptizismus, die notwendige Bedingung.

b. Euroskeptizismus in der EU und Links-Rechts-Dimension in Dänemark

i. Euroskeptizismus in der EU und Dänemark

Im jetzt folgenden Abschnitt soll die Entstehung und Verwurzelung des Euroskeptizismus in Dänemark, sowie der Wettbewerb zwischen den Parteien dargestellt werden, um die Relevanz des Themas deutlich werden zu lassen und aufzuzeigen welchen Einfluss dieser auf den Parteienwettbewerb hat.

Das Aufkommen von Euroskeptizismus in der EU hängt vor allem mit der tieferen Integration der EU im Rahmen des „Vertrages von Maastricht“ zusammen. Bis dato war die Zusammenarbeit der verschiedenen Staaten in Europa vornehmlich auf wirtschaftliche Themen beschränkt. Die wissenschaftliche Literatur hat nachgewiesen, dass es nach der Unterzeichnung des Vertrags 1992 einen „Post-Maastricht Blues“ (Eichenberg and Dalton, 2007: 139) gab und die Bevölkerung durch die Ablehnung in Dänemark und die sehr knappe Zustimmung in Frankreich deutlich weniger dem Gedanken der EU zustimmte. Gerade bei einem Großteil der Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 in Paris hat die Zustimmung zur EU zwischen 1991-2003 um 10 % abgenommen (De Vries and Van Kersbergen, 2007: 309-310). Im Verlauf der weiteren Integration lehnten die Bürger bei den Referenden in Irland den Vertrag von Nizza 2000, den Vertrag über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 und den Vertrag von Lissabon in Irland 2008 ab. Parallel dazu konnten sich in ganz Europa offen EU-feindliche und unterschiedlich erfolgreiche Parteien etablieren, welche die europäische Integration nicht weiter vertiefen wollen.

Allein normativ hat es Einflüsse auf die Demokratie auf staatlicher und europäischer Ebene, wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung nicht hinter der europäischen Integration steht. Direkte Einflüsse solcher starker EU-Feindseligkeit sind die Ablehnung von Referenden und der Einzug von eurokritischen Parteien in die Parlamente. Des Weiteren beeinflusst die Europapolitik in einigen Mitgliedstaaten die Innenpolitik (Szczurbiak and Taggart, 2008: 1).

„There is clearly a distinct ‘pro-integration core’ of social democrats, liberals and Christian democrats, who are ideologically inclined to endorse further integration both economically and politically“ (Crum, 2007: 65). Crum macht hiermit deutlich, dass es in den EU-15 Ländern einen Kern von Parteien gibt, die nach wie vor für eine tiefere Integration eintreten. Im Umkehrschluss wird auch deutlich, dass die Parteien, die gegen eine tiefere Integration der EU sind, sich häufig an den Rändern des politischen Spektrums befinden.

Einzigste Ausnahme: die britischen Konservativen (De Vries and Edwards, 2009: 6). Vornehmlich rechte Parteien sehen die EU als eine Bedrohung für ihren Nationalstaat und fordern daher einen Austritt aus der Gemeinschaft (Mudde, 2007: 163). Parteien am linken Ende des Spektrums kritisieren die EU vor allem für ihren neoliberalen Charakter und die unsichere Ausgestaltung der Wirtschaft für die Bürger (De Vries and Edwards, 2009: 22). Extrem rechte unterscheiden sich von extrem linken euroskeptischen Parteien dadurch, dass bei den rechten Parteien der Euroskeptizismus einen essenziellen Teil der Programmatik ausmacht (Conti and Memoli, 2011: 105). Gerade die Bekämpfung der Finanz- und Eurokrise hat dazu beigetragen, dass in vielen Mitgliedstaaten ein Erstarren der Euroskeptiker in den nationalen Parlamenten zu verzeichnen war (Miklin, 2014: 1201). Bei der letzten Europawahl 2014 wurden euroskeptische Parteien in Frankreich, Großbritannien und Dänemark zu den stärksten Parteien gewählt. In Ungarn konnte die Jobbik-Partei zweitstärkste Kraft werden. Die eurokritischen Parteien in Österreich, Griechenland und Finnland traten an dritte Stelle. Anhand dieser Ergebnisse der Europawahl 2014 lässt sich erkennen, dass rechte Parteien nicht in ganz Europa erfolgreich waren, sondern dass es massive Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten gibt. In einem Großteil der Länder haben die rechten Parteien gegenüber der Europawahl 2009 an Stimmen verloren. In den Ländern Portugal, Spanien und Irland, die von der Wirtschaftskrise schwer betroffen waren, ist kein Politiker einer rechten Partei ins Europaparlament gewählt worden (Halikiopoulou and Vasilopoulou, 2014: 285-286). Dieser Abschnitt stellte den generellen Zustand des Euroskeptizismus in der EU dar. Im nächsten Abschnitt wird der dänische Euroskeptizismus in diesen Kontext eingeordnet.

Euroskeptizismus in Dänemark

Den Ursprung für den starken Eindruck Dänemarks als ein sehr eurokritisches Land, bildet die Ablehnung des Vertrages von Maastricht und die damit verbundenen vier Opt-Outs gegenüber der EU. Hieraus ergibt sich direkt die Relevanz der Fallauswahl Dänemarks. Mit der Dänischen Volkspartei ist eine eurokritische Partei in der Innenpolitik besonders stark und bestimmt auch die Politik der Regierung mit. Ergänzend hierzu beeinflusst der Euroskeptizismus einen weiten Teil der politischen Landschaft, welches Dänemark in der EU einzigartig macht. Ein weiterer Beleg für die Ablehnung der Dänen gegenüber der EU bildet das „Nein“ zum Euro-Beitritt im Jahr 2000. Weiterhin ist auffällig, dass bei Wahlen zum Europaparlament die Wahlergebnisse für eurokritische Parteien relativ hoch sind bei einer insgesamt für Dänemark schlechten Wahlbeteiligung.

Hier haben sich im Laufe der Zeit zwei verschiedene Parteiensysteme etabliert, eines für nationale Wahlen und eines für europäische Wahlen und Referenden. Als Besonderheit ist herauszustellen, dass es in Dänemark zwei Parteien gab, die nur zu Europawahlen und Referenden angetreten sind. Die eurokritische Junibewegung war bis 2009 im Europaparlament vertreten, hat sich aber nach dem Verlust des Sitzes im selben Jahr aufgelöst. Bis heute ist die zweite eurokritische Partei, die Volksbewegung gegen die EU im Europaparlament vertreten.

Wichtige Bausteine des heutigen Euroskeptizismus in Dänemark sind die Angst vor Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg und die Vertiefung der nordischen Kooperation. Die dänischen Befürchtungen gegenüber Deutschland wurden auch durch die Rhetorik im Kalten Krieg und die Wiederbewaffnung Deutschlands in den 1960er und 1970er Jahren bestätigt. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die nordische Kooperation verstärkt, gefördert von der Tatsache, dass alle nordischen Staaten ein ähnliches Verständnis von sozialer Gleichheit und einen ausgeprägten Sozialstaat haben. Die nordische Ausrichtung und die Furcht vor Deutschland haben das Verständnis Dänemarks als souveränen und unabhängigen Nationalstaat geprägt. Für die nationale Identität bildet der geschichtliche Hintergrund eine wichtige Basis und daher wird jegliches politische Ansinnen, das den Nationalstaat und die nationale Identität gefährden könnte als Bedrohung angesehen. Gerade diese Sichtweise wird von den rechts-nationalistischen Parteien in Dänemark vertreten und bildet unter anderem einen der Ursprünge ihres Euroskeptizismus (Knudsen, 2008: 152-155).

Im Rahmen des 1972 abgehaltenen Referendums über den Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde die Volksbewegung gegen die EG gegründet und steht durch ihre „grass-roots culture“ fundamental für den dänischen Euroskeptizismus. Diese Partei konnte damit auch bei den ersten direkten Wahlen zum Europaparlament mit 29 % die meisten Stimmen gewinnen. Auch an diesem Ergebnis wird deutlich, wie umstritten die Mitgliedschaft in der EU in der dänischen Bevölkerung war. 1992 nach dem abgelehnten Referendum über den Vertrag von Maastricht hat sich die Volksbewegung in zwei Parteien geteilt. Ein Teil der Partei, die „weiche“ eurokritische Junibewegung, war für einen breiten Kompromiss bei den Nachverhandlungen des Vertrages von Maastricht, wohingegen der weiterhin „harte“ euroskeptische Teil der Volksbewegung für einen Austritt Dänemarks aus der EG warb. Bei beiden Bewegungen ist durchaus beachtlich, dass die Mitglieder nicht zwangsläufig Mitglieder des nationalen Parlaments sind und auch keine Karriere als

Berufspolitiker anstreben. Beide Parteien generieren ihre Mitglieder aus allen politischen Richtungen und sozialen Schichten (Knudsen, 2008: 156-157).

Die dänische Parteienlandschaft teilt sich in eine größere Gruppe von Parteien mit einem „weichen“ Euroskeptizismus und eine kleinere Gruppe von Parteien mit „hartem“ Euroskeptizismus auf. Knudsen benutzt hierbei das von Taggart und Szczerbiak entwickelte Modell, um die Parteien zu verorten. Die stärkste Wandlung im Parteiensystem im Bezug auf den Euroskeptizismus hat die Sozialistische Volkspartei erfahren: In der ersten Phase der europäischen Integration waren die Sozialisten äußerst eurokritisch und haben einen bedeutenden Beitrag in der Volksbewegung gegen die EU gespielt. Die Ablehnung der EU durch die Sozialisten beruhte auf der Annahme, dass die Gemeinschaft nur die Interessen der Kapitalisten vertreten würde. Nachdem die Mehrheit der Dänen dem Beitritt zur Einheitlichen Europäischen Akte zugestimmt hatte, entschied die Partei, nicht weiter den Austritt Dänemarks aus der EU zu fordern. Deshalb versuchte die Partei dann die für sie zentralen Themen wie Umweltschutz und Verbraucherrechte auf der europäischen Ebene zu stärken (Knudsen, 2008: 158-159). Eine zentrale Rolle spielte die Partei auch bei der Ablehnung des Vertrages von Maastricht im Jahre 1992, sie konnte sich danach an die Spitze der Verhandlungen um einen „nationalen Kompromiss“² setzen. In 1999 entschied sie sich die bestehende Forderung nach einem Rückzug Dänemarks aus der EU aus ihrem Parteiprogramm zu entfernen (Knudsen, 2008: 158-159).

Laut Knudsen fährt die Dänische Volkspartei als rechts-nationalistische Partei einen strikten Anti-EU-Kurs. Hierbei wird argumentiert, dass die EU eine Bedrohung für die nationale Souveränität des Landes ist. Im Kern fordert die Partei in ihrem Programm einen Austritt Dänemarks aus der EU und verlangt rein zwischenstaatliche und wirtschaftliche Kooperationen mit anderen Staaten. Die Dänische Volkspartei ist aber der Auffassung, dass es ihre parlamentarische Verantwortung ist, weiterhin von der Annahme auszugehen, dass Dänemark nicht aus der EU austreten wird. Daher versucht die Partei die existierenden EU-Institutionen in Richtung einer intergouvernementalen Kooperation umzuwandeln. Vor dem Hintergrund der Sicherung des eigenen Nationalstaates, setzt sich die Dänische Volkspartei dafür ein, dass das dänische Recht dem europäischen Recht übergeordnet wird. Eines der

² Der „nationale Kompromiss“, der im Parlament entwickelt wurde, sah für Dänemark Ausnahmen an der Teilnahme der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, die dritte Phase der Währungsunion und der Unionsbürgerschaft für den Vertrag über die Europäische Union vor. Diese Ausnahmen wurden vom Europäischen Rat im Dezember 1992 in Edinburgh angenommen (Knudsen, 2008: 167).

Kernanliegen der Partei ist aber der unmittelbare Austritt Dänemarks aus dem Schengen-Abkommen und die unabhängige Entscheidungshoheit des nationalen Parlaments über die Asyl- und Einwanderungspolitik (Knudsen, 2008: 159-160).

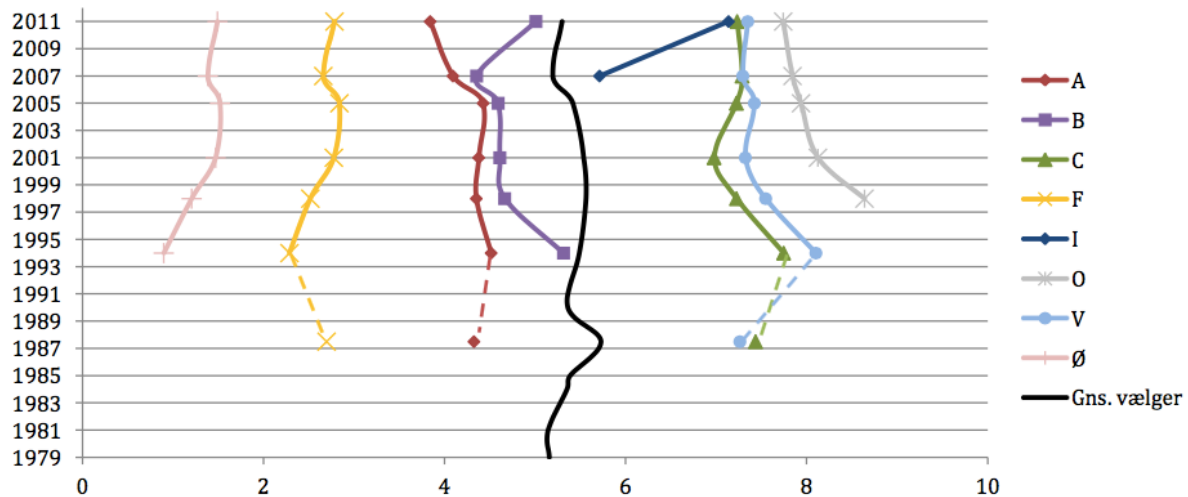
Die einzige von Knudsen als „hart“ euroskeptisch eingeordnete Partei ist die Einheitsliste, auch die Rot-Grünen genannt. Bei dieser Partei handelt es sich um die Zusammensetzung von vielen kleineren Parteien aus dem linken Parteienspektrum, welche die Zweiprozenthürde nicht eigenständig überspringen könnten. Neben dem Ziel eines Austritts Dänemarks aus der EU strebt die Partei auch ein Ende der EU als Organisation an. Diese Bestrebungen begründen sich in starker Kapitalismuskritik und einer scharfen Globalisierungskritik des Bündnisses. Ähnliche Ziele werden daher auch für die Welthandelsorganisation (WTO) und den Internationalen Währungsfonds (IWF) formuliert.

Ergänzend lässt sich über den dänischen Euroskeptizismus festhalten, dass die Zustimmung der dänische Bevölkerung zur Mitgliedschaft in der EU vom erwarteten Nutzen dieser Mitgliedschaft abhängt. Auf Grundlage dieser Analyse wird auch der Euroskeptizismus in dieser Arbeit als Strategie betrachtet. Auch wenn die nordische Kooperation von Eurokritikern immer wieder als Alternative zur EU angebracht wird, ist diese bis heute von keiner Regierung ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Die abgehaltenen Referenden zur europäischen Integration zeigen deutlich, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration von weiten Teilen der Bevölkerung befürwortet wird, wohingegen politische Integration kritischer gesehen wird. Eine Besonderheit in Dänemark ist die demokratische Akzeptanz des Euroskeptizismus: Das Parlament stellt beispielsweise sicher, dass auch euroskeptische Initiativen außerhalb des Parlaments mit finanziellen Mitteln unterstützt werden.

Der dänische Euroskeptizismus lässt sich heute nicht mehr in die politische links-rechts Dimension einordnen. Im Folketing ist keine euroskeptische „single-issue“ Partei vertreten. Im Verlauf der europäischen Integration mussten alle dänischen pro-EU Parteien einen „weichen“ Euroskeptizismus akzeptieren (Knudsen, 2008: 165-167).

ii. Links-Rechts-Dimension in Dänemark und Euroskeptizismus rechter Parteien

Laut dänischem Wahlprojekt, welches Wahlnachbefragungen durchführt und auch die Wähler bittet, die Parteien³ nach der links-rechts-Dimension einzuordnen, ergibt sich folgende links-rechts Verteilung der Parteien:



Grafik 1: Links-rechts Einordnung der dänischen Parteienlandschaft von 0 (links) bis 10 (rechts) (Stubager et al., 2013: 22). A: Sozialdemokraten; B: Sozilliberale; C: Konservative Volkspartei; F: Sozialistische Volkspartei; I: liberale Allianz; O: Dänische Volkspartei; V: Venstre (Liberale); Ø: Einheitsliste; Gns. vælger: Durchschnittswähler.

Am linken Rand verorten die Wähler die Einheitsliste, auch die Rot-Grünen genannt. Die Partei wurde 1989 aus drei linken Parteien gegründet und fokussiert sich inhaltlich auf Anti-Privatisierung, sie repräsentiert Kapitalismusgegnerschaft und legt einen weiteren Schwerpunkt auf Umwelt- und Klimaschutzpolitik (Bengtsson et al., 2014: 204).

Danach folgt weiter rechts von der Einheitsliste die Sozialistische Volkspartei, die von einem vormaligen Kommunisten 1959 gegründet wurde und mit demokratischen Mitteln sozialistische Ideale platzieren will. Inhaltliche Schwerpunkte bilden Wirtschaftspolitik, Abrüstung, Feminismus, Umweltpolitik und Menschenrechte (Bengtsson et al., 2014: 204).

Rechts von der Sozialistischen Volkspartei folgen die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten wurden 1878 unabhängig von den Gewerkschaften gegründet, obwohl diese einen großen Einfluss auf die Partei hatten. Die Sozialdemokraten waren der

³ Im Juni 2015 ist die Alternative (Alternativet) in das dänische Parlament mit 4,8 % und neun Abgeordneten eingezogen. Die Partei hat sich Wahlkampf für die 30-Stunden-Arbeitswoche, den Veggie-Day und den grünen Wandel in Dänemark eingesetzt (Wyssuwa, 2015). In dieser Arbeit kann die Partei noch nicht berücksichtigt werden, da noch keine Daten über die Einordnung der Partei vorliegen.

hauptsächliche Akteur hinter dem Aufbau des dänischen Sozialstaates und der Etablierung von Arbeiterrechten (Bengtsson et al., 2014: 204).

Links von der Mitte und damit rechts von den Sozialdemokraten wird die Radikale Linke verortet. Bei der Radikalen Linken handelt es sich um eine linksliberale Partei, die sich 1905 von Venstre abgespalten hat. Historisch wird die Partei als Zentrums Partei definiert, die sich für die Reduzierung der Militärausgaben eingesetzt hat. Seit 1927 haben die Radikalen Linken fast allen Regierungen als Koalitionspartner unter verschiedenen Konstellationen gedient (Bengtsson et al., 2014: 205).

Rechts der Mitte befindet sich die 2007 gegründete Partei Liberale Allianz. Die Partei wurde von einem nationalen Parlamentsabgeordneten und einen Europaabgeordneten der Radikalen Linken zusammen mit einer Politikerin der Konservativen gegründet. Ihr Gründungsziel für die liberale Partei war eine Regierungsbildung mit Venstre und den Konservativen unabhängig von der Dänischen Volkspartei. Die Partei schaffte bei den Wahlen 2007 den Einzug in das nationale Parlament. Nach innerparteilichen Differenzen verließen zwei der Gründer die Partei. Daraufhin hat sich die Liberale Allianz inhaltlich auf den Wirtschaftsliberalismus fokussiert (Bengtsson et al., 2014: 205).

Knapp rechts daneben befindet sich die Konservative Volkspartei, die inhaltlich für einen Mitte-Rechts Konservatismus steht. Historisch hat die Partei die ländliche Aristokratie repräsentiert. Die Konservativen stellten mit Poul Schlüter zwischen 1982-1993 den dänischen Ministerpräsidenten (Bengtsson et al., 2014: 205).

Kaum weiter rechts wird Venstre (die liberale Partei) verortet. Historisch hat Venstre die Bauern gegenüber der ländlichen Aristokratie repräsentiert. Inhaltlicher Schwerpunkt liegt bei dieser Partei auf dem Wirtschaftsliberalismus und der Ideologie des Freien Marktes. Die Partei stellte mehrere Male den dänischen Ministerpräsidenten. Der längste Zeitraum betraf die Jahre zwischen 2001-2011 mit Anders Fogh Rasmussen, gefolgt von Lars Løkke Rasmussen (Bengtsson et al., 2014: 206).

Am weitesten rechts (am rechten Rand) ordnen die Wähler die Dänische Volkspartei ein. Die Partei gründete sich 1995 nachdem mehrere prominente Mitglieder, unter ihnen auch Pia Kjaersgaard, die Fortschrittspartei verließen und die Dänische Volkspartei gründeten. Ideologisch wird die Partei als rechtspopulistisch eingeordnet. Thematische Schwerpunktsetzungen der Dänischen Volkspartei sind vor allem die Kritik an der EU und die, in den Augen der Partei, zu liberale Einwanderungspolitik des Landes. Zwischen 2001 und 2011 diente die Partei der liberal-konservativen Regierungskoalition als

Unterstützungspartei (Bengtsson et al., 2014: 206). Die ideologische Einordnung der Dänischen Volkspartei gestaltet sich als weniger klar als bei anderen Parteien, auch wenn Politikwissenschaftler die Partei eindeutig der extrem/radikalen/populistischen, rechten Parteifamilie zuordnen (Widfeldt, 2015: 148). Widfeldt argumentiert, dass die Parteiprogramme der Dänischen Volkspartei keine Anhaltspunkte für irgendeine Klassifizierung geben. Mudde ordnet die Dänische Volkspartei ideologisch bei den populistischen radikalen rechten Parteien ein. Ihrer eigenen Definition zufolge ist die Dänische Volkspartei, nativistisch (Einwanderungsgegner), autoritär (Recht und Ordnung) und populistisch (mehr direkte Demokratie) (Mudde, 2007: 20-23). Widfeldt folgert, dass die Dänische Volkspartei darauf achtet, sich von noch rechteren Parteien zu distanzieren, vor allem im Europaparlament. Internationale Kooperation mit anderen rechten Parteien durch die Dänische Volkspartei findet kaum statt. Es gibt hier nur wenige Ausnahmen, beispielsweise in Schweden, wo Pia Kjörsgaard im Rahmen einer Wahlveranstaltung der Schweden Demokraten, 2010 aufgetreten ist (Widfeldt, 2015: 149). Widfeldt folgert daraus, dass die Dänische Volkspartei vor allem aus Imagegründen bei internationalen Kontakten zurückhaltend agiert. Die Partei würde nicht verneinen, sich selbst als extrem rechte Partei einzustufen. In ihren präferierten soziokulturellen Dimensionen, bewegt sich die Partei sehr weit rechts und wurde von keiner anderen rechten, im Parlament vertretenen Partei, in ihren Standpunkten jemals herausgefordert. Widfeldt definiert die Dänische Volkspartei als ein Mainstream-Mitglied der Westeuropäischen, extrem rechten Parteien (Widfeldt, 2015: 148-149). Diese Arbeit wird sich der Einordnung von Widfeldt anschließen, weil die Dänische Volkspartei in vielen Themenbereichen sich durch ihre explizit rechte Position hervorhebt (Einwanderung, Flüchtlingspolitik, Recht und Ordnung, EU), wiederum in anderen Dimensionen mit eher sozialdemokratischen Positionen auftritt (Rentenpolitik, Wohlfahrtspolitik). Aus diesen Gründen stellt die Dänische Volkspartei eine extrem rechte Partei und keine rechtsradikale Partei dar.

Bengtsson et al. kritisieren, dass die schlichte links-rechts Dimension der Komplexität der nordischen Parteiensysteme nicht gerecht wird und damit auch keine Wahlergebnisse auf der Basis dieser Ergebnisse erklärt werden könnten. Die eindimensionale Darstellung reicht laut den Autoren nicht aus, um die generellen politischen Konfliktlinien im politischen System deutlich werden zu lassen (Bengtsson et al., 2014: 33-35). Im Vergleich mit den anderen Parteiensystemen Nordeuropas weist Dänemark die am stärksten polarisierte Parteienlandschaft

und den größten Abstand zwischen den Parteien am Rande des Spektrums auf. Bengtsson et al. fassen zusammen, dass die Ideologie eine wichtige Rolle im Parteienwettbewerb und bei der Wahlentscheidung einnimmt. Die starke Verteilung auf der links-rechts Skala lässt auch erkennen, dass die ideologische Vielfalt bei Themen, wie Einwanderungs- und Umweltpolitik, ebenfalls hoch ist (Bengtsson et al., 2014: 39-40).

In den nordischen Parteiensystemen haben in den vergangenen Jahrzehnten die sozialen Cleavages⁴ massiv abgebaut und so die weitere Aufsplitterung des Parteiensystems befördert. Auch die Bildung von politisch linken und rechten Blöcken hat sich verstärkt. Diese Blöcke bilden mit hoher Wahrscheinlichkeit nach den Wahlen eine Koalition und bieten daher dem Wähler eine eindeutige Orientierungshilfe. Die Blockbildung führt in der Folge auch dazu, dass Wählerwanderung zum überwiegenden Teil innerhalb eines Blockes stattfindet und selten zwischen den Blöcken. Gerade bei den letzten Wahlen (2011, 2015) war zu erkennen, dass der dänische Wahlkampf, bedingt durch die Blockbildung, eine Zuspitzung auf die beiden möglichen Ministerpräsidenten vornimmt, also starke Tendenzen einer Präsidentialisierung zu erkennen sind (Bengtsson et al., 2014: 150-153).

Bengtsson et al. untersuchten das Wahlverhalten bei der nationalen Wahl 2007. Hierbei lässt sich erkennen, dass dänische Männer eher für rechte Parteien stimmen als Frauen. Des Weiteren ist in Dänemark ein klarer Altersbruch zu beobachten: Jüngere Wähler stimmen eher für linke Parteien als Ältere. Beim Bildungshintergrund lässt sich in den nordischen Ländern nur ein kleiner Unterschied im Wahlverhalten erkennen. Der Einfluss der Arbeit auf das Wahlverhalten ist laut den Autoren in Dänemark immer noch recht evident. Arbeitslose und Arbeiter wählen am ehesten für linke Parteien und Selbstständige wählen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eine rechte Partei. Beschäftigte im privaten Sektor werden auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für eine rechte Partei stimmen, als Angestellte im öffentlichen Sektor. Das politische Bewusstsein eines Wählers wirkt sich nur im kleinen Rahmen auf seine Wahlentscheidung aus, aber es ist in Dänemark zu beobachten, dass der politisch Bewusste eher zu einer linken Partei tendiert. Wähler in Lebensgemeinschaften sind rechter einzuordnen als Alleinlebende. Der Analyse zufolge wählen Personen, die im ländlichen Raum leben, deutlich mehr rechts als Personen die in der Stadt leben. Die Autoren

⁴ Die Theorie von Lipset und Rokkan geht davon aus, dass sich politische Willensbildung anhand bestimmter gesellschaftliches Konfliktlinien entwickelt. Konfliktlinien in Deutschland sind zum Beispiel: 1. Arbeit vs. Kapital und 2. starke Kirchenbindung vs. keine Kirchenbindung.

schlussfolgern, dass unabhängig von den genannten Faktoren, die links-rechts Selbsteinschätzung nach wie vor die wichtigste Grundlage für eine Wahlentscheidung ist (Bengtsson et al., 2014: 154-155). Aber gerade Themen wie Einwanderungspolitik und Europapolitik haben einen erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidung und können damit die klassische links-rechts Einordnung durchbrechen (Bengtsson et al., 2014: 175).

Für diese Arbeit ist die links-rechts Einordnung deshalb relevant, weil sie die Zersplitterung der Parteienlandschaft aufschlüsselt und auch deutlich macht, in wessen Nähe sich die Parteien befinden. Besonders zu nennen wären hier Venstre als auch die Dänische Volkspartei, denn sie agieren in einem ähnlichen Umfeld und stehen daher in Konkurrenz zueinander.

Euroskeptizismus rechter Parteien

Ein Großteil der radikalen rechten Parteien sieht die EU als Bedrohung für die nationale Souveränität und fordert ihre Auflösung oder setzt sich für eine Reformierung ein (Mudde, 2007: 161). Ivarsflaten führt aus, dass der Euroskeptizismus von eurokritischen rechten Parteien ein wichtiger Bestandteil ihres Themenspektrums ist, um für Wähler attraktiv zu sein (Ivarsflaten, 2005: 489). Die Unzufriedenheit mit der EU ist zudem essenziell, um sich von den anderen Mainstream-Parteien abgrenzen zu können (Ivarsflaten, 2008: 13-14). Ein gewisses Maß an Euroskeptizismus kann daher für eine Partei eine rationale und strategische Entscheidung sein. Lubbers und Scheepers führen hierzu aus, dass die Ergebnisse bei nationalen Wahlen für extrem linke und rechte Parteien auch durch ihr Ausmaß an Euroskeptizismus erklärt werden können. Rechte Parteien werden gewählt, wenn Wähler die ethnischen und traditionellen Werte ihres Landes durch die EU bedroht sehen (Lubbers and Scheepers, 2007: 85-86). Als Wendepunkt für das starke Aufkommen von Euroskeptizismus unter rechten Parteien wird die Umwandlung der EG in die EU ausgemacht. Mit der weiteren politischen und kulturellen Integration werden Kernelemente der rechten Ideologie angesprochen (Werts et al., 2013: 187). Diese sieht die individuellen Nationen bedroht, die in ihren Augen zu bestehen haben und geschützt werden müssen (Rydgren, 2007: 251). Jean Marie Le Pen bezeichnete den Vertrag von Maastricht sogar als „infamous Treaty of Troyes“ und brachte hiermit seine Ablehnung gegenüber dem Vertrag von Maastricht zum Ausdruck (Mudde, 2007: 160). Taggart und Szczerbiak stellen im Zusammenhang mit parteibasiertem Euroskeptizismus dar, dass in fast allen Beitrittsländern zum damaligen Zeitpunkt schon euroskeptische Parteien und Bewegungen existierten. Hierbei handelte es sich aber

vornehmlich um „weichen“ Euroskeptizismus, der dem Vorbilde des Euroskeptizismus der alten Mitgliedstaaten entsprach (Taggart and Szczerbiak, 2002: 38).

Die zwei zentralen theoretischen Herangehensweisen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, sind der utilitaristische Ansatz und der Ansatz der Bedrohung der nationalen Identität. Vom utilitaristischen Ansatz geht die Annahme aus, dass Personen, die von der EU profitieren, eher seltener euroskeptische Parteien wählen. Personen, die höheren sozialen Schichten angehören, werden aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich stärker von der Personenfreizügigkeit und der Warenverkehrsfreiheit in der EU profitieren. Die Öffentlichkeit bewertet die Vor- und Nachteile der Ausweitung der Europäischen Integration durchaus nach makroökonomischen Gewinnen und Verlusten (Eichenberg and Dalton, 1993: 511-512). Gabler und Palmer legen in ihrer Untersuchung dar, dass Personen mit einem höheren Status, wie Führungskräfte und Selbstständige, die EU deutlicher befürworten als Arbeiter mit einem niedrigeren Status (Gabel and Palmer, 1995: 11). Die weitere Integration der EU hat einen deutlich größeren Arbeitsmarkt geschaffen, auf dem es vor allem für niedriger qualifizierte Arbeitskräfte einen deutlich erhöhten Wettbewerb gibt, wie die Autoren aufzeigen. Daher ist es naheliegend, dass die genannten Niedrigqualifizierten hierfür die EU verantwortlich machen könnten (Werts et al., 2013: 188). Dieser Absatz zeigt auf, dass die Wahlentscheidung für eine eurokritische Partei aus einer Vielzahl von Faktoren entsteht. Vor allem vor dem Hintergrund dieser Arbeit ist es wichtig zu beachten, welchen wichtigen Anteil die nationale Identität bei dänischen Wahlen spielt und dass die opt-outs gegenüber der EU einen elementaren Bestandteil der dänischen Europapolitik darstellen.

Deflam und Pampel skizzieren, dass die europäische Integration eine Bedrohung für die nationalen Identitäten der Mitgliedstaaten darstellt. De Master und Le Roy führen hierzu ergänzend aus, wenn die Souveränität eines Mitgliedstaates in der EU bedroht ist, besteht die Möglichkeit, dass die Ablehnung gegenüber der EU ansteigen könnte (De Master and Le Roy, 2000: 426), (Deflem and Pampel, 1996: 121). Kriesi et al. sind der Auffassung, dass die rechten Parteien am erfolgreichsten die „losers of globalization“ adressieren können. Diese haben weniger Befürchtungen vor wirtschaftlich negativen Auswirkungen durch die EU als vor negativen Folgen für die nationale Identität ihres Heimatlandes. Kries et al. schreiben zur Mobilisierung von rechten Parteien, „Given the heterogenous economic interests of the ‘losers’ of denationalization, the defence of their national identity and their national community constitutes the smallest common denominator for their mobilization.“ (Kriesi et

al., 2006: 929) Darüberhinaus wird auch beobachtet, dass Wähler und Parteien, welche die nationale Identität wahren wollen, die gleiche Bedrohung für die homogene Gesellschaft durch die Masseneinwanderung in die EU sehen (Werts et al., 2013: 188). Euroskeptizismus wirkt in dieser Kombination zusammen mit wahrgenommenen ethnischen Bedrohungen (de Vreese and Boomgaarden, 2005), (Lubbers, 2008). Die zunehmende Fokussierung auf die EU Ebene kann die Befürchtungen der Menschen um den Verlust der nationalen Identität und Souveränität noch weiter verstärken.

Werts et al. zeigen auf, dass der Widerstand gegen eine tiefere Integration der Europäischen Union ein wichtiger Bestandteil ist, um den Erfolg von rechten Parteien bei Wahlen zu erklären. Sie erläutern, dass Euroskeptizismus die dritt-wichtigste sozio-politische Determinante zur Erläuterung der Wahlentscheidung für rechte Parteien ist. Sie führen des Weiteren aus, dass die Entscheidung für rechte Parteien durch Wahrnehmungen von ethnischen Bedrohungen und politischem Misstrauen getrieben wird. Für die Wahlentscheidung essentielle Hintergrundcharakteristika zeigen unter anderem, dass der Bildungsstand und hier vor allem ein niedriger sozialer Status eine wichtige Erklärung für die Wahlentscheidung rechter Parteien ist. Die Anzahl von Flüchtlingen und die Einwanderungsquote in ein Land sind wichtigere Entscheidungskriterien, um das Wahlverhalten für rechte Parteien darzulegen, als die schon im Land lebenden Ausländer.

Rechte Parteien gewinnen Stimmen durch den von ihnen propagierten Euroskeptizismus. So wird in Zukunft durch neue EU-Erweiterungen und die zunehmenden Migration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in die reichen EU-Länder eine noch stärkere Determinante gebildet, verstärkt durch die Eurokrise und Diskussionen über das EU-Budget, in der Euroskeptizismus für die Wahlentscheidung rechter Parteien entscheidend wird (Werts et al., 2013: 200-201).

c. Nischenparteien und Parteienwettbewerb

Der folgende Abschnitt verdeutlicht den Einfluss von Nischenparteien auf den Wettbewerb zwischen den Parteien. Die Dänische Volkspartei war lange Zeit eine Nischenpartei.

Nischenparteien werden von Meguid nach drei Kriterien definiert: Erstens weisen Nischenparteien die klassenbasierte Orientierung der Parteienlandschaft zurück und diese Parteien politisieren Themen, die sich vorher außerhalb des Parteienwettbewerbs befunden haben. Ethnoterritoriale Parteien fordern unter anderem, die regionalen und ethnischen Identitäten stärker zu unterstützen. Bei grünen Parteien bezieht sich der thematische Schwerpunkt auf die bislang unterrepräsentierten Themen Umweltschutz, nukleare Abrüstung

und den Ausstieg aus der Atomenergie. Als neuestes Aufkommen können die rechten Parteien verzeichnet werden, die patriarchale Familienwerte priorisieren und den Schutz der nationalen Identität durch ein Land frei von Einwanderern fordern (Meguid, 2008: 3-4).

Zweitens sind die Themen, die von Nischenparteien aufgegriffen werden zwar nicht neu, aber sie decken sich nicht mit existierenden Schnittlinien im politischen Wettbewerb. Nischenparteien sprechen also Wähler an, die traditionelle Parteianhängerschaften durchbrechen wollen. Drittens unterscheiden sich Nischenparteien von den Mainstreamparteien durch die Limitierung ihrer Themen, die sie an die Wähler adressieren. Diese Parteien vermeiden es, das breite Themenspektrum der Mainstreamparteien anzunehmen und beschränken sich bei dem Beziehen von Positionen auf wenige Themen. Auch wenn nach Etablierung die Themeninhalte im Parteiprogramm deutlich zunehmen, werden die Parteien weiterhin als „Single-issue-Parteien“ durch die Wähler wahrgenommen. Im Unterschied zu anderen Parteien können Nischenparteien nicht von bereits existierenden traditionellen Parteianhängerschaften oder ideologischen Positionen profitieren sondern sind maßgeblich auf das Herausragen und die Attraktivität ihrer Policy-Position angewiesen (Meguid, 2005: 347-348). Zu der Gruppe der Nischenparteien zählt Meguid vornehmlich grüne Parteien, rechte und extrem rechte Parteien, sowie ethnoterritoriale Parteien (Minderheiten- oder Regionalparteien).

Nischenparteien haben durch ihr Auftreten nicht nur Sitzverhältnisse im Parlament und die Stimmenverteilung beeinflusst. Sie haben zudem die Regierungsbildung und den Erfolg und die Zukunft von Parteien geprägt. Die Einführung neuer Themen prägt die politische Debatte. Themen, die durch Nischenparteien in den öffentlichen Diskurs eingeführt wurden, sind heute in Wahlkämpfen Standardthemen, wie zum Beispiel Einwanderungspolitik und Umweltschutz (Meguid, 2008: 5-6).

Meguid nimmt nicht nur die Effekte institutioneller und soziologischer Ansätze auf den Erfolg und Misserfolg von Nischenparteien in den Blick, sondern auch auf die Rolle der anderen politischen Akteure. Meguid zielt vor allem auf das Verhalten der Mainstreamparteien gegenüber den Nischenparteien ab. Das Verhalten der dominanten Parteien in der Parteienlandschaft auf der mitte-linken und mitte-rechten Seite ist elementar für die Zukunft der Nischenparteien. Parteien konkurrieren hierbei nicht nur durch die Verschiebung ihrer Position, sondern auch dadurch, dass die Parteien die Präsenz ihres Themas und das Besetzen eines bestimmten Themas beeinflussen. Für Nischenparteien stellen gerade solche Taktiken durch Mainstreamparteien ein äußerst hohes Risiko dar. Da sie

in der öffentlichen Wahrnehmung nur mit einem Thema in Verbindung gebracht werden wollen, sind sie von der Aufmerksamkeit dieses Themas und der Meinungsführerschaft in diesem Bereich abhängig. (Meguid, 2008: 14-15).

Als Konsequenz der Beschränkung auf einen Themenbereich zeigen Adams et al. auf, dass Nischenparteien deutlich seltener ihre Positionen verändern als Mainstream-Parteien. Nischenparteien werden bei einer Veränderung ihrer Positionen bei den Wahlen deutlich stärker abgestraft als Mainstream-Parteien (Adams et al., 2006: 525). Die Autoren definieren Nischenparteien als: „prisoners of their ideologies”—they have no real choice other than to cling to the policy ground they have staked out for themselves“ (Adams et al., 2006: 526).

Eine weitere Gefahr für Nischenparteien verbirgt sich hinter der Dominanz der Mainstream-Parteien bei Wahlen, in Regierungen und in den Medien. Mainstream-Parteien verfügen über mehr Erfahrung im Gesetzgebungsprozess und haben eine höhere Regierungseffektivität als Nischenparteien und können dadurch schneller eine Meinungsführerschaft für ein Thema übernehmen. Zweitens haben Mainstream-Parteien einen besseren Zugang zu den Wählern. Diesen erzielen sie durch gewachsene Kooperationen, wie zu Gewerkschaften und den besseren Kontakt zur Medienlandschaft. Das wiederum führt dazu, dass Mainstream-Parteien ihre Inhalte deutlich einfacher, schneller und mit einer höheren Reichweite in der Öffentlichkeit platzieren können als Nischenparteien. Hiermit baut sich in vielen Bereichen eine Dominanz der Mainstream-Parteien gegenüber den Botschaften und Strategien von Nischenparteien auf. Meguid macht dann deutlich, dass Nischenparteien besonders anfällig sind, wenn sich die Reichweite und Wichtigkeit eines Themas durch die Manipulation von Mainstream-Parteien verändern kann. Durch die Möglichkeit von Parteien, die Abnahme und Zunahme der Wichtigkeit und Reichweite von Themen zu beeinflussen, findet der Wettbewerb nicht mehr nur noch zwischen inhaltlich verwandten Parteien statt. Im Gegensatz zu den Annahmen der „spatial theories“ können hiermit Mainstream-Parteien auf Nischenparteien reagieren und ihren Wahlerfolg beeinflussen (Meguid, 2008: 15-16). Für diese Arbeit wird daher die Dänische Volkspartei als Nischenpartei betrachtet und Venstre durch ihre langjährige Regierungsverantwortung als Mainstreampartei.

d. Position, Saliency und Ownership Theorie

Die Position, Saliency und Ownership Theorie, die in der Theorieschule des Rational Choice verortet wird, stellt das zentrale Werkzeug zur Beantwortung der Fragestellung für diese Arbeit dar. In der wissenschaftlichen Literatur hat in letzten Jahren, seit der Veröffentlichung von Meguids (2005, 2008) zwei Werken zum Parteienwettbewerb mit Nischenparteien, die Dichte der Publikationen zugenommen.

Schon die Definition der Nischenpartei unterscheidet sich bei den Autoren grundlegend: Meguid baut in ihrem Ansatz auf der Saliency-Theorie (Budge and Farlie, 1977, Budge and Farlie, 1983) auf. Die Theorie definiert Nischenparteien als Akteure, die neue Themen hervorheben, die nicht in das klassische links-rechts Spektrum eingeordnet werden können. Andere Autoren (Adams et al., 2006, Ezrow, 2010, Ezrow et al., 2010) beurteilen Parteien auf der Grundlage ihrer ideologischen Einordnung. Unterschieden wird hier unter anderem zwischen den Nischenparteien Kommunisten, grüne und nationalistische Parteien. Meyer und Miller kritisieren an dieser Spezifikation, dass zum Beispiel in der Darstellung von Meguid die Kommunisten eher den Mainstream-Parteien nahe stehen, wobei die anderen Autoren diese klar als Nischenpartei skizzieren (Meyer and Miller, 2013: 259). Empirisch werden Nischenparteien mit einer dichotomen statischen Messung anhand der Parteienideologie unterschieden. Neben der Definition von Nischenparteien behandeln weitere Arbeiten die Agendasetzungsfähigkeit von Nischenparteien im Parlament (Vliegenthart et al., 2011), ihre Empfindlichkeit für Wählerpräferenzen (Ezrow et al., 2010), ihre Organisationsressourcen, interne Entscheidungsfindungsprozesse und die finanzielle Abhängigkeit von öffentlicher Parteienfinanzierung (Meyer, 2010) sowie die Darstellung eines bestimmten legislativen Stimmverhaltens (Jensen and Spoon, 2010). Des Weiteren haben Nischenparteien, als noch junges politikwissenschaftliches Forschungsfeld, sich als Kontrollvariablen in Modellen über Wahlwettbewerb etabliert (Meyer and Miller, 2013: 260). Das Nischenparteienkonzept stößt mit seiner zugrunde liegenden Theorie ein weites Feld an möglichen Forschungsbereichen auf. Dieses liegt vor allem an der Saliency-Theorie, die sich mit der Interaktion von Parteien auseinandersetzt und daher vielseitige Forschungsmöglichkeiten eröffnet.

Meguid beginnt ihre Arbeit dort, wo in ihren Augen soziologische und institutionelle Ansätze den Erfolg von Nischenparteien nicht weiter erklären können. In dieser Arbeit wird die Theorie von Meguid angewandt, weil sie deutlich werden lässt, dass der Erfolg von Nischenparteien auch von dem Verhalten der Mainstreamparteien abhängig ist. Die

Auswirkungen von institutioneller Gestaltung auf den Erfolg von Parteien nehmen einen großen Teil in der Theorie von Parteiensystemen ein. Sie fokussiert sich auf die Regeln der Wahlsysteme. Basierend auf den Arbeiten von (Duverger, 1967, Lijphart, 1994, Ordeshook and Shvetsova, 1994, Cox, 1997) haben Autoren die Verbindung zwischen dem Wahlsystem und dem Erfolg von Parteien herausgestellt. Als weitere Herangehensweise in der Literatur ist der soziologische Ansatz zu nennen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass der Erfolg der Parteien von der Aufmerksamkeit für ihr Thema abhängt. Meguid hat hierbei das Thema erweitert und geht mit ihrer PSO-Theorie einige Schritte weiter als die klassischen Theorien des Parteienwettbewerbs.

In der von Meguid entwickelten PSO-Theorie argumentiert die Autorin, dass die strategische Antwort der Mainstream-Partei von dem Grad der Bedrohung durch die Nischenpartei abhängt. Bedrohung wird hier als Stimmenverlust an die Nischenpartei im Verhältnis zum Stimmenverlust an die anderen politischen Gegner der Mainstream-Partei definiert. Die Wahl der Strategie durch die Partei wird erstens durch die Wahlbedingungen in ihrer Art und Frequenz beeinflusst. Zweitens wird das Verhalten der Partei durch das anderer Akteure geprägt. Als dritten Punkt ergänzt die Autorin, dass obwohl die Partei über die optimale Strategie unter Berücksichtigung des Wahlsystems und des Verhaltens der anderen Akteure verfügt, ist die erfolgreiche Umsetzung von der Organisation und der Reputation der Partei abhängig. Eine elitär geführte Partei und ein dezentraler Entscheidungsprozess können die Glaubwürdigkeit und die erfolgreiche Umsetzung der Strategie stören (Meguid, 2008: 92).

Meguid macht als den Kern ihrer strategischen Theorie ein Spiel aus, welches abhängig ist von den Spielern, ihren Entscheidungen und ihren Einsätzen im Wettbewerb miteinander. Im Gegensatz zur klassischen „spatial theory“ müssen sich hier die Mainstream-Parteien mit einem neuen und unerfahrenen Akteur auseinandersetzen, der an die Wähler mit einem ganz neuen Thema herantritt. Der grundlegende Unterschied zu „spatial models“ über das Aufkommen neuer Parteien ist, dass Ein-Thema-Parteien in den Wettbewerb nicht in eine gegebene Policy-Dimension eintreten, die von den Mainstream-Parteien dominiert wird, sondern dass sie eine weitere Policy-Dimension zur politischen Arena hinzufügen. Die Nischenpartei zieht Wähler in genau der Policy-Dimension an sich, auf der sie präsent ist - daher findet der begrenzte Wettbewerb mit den Mainstream-Parteien auf dieser einen neuen Policy-Dimension statt. Im Rahmen dieses Wettbewerbes haben die Mainstream-Parteien die

Wahl zwischen drei verschiedenen Taktiken. Meguid beschreibt diese wie folgt: *dismissive tactic*, die etablierte Partei bleibt außerhalb der neuen Policy-Dimension. *Accommodative tactic* die Mainstream-Partei tritt in die neue Policy-Dimension ein und nähert sich der Position der Nischenpartei an. Die dritte Option ist die *adversial tactic*, hierbei tritt die Mainstream-Partei in die neue Dimension ein und nimmt eine gegensätzliche Position zur Nischenpartei ein. Auf Grundlage der Datenauswertung von 35 Mainstreamparteien und 55 Nischenparteien in Westeuropa zwischen 1970 und 1998 geht Meguid davon aus, dass sowohl die *dismissive* als auch die *accommodative* Strategie dazu führen, dass die Zustimmung zur Nischenpartei abnimmt. Nur die Wirkung der beiden Strategien ist sehr unterschiedlich. Bei der *dismissive* Strategie nimmt nur die Aufmerksamkeit für das Thema ab, wobei bei der *accommodative* Strategie die Aufmerksamkeit für das Thema erhöht wird und die Meinungsführerschaft der Nischenpartei in ihrem spezifischen Themenbereich angegriffen wird. Die *adversial* Strategie führt auch zu einer Zunahme der Aufmerksamkeit für das Thema, aber auch zu einem Zugewinn an Stimmen für die Nischenpartei. Wie sehr diese Mechanismen sich unterscheiden, so sind auch die Kosten der jeweiligen Strategie äußerst unterschiedlich. Die kostengünstigste der drei Strategien ist *dismissive*, hierbei muss auf kurze Sicht die Mainstream-Partei keine neuen Policy-Statements abgeben oder auf Haltungen der Nischenpartei eingehen. Parteien, die eine aktivere Strategie (*accommodative* oder *adversial*) einschlagen, vermeiden Reputationskosten in der Zukunft für das Wählen einer widersprüchlichen Position zu einem dezidierten Thema. Meguid weist daraufhin, dass die Nutzung der *dismissive* Strategie im längeren Zeitraum Kosten erzeugen kann, da die Effektivität einer *accommodative* Strategie nach dem langen Umsetzen einer *dismissive* Strategie deutlich geschmälert wird. Gerade die Adaptierung der *accommodative* und *adversial* Strategie erzeugen sowohl kurz- als auch langfristig erhebliche Kosten für die Mainstreamparteien. Es handelt sich hierbei nicht ausschließlich um normale Kosten für Recherche und Werbung des neuen Themas, sondern auch die Kosten für einen Wettbewerb auf dieser neuen Themendimension müssen berücksichtigt werden. Durch die erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema wird auch die Wahrnehmung durch die Wähler zunehmen. Jede Veränderung in der Parteiposition, ob nun auf die Nischenpartei zugehend (*accommodative*) oder sich von ihr entfernend (*adversial*), bringen potenzielle Kosten und Gewinne mit sich, die bei einem Ignorieren des Themas, damit bei einem Anwenden der *dismissive* Strategie, nicht aufgekommen wären.

Meguid schildert, welches Interesse Parteien an der Umsetzung einer bestimmten Taktik haben. Ihr Ausgangspunkt ist, dass Parteien rational handelnde Akteure sind. Parteien versuchen daher, ihren Nutzwert zu erhöhen. Nutzwert bedeutet für Parteien, gemäß den strategischen Modellen, das Ziel zu verfolgen, ihre Position in der politischen Arena zu stärken (e.g., Müller and Strøm, 1999). Wird diese Macht der Partei bedroht, so reagiert letztere zur Wahrung dieser Position oder zur Minimierung von Verlusten. Downs kann mit seinem Modell des Parteienwettbewerbs nicht erklären, warum Parteien Strategien wählen, die ihnen keine direkten Stimmengewinne ermöglichen. Meguid geht in diesem Fall davon aus, dass Parteien in einem Wettbewerb zwischen unterschiedlich großen Akteuren andere Ziele verfolgen und nennt dieses *relatives* Ziel. Ihre Annahme geht davon aus, dass Parteien den Stimmenabstand zwischen sich und der konkurrierenden Partei vergrößern wollen. Erstens kann dieses, wie auch von Downs unterstellt, durch die Maximierung der Stimmen der Partei geschehen. Es kann aber auch in Situationen, wo die Partei die eigenen Stimmen nicht erhöhen kann, durch die Maximierung der *relativen* Macht geschehen, in dem die Macht des Wettbewerbers geschwächt wird. Meguid denkt dabei an die Konstellationen in einem Dreiparteisystem. Hierbei besteht die Bedrohung nicht für die Partei selber, sondern für den Hauptwettbewerber. Die nicht bedrohte Partei kann nun in dieser Situation die Bedrohung für den Hauptwettbewerber durch die neue Nischenpartei verstärken. Somit kann eine Partei in einem Umfeld, - nach den Regeln des Nullsummenspiels, wo es nicht entscheidend ist so stark wie möglich zu sein, - stärker als die Wettbewerber sein (Meguid, 2008: 94-95).

Mainstream-Parteien verfügen über einen Fundus an verschiedenen Möglichkeiten, um den Wahlerfolg ihrer Gegner zu beeinflussen. Um zu verstehen, in welchen Situationen diese Akteure eine dezidierte Strategie anwenden, beobachtet Meguid die Interaktionen zwischen der Mainstream-Partei und der Nischenpartei bei unterschiedlichen Wahlerfolgen der beiden Kontrahenten. Der politische Raum wird besetzt von den Mainstream-Parteien, den Nischenparteien und den Wählern. Hierbei wird der Wettbewerb auf die eine, neue Dimension begrenzt. Beide Akteure, die Nischenpartei und die Mainstream-Partei, verfügen im Bezug auf die neue Themendimension über eine fixierte programmatische Position. Wähler entscheiden sich für die Partei, die ihren Nutzwert erhöht. Der Nutzwert für Wähler wird von Meguid als Produkt aus wahrgenommener Attraktivität (Nähe) und Themenglaubwürdigkeit (Meinungsführerschaft), von Parteien zu bedeutenden Themen definiert. Meguid geht davon aus, dass Mainstream-Parteien Stimmen-Maximierer sind. Die

Mainstream-Parteien müssen daher entscheiden, ob sie in diese neue Dimension eintreten wollen und mit der Nischenpartei in einem Wettbewerb konkurrieren. In diesem Wettbewerb der ungleichen Parteien hängt die Wahl der Strategie der Mainstream-Partei elementar von dem Grad der Bedrohung durch die Nischenpartei ab. Bedrohung wird hier definiert als der prozentuale Stimmenanteil und die Verortung, wo sie Stimmen gewinnt (Meguid, 2008: 96). Eine große Bedrohung stellt eine Nischenpartei dann für eine Mainstream-Partei dar, wenn sie es vermag, einen massiven Stimmenanteil abzuwerben. Im Umkehrschluss stellt die Nischenpartei keine Bedrohung dar, wenn sie nicht in der Lage ist, keine oder nur wenige Stimmen der Mainstream-Partei abzuwerben. Das hauptsächliche Interesse im Strategic-Choice-Modell zielt darauf, wie viele Stimmen die Nischenpartei gewinnen kann und von welcher Partei diese gewonnen wurden. Neben der direkten Bedrohung durch die Nischenpartei ist auch für Parteien, die ihre relative Macht erhöhen wollen, evident, zu wissen, wie viele Stimmen die Gegner Mainstream-Partei an die Nischenpartei verliert. Vor dem Hintergrund der relativen Macht ist auch zu beachten, wie viele Stimmen eine Mainstream-Partei im Verhältnis zur jeweils anderen Mainstream-Partei an die Nischenpartei verliert. Meguid argumentiert darauf folgend, dass eine Partei die *dismissive* Strategie anwenden wird, wenn es keine Bedrohung durch die Nischenparteien für die Mainstream-Parteien gibt. Keine Mainstream-Partei wird eine für sie kostenintensive Strategie anwenden, wenn die neue Nischenpartei keine Bedrohung für sie darstellt. Dieses verändert sich aber zu einem deutlich aktiveren Agieren, wenn die Stimmenanteile einer der beiden Mainstream-Parteien durch die Nischenpartei bedroht werden. Eine Partei wird die *accommodative* Strategie anwenden, wenn sie mehr Stimmen an die Nischenpartei verliert, als ihr Hauptkonkurrent. Die Partei bewegt sich dabei von keinem Standpunkt zu dem neuen Thema, welches durch die Nischenpartei etabliert wurde, auf den Standpunkt der Nischenpartei zu, um die verlorenen Stimmen zurück zu gewinnen. Im Gegensatz dazu wird eine Partei, die weniger Stimmen an die Nischenpartei verliert als ihre konkurrierende Mainstream-Partei die *adversial* Strategie anwenden und damit die entgegengesetzte Position von der Nischenpartei einnehmen. Durch das Wählen dieser Strategie kann die Mainstream-Partei ihre relative Macht erhöhen, in dem die Bedrohung durch die Nischenpartei auf die Gegner Mainstream-Partei verstärkt wird.

Die Annahme über das Verhalten eines Akteurs hängt von der relativen Bedrohung durch die neue Nischenpartei ab. Meguid erweitert nun ihr zuvor skizziertes Modell, indem sie dem

Wahlsystem eine beeinflussende Wirkung zu schreibt. Die Struktur des Wahlsystems beeinflusst auch die Wahl der unterschiedlichen Strategien. Je nachdem wie in einem Wahlsystem die Stimmen ausgezählt und die Abgeordnetenmandate vergeben werden, beeinflusst dieses auch die wahrgenommene Bedrohung der Nischenpartei. Jeder Faktor, der steuert, was als eine Bedrohung realisiert wird, beeinflusst hiermit auch das gewählte Verhalten einer Partei. In einem System kann eine Nischenpartei, die 5 % der Stimmen erringt, als eine große Gefahr für die Mainstream-Partei betrachtet werden, wobei in einer anderen Konstellation dieses Ergebnis keine Gefahr für die Mainstream-Partei ausstrahlt. Die Sperrklausel in einem Wahlsystem wird als das entscheidende Element gesehen, um die Bedrohung durch die Nischenpartei zu beschränken. Dort, wo die Sperrklausel sehr niedrig ist oder nicht existiert, können schon kleinste Stimmenverluste zu Verschiebungen von Abgeordnetenmandaten und der Schwächung der Regierungsparteien führen können (Taagepera and Shugart, 1989: 36-37). In einem solchen System ist die Anfälligkeit für Bedrohungen durch andere Parteien besonders hoch, während in einem System mit einer hohen Sperrklausel, Parteien deutlich belastbarer sind. Die Sperrklausel in einem Wahlsystem verändert damit den Grad, ab welchem sich eine Partei durch eine Nischenpartei bedroht fühlt. Dieses ist auch im politischen System Dänemarks mit seiner niedrigen Sperrklausel ersichtlich.

Das zweite Merkmal nach Meguid ist die Proportionalität der Stimmengewinne einer Nischenpartei als Bestandteil des gefühlten Grades an Bedrohung für die Mainstream-Partei. Folgt die Sitzplatzvergabe proportional den gewonnenen Stimmen sind die Mainstream-Parteien relativ indifferent, ob diese nun in dem einen oder anderen Wahlkreis stattgefunden haben. Ein Verlust von 5 % an die Nischenpartei stellt überall die gleiche Bedrohung dar. Aber je mehr die Disproportionalität zunimmt, desto entscheidender wird es für die Mainstream-Partei, wo die Nischenpartei ihre Stimmen gewonnen hat. Es wird deutlich, dass nicht alle Wähler für die Mainstream-Partei gleich bedeutend sind, sondern die geografische Verteilung der gewonnenen Stimmen durch die Nischenpartei entscheidend ist. In einem Wahlsystem mit einem Mehrheitswahlrecht, wird die Mainstream-Partei unterschiedlich reagieren, wenn der Gegner in einem von der Mainstream-Partei dominierten Wahlkreis Stimmen gewinnt, oder der Gegner in einem Wahlkreis Stimmen gewinnt, in dem die Mainstream-Partei eine schwächere Stellung hat. In einem Wahlkreis, in dem sich die Stimmenverteilung knapp gestaltet, kann schon eine minimale Verschiebung in den Stimmergebnissen zum Verlust des Mandates führen. Daher ist die Mainstream-Partei

empfindlicher zu kleineren Stimmenverschiebungen in knappen Wahlkreisen, gegenüber einem größeren Verlust in einem von ihr dominierten Wahlkreis (Meguid, 2008: 98).

Die geschilderten Folgen der institutionellen Gestaltung eines Wahlsystems für die Strategiewahl der Mainstream-Partei zeigen auf, dass die Gestaltung die Verletzbarkeit der Partei definiert. Ist in einem Parteiensystem die Sperrklausel für Parteien niedrig und damit die Sensitivität für Stimmenverluste hoch, wird die Mainstream-Partei weniger die *dismissive* Strategie anwenden. Mainstream-Parteien können in einem derartigen Umfeld nicht die Existenz einer Nischenpartei ignorieren, weil die Gefahr deutlich schneller ansteigen kann und eine Reaktion erfordern könnte. Es lässt sich hier erkennen, dass in einem Wahlsystem mit einer niedrigen Sperrklausel, in dem alle anderen Gegebenheiten gleich sind, der Punkt an dem die Mainstream-Partei von einer *dismissive* Strategie zu einer aktiven wechselt, niedriger ist. Die Wahl der Strategie in einem System mit einer hohen Sperrklausel würde seltener auf die *accommodative* Taktik fallen (Meguid, 2008: 98).

Der Standort der Stimmenverluste an die Nischenpartei bestimmt, ob eine aktive Strategie durch die Mainstream-Partei gewählt wird. In einem System, in dem die Disproportionalität zwischen den Stimmen und dem Abgeordnetenplatz groß ist, wird die Mainstream-Partei bei Verlusten in einem knappen Wahlkreis eher zur *accommodative* Taktik greifen. Durch den unsicheren Vorsprung, den die Mainstream-Partei in diesem Wahlkreis hält, würde der Verlust des Mandates in dem Stimmbezirk die StimmSicherheit der Partei schädigen. In einem Wahlkreis mit einer knappen Stimmenverteilung genügt ebenfalls eine niedrigere Bedrohung durch die Nischenpartei, damit die Mainstream-Partei zur *accommodative* Taktik wechselt.

Parteiensysteme mit einer hohen Fragmentierung, vor allem in Ländern mit einem Verhältniswahlrecht (Duverger, 1967: 217, Powell, 2000: 29), haben programmatische Veränderungen der Parteien zur Folge, die sehr kostenintensiv sind. Dadurch, dass die Parteien inhaltlich nah beieinander angesiedelt sind, droht bei einer Veränderung der Position, die Abwanderung von Wählern zur gegnerischen Partei. Dadurch werden organisatorische Strategien für die Mainstream-Partei zu einer Alternative, welche die Meinungsführerschaft der Nischenpartei schwächen, ohne dass die Mainstream-Partei dazu gezwungen wird ihre Position verschieben zu müssen. Diese Strategie bildet damit die kostengünstigste Variante (Meguid, 2008: 99).

Meguid schildert bisher alle Reaktionen der Mainstream-Partei derart, dass die Rahmenbedingungen für alle Akteure, außer die reagierenden Mainstream-Partei, fixiert sind. Diese Annahme ist wenig realitätsnah. Das Verhalten der Mainstream-Partei auf die Nischenpartei hängt auch von dem Verhalten der anderen Mainstream-Parteien ab. Um die verschiedenen Szenarien darstellen zu können, unterscheidet Meguid zwischen drei Situationen: erstens keine Bedrohung durch die Nischenpartei, zweitens unterschiedliche Bedrohung durch die Nischenpartei, drittens gleiche Bedrohung durch die Nischenpartei. In Szenario 1 stellt das Aufkommen der Nischenpartei und das durch sie besetzte Thema keine Bedrohung für die Mainstream-Parteien dar. Das Thema und die Nischenpartei werden aufgrund der niedrigen Zustimmung von den Wählern nicht präferiert, was zu der Vermutung führt, dass die Mainstream-Parteien auf eine *dismissive* Strategie setzen werden. Aufgrund der niedrigen Zustimmung der Wähler zu dem Thema, stellt diese Taktik die kostengünstigste Variante für die Mainstream-Parteien dar und unterstreicht gleichzeitig die Meinung der Wähler-Mehrheit, das Thema sei nicht relevant und schwächt weiter die Nischenpartei. Im zweiten Szenario tritt die Nischenpartei in den Wettbewerb ein und platziert ein populäres Thema, mit dem sie eine hohe Anzahl an Wählern einer Mainstream-Partei anzieht. Aufgrund dieser Bedrohung werden die Mainstream-Parteien unterschiedliche Strategien anwenden. Partei A, die die meisten Stimmen an die Nischenpartei verliert, muss versuchen diese wieder zurück zu gewinnen. Sie wird daher eine *accommodative* Strategie anwenden und sich der Position der Nischenpartei annähern, um die verlorenen Wähler zurückzugewinnen und in selbigem Vorgang die Nischenpartei zu schwächen. Partei B, die weniger Stimmen an die Nischenpartei verliert, verhält sich ebenfalls nicht passiv. Meguid argumentiert, dass Partei B die verlorenen Wähler an die Nischenpartei nicht zurück gewinnen kann, ohne weitere Unterstützung einzubüßen. Partei B kann ihre relative Macht ausbauen, indem sie die Macht ihres Mainstream-Gegners untergräbt. Aufgrund dessen, dass Partei A die *accommodative* Strategie verfolgt, wird Partei B die *adversial* Strategie anwenden. Der Strategieansatz von Partei B wird die Nischenpartei in ihrer Meinungsführerschaft stärken, um dadurch zu versuchen, Partei A bei ihrem Versuch, eine ähnliche Position wie die Nischenpartei einzunehmen, zu frustrieren. Das Ziel der *adversial* Strategie ist es, die Nischenpartei zu stärken und damit indirekt auch Partei B zu stärken. Welchen Erfolg die Mainstream-Parteien mit ihren Strategien erzielen werden, hängt von den einzelnen Intensitäten der Taktiken ab. Ist die *accommodative* Strategie stärker als die *adversial* Strategie, werden die Stimmen von Partei A zunehmen und auch ihre relative Macht gegenüber Partei B erhöhen. Ist die *adversial*

Strategie stärker als die *accommodative* werden die relativen Stimmen von Partei B gegenüber Partei A anwachsen, eventuell sogar in absoluten Zahlen. Szenario 3 schildert die Situation, in der die Nischenpartei mit ihrem Thema von beiden Mainstream-Parteien die gleiche Anzahl an Stimmen abwirbt. In diesem Fall vertritt Meguid die Annahme, dass beide Mainstream-Parteien mit einer *accommodative* Strategie antworten werden. Die beiden Parteien erkennen damit die Signifikanz des neuen Themas und nähern sich der Position der Nischenpartei an. Wenn in diesem Fall die *accommodative* Taktik mit dem Übergang der Meinungsführerschaft auf die Mainstream-Parteien verbunden ist, hat die Strategie Bestand und bewirkt die Rückkehr von Wählern. Der Stimmenanteil der Nischenpartei wird abnehmen und die Mainstream-Parteien werden proportional zu der Intensität und ihrer Glaubwürdigkeit Stimmen zurückerobern. Meguid weist daraufhin, dass nicht beide Mainstream-Parteien die Meinungsführerschaft übernehmen können und aus diesem Grund letztere zwischen den beiden Parteien wechseln kann, bis eine der beiden Kontrahenten diese dauerhaft übernimmt. Keine andere Strategiekombination würde zu dem gleichen Erfolg führen, wie die gemeinsam umgesetzte *accommodative* Taktik der Mainstream-Parteien. Eine gemeinsame *dismissive* oder *adversial* Strategie würde eher die Abwanderung der Wähler zur Nischenpartei noch verstärken. Des Weiteren würde das alleinige Anwenden einer *dismissive* oder *adversial* Strategie einer der beiden Mainstream-Parteien, die Wähler weiter von der Partei entfremden und sie zur anderen Mainstream-Partei (*accommodative* Strategie) oder der Nischenpartei treiben. In diesem Fall ist die Wanderungsbewegung erneut abhängig von der Intensität und dem Typ der umgesetzten Strategie (Meguid, 2008: 102-103).

Obwohl die Parteien den Verlust von Wählerstimmen an die Nischenparteien spüren und auch die optimale Ansätze bekannt sind darauf zu reagieren, gibt es Determinanten, welche die Umsetzung verhindern. Meguid differenziert hier zwischen Gründen, die von der Organisation oder Reputation einer Partei abhängig sind.

Im Gegensatz zu der Annahme von vielen *strategic choice* Theorien, dass Parteien unitäre Akteure in dem Fassen und Umsetzen ihrer Entscheidungen sind, führen Autoren wie Tsebelis (1990) aus, dass unterschiedliche Meinungen in der Elite der Partei den Prozess der Entscheidungsfindung deutlich verlangsamen. Gruppenbildung innerhalb der Partei kann sogar den Entscheidungsfindungsprozess komplett zum Erliegen bringen.

Müller und Strøm führen hierzu aus:

„Either a factionalized party adopts a strategy that satisfies all factions, and thus is the party’s lowest common denominator (Müller and Steininger 1994), or it faces difficulties in implementing its strategies. Both scenarios represent severe constraints on party leaders.” (Müller and Strøm, 1999: 294)

Ist die Parteiführung nicht autonom in ihrer Entscheidungsfindung, hemmt dieses die Möglichkeiten der Partei auf, Bedrohungen zu reagieren. Sowohl in zentralisierten, als auch in dezentralisierten Parteien, ist die Parteiführung nicht vor Meinungen und Interventionen von Aktivisten und einfachen Parteimitgliedern geschützt. In einer dezentralisierten Partei sind die Eliten jedoch deutlich mehr Vetopunkten ausgeliefert, an denen durch andere Akteure innerhalb der Partei interveniert werden kann. Neben der Beeinflussung des zeitlichen Ablaufes der Entscheidungsfindung in einer dezentralisierten Partei kann auch die Entscheidung selbst signifikant verändert werden. Für die Parteiführung von dezentralen Parteien ist es entscheidend, die Zustimmung von diversen politischen Akteuren mit unterschiedlichen Präferenzen innerhalb der Partei zu erhalten. Das kann jedoch dazu führen, keinen Konsens zu erzielen oder unkonventionelle Strategien verfolgen zu müssen. Die geschilderten Vorgänge führen dazu, das strategische Verhalten der Partei einzuschränken. Vor allem die organisatorischen Eigenschaften reduzieren die Möglichkeit, kosten- und ressourcenintensive Strategien anzuwenden. In Situationen von politischer Unentschlossenheit, hervorgerufen durch Uneinigkeit oder Dezentralisierung innerhalb der Partei, wird hauptsächlich die *dismissive* Strategie aufgrund ihrer niedrigen Kosten gewählt. In Situationen, wo das Ziel die Reduzierung der Zustimmung für eine Nischenpartei ist, wird aktiv die *dismissive* Strategie der *accommodative* Strategie vorgezogen. Die *adversial* Strategie, welche in dieser Situation am erfolgreichsten wäre, wird nicht genutzt, da diese erst langfristig wirkt. Des Weiteren wird diese aktive Taktik als eine der ersten verworfen, um die innerparteiliche Opposition ruhig zu stellen. Eine sensible Komponente in der Umsetzung der gewählten Taktik ist unter anderem der richtige und nahe Zeitpunkt, vor allem bei aktiven Plänen. Durch eine innerparteiliche Uneinigkeit kann dieser maßgeblich beeinflusst werden und gerade hiermit die richtige Entfaltung des Planes gefährden. Dadurch kann essenziell die Effektivität der Maßnahmen reduziert werden.

Neben den organisatorischen Gegebenheiten können auch Reputationsgründe die optimale Wahl einer Strategie beeinflussen. Als Beispiel nennt Meguid Parteien im Wahlkampf, die

versuchen, eine stringente Politikgestaltung unter Berücksichtigung vergangener Entscheidungen zu gestalten. Durch das schnelle Wechseln von Positionen, aufgrund der Bedrohung durch die Nischenpartei, verliert die Mainstream-Partei ihre Glaubwürdigkeit bei den Wähler und auch Stimmen.

Bonnie Meguid schildert mit ihrer PSO-Theorie nicht die Motivation der Parteien ihre Stimmen zu maximieren in dem sie ihren Gegner die Nischenpartei ausschalten. Stattdessen zeigt sie auf, dass die Mainstream-Parteien ihre Reaktion gegenüber der Nischenpartei unter Berücksichtigung der relativen Macht gegenüber dem Gegner, der anderen Mainstream-Partei, wählen. Die Entscheidung der Strategie wird hierbei nicht nur durch die Bedrohung der Nischenpartei bestimmt, sondern auch die Auswirkungen der Nischenpartei auf andere Parteien aufgezeigt. Ein weiterer Punkt den Meguid ausführt, ist der relative Level an Bedrohung durch die Nischenpartei. Hieran entscheidet die Mainstream-Partei, ob sie ihren eigenen Stimmenverlust gegenüber der Nischenpartei reduziert oder den Stimmenverlust der gegnerischen Mainstream-Partei an die Nischenpartei verstärkt. Weitere Determinanten, die das Verhalten beeinflussen, sind die Ausgestaltung des Wahlsystems und das Verhalten der weiteren Akteure. Auch wenn die optimale Taktik identifiziert wurde, können die Organisation und Reputation der Partei die Verfolgung dieser verändern.

e. Hypothesen und Operationalisierung

Unter Bezugnahme der zuvor vorgestellten Theorie werden in diesem Abschnitt die Hypothesen dieser Arbeit skizziert. Eines der Kernelemente von Meguids Theorie stellen die drei möglichen Reaktionen einer Mainstream-Partei auf eine Bedrohung durch eine Nischenpartei dar: *dismissive*, *adversial* und *accommodative*. Die *dismissive* Strategie bedeutet, dass die Mainstream-Partei nicht auf die Nischenpartei reagiert und hiermit keine Position zu dem von der Nischenpartei aufgebrachten Thema einnimmt. Sie zeigt den Wählern damit auf, dass das Thema nicht relevant ist. Durch die Nichtbeachtung des Themas wird die Aufmerksamkeit für das Thema reduziert und die Nischenpartei verliert an Stimmen. Hieraus generiert sich die erste Hypothese:

H1: Die Partei Venstre wird gegenüber der Dänischen Volkspartei zum Thema Euroskeptizismus keine Position einnehmen und versucht hiermit die Zustimmung für die Dänische Volkspartei zu schwächen.

Die zweite Hypothese baut auf dem Ansatz der *accommodative* Strategie auf. Bei der *accommodative* Strategie nähert sich die Mainstream-Partei der Nischenpartei in ihrer Position an und versucht die Meinungsführerschaft der Nischenpartei in ihrem Themengebiet zu übernehmen. Hieraus ergibt sich Hypothese 2:

H2: Venstre wird sich der Position der Dänischen Volkspartei zum Euroskeptizismus annähern und versuchen die Meinungsführerschaft der Dänischen Volkspartei zu diesem Thema zu übernehmen.

Meguids *adversial* Strategie bildet die Grundlage für die dritte Hypothese im Rahmen dieser Arbeit. Bei der *adversial* Taktik nimmt die Mainstream-Partei gegenüber der Nischenpartei eine gegenüberstehende Position zum Thema ein. Durch diese Herangehensweise versucht die Mainstream-Partei die Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und die Wähler, auf der Grundlage dessen dazu zu bewegen, eine Wahlentscheidung zu treffen. Diese Taktik führt dazu, dass sich in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung verfestigt, dass die Nischenpartei das Thema zuerst besetzt hat und die Meinungsführerschaft innehat. Für diese Arbeit ergibt sich daraus die folgende Hypothese:

H3: Venstre tritt in den Themenbereich Euroskeptizismus ein und verortet sich mit einer entgegengesetzten Position zur Dänischen Volkspartei.

Operationalisierung

Die genannten Hypothesen und die Forschungsfrage werden in diesem Abschnitt für die weitere Analyse operationalisiert. Die unabhängige Variable ist in der Fragestellung die Dänische Volkspartei und ihre Position im Euroskeptizismus. Venstre und ihre Position im Euroskeptizismus bilden dann die abhängige Variable. Beide Variablen werden anhand der gleichen Variablen im Datensatz ausgewertet. Um die von Meguid entworfene PSO-Theorie anhand der vorliegenden Daten überprüfbar zu machen, müssen die verschiedenen Strategien und der Euroskeptizismus den Variablen und Entwicklungen in den Daten zugeordnet werden.

In den Datensätzen werden diejenigen Variablen berücksichtigt, die eine negative und positive Einstellung gegenüber der EU darstellen. Ergänzend wird noch die Variable mit der links-rechts Positionierung der Parteien ausgewertet, um die veränderte links-rechts Einordnung der Parteien in die Analyse mit einfließen lassen zu können.

Nun folgend werden die drei von Meguid entworfenen Strategien gegenüber einer Nischenpartei operationalisiert.

Bei der *dismissive* Strategie reagiert die Mainstream-Partei nicht auf die Nischenpartei und nimmt zu dem Thema keine Position ein. Dieses ist anhand der Variablen schwierig abzubilden, weil das Thema EU und Europa schon vor dem Aufkommen des Euroskeptizismus in Dänemark bestand und daher die Parteien schon eine Position hierzu angenommen hatten. Die *dismissive* Strategie wird aber im Rahmen dieser Arbeit so operationalisiert, dass die Mainstream-Partei sich in ihrer Einstellung gegenüber der EU nicht verändert mit dem Erstarken der Nischenpartei.

Die *adversial* Strategie sagt aus, dass sich die Mainstream-Partei entgegengesetzt zur Nischenpartei positioniert. In der Analyse muss sich in diesem Fall ein entgegengesetzter Standpunkt der beiden Parteien in den Variablen widerspiegeln. Es muss also bei der einen Partei eine positive Einstellung zur EU vorherrschen, wohingegen die andere Partei eine ablehnende Position vertritt. Hierbei muss es sich um einen aussagekräftigen Wert in der entgegengesetzten Variable handeln. Die Mainstream-Partei muss die entgegengesetzte Position der Nischenpartei einnehmen.

Bei der *accommodative* Taktik nähert die Mainstream-Partei sich der Position der Nischenpartei an. In der Datenanalyse muss sich also die Mainstream-Partei in ihrer inhaltlichen Einstellung gegenüber der EU der Position der Nischenpartei annähern. Es reicht hierbei aus, wenn die Zustimmung Mainstream-Partei gegenüber der EU abnimmt. Die Partei muss nicht auf einen kompletten Euroskeptizismus umschwenken, sondern eine Annäherung an die Nischenpartei erkennbar werden lassen.

4. Empirische Untersuchung

a. Methodik und Datengrundlage

In diesem Abschnitt soll überprüft werden, ob die formulierten Hypothesen und die Forschungsfrage zutreffen. Die Forschungsfrage und die Analyse sind aufgrund der politischen Realität politikwissenschaftlich relevant: weil durch das Aufkommen der Dänischen Volkspartei, der durch sie vertretene Euroskeptizismus einen immer stärkeren Einfluss auf die dänische Politik einnimmt. Dieses ist unter anderem durch die stetige Zunahme der Stimmenanteile der Dänischen Volkspartei ersichtlich als auch durch die indirekte Beteiligung an der Regierung zwischen 2001 und 2011. Vor allem die liberale Partei Venstre verliert am meisten Wähler und Mandate in aktuellen Hochrechnungen den Analysen der vergangen Wahl an die Dänische Volkspartei. Sie hat im Wahlkampf dezidiert Bezug auf die Politik und Positionierung der Dänischen Volkspartei genommen.

Um im Rahmen dieser Arbeit den Einfluss der Dänischen Volkspartei auf Venstre und deren Position zum Euroskeptizismus aufzuzeigen wird eine quantitative Auswertung der Parteiprogramme der beiden Parteien mit Hilfe des *Comparative Manifesto Projects* und des *Euromanifesto Project* vorgenommen. Hierbei wird im *Most Similiar Case Design* gearbeitet. Die unabhängige Variable bildet in der Untersuchung die Dänische Volkspartei und ihre Position im Euroskeptizismus, die auf die abhängige Variable Venstre und ihre Position im Euroskeptizismus wirkt. Die Analyse der Wahlprogramme beschränkt sich auf den Zeitraum zwischen 1998 und 2001 und folgt darauf, dass die Dänische Volkspartei 1998 das erste Mal in das nationale Parlament einziehen konnte. In dem Zeitraum werden alle nationalen und europäischen Wahlen bis 2011 analysiert, welche die letzte Wahl darstellt, zu der zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit Daten vorliegen.

Beide vorliegenden Datensätze zeigen in den jeweiligen Zeilen der Variablen den prozentualen Anteil an, welche diese Aussagen, am Gesamttext ausmachen. Die im CMP angegebene links-rechts Position, wird auf Grundlage der von Michael Laver und Ian Budge in „Party Policy and Government Coalitions“ genannten Parameter erarbeitet und basiert auf den, in der Tabelle 1 auf geführten Variablen. Die insgesamt 26 Variablen, bestehend aus 13 linken Kategorien, die von 13 rechten Kategorien subtrahiert werden, ergeben dann einen Wert von -100 (links) bis +100 (rechts).

Zuordnung rechte Orientierung		Zuordnung linke Orientierung	
104	Military: positive	103	Decolonialization
201	Freedom, human rights	105	Military: negative
203	Constitutionalism: positive	106	Peace
305	Political authority	107	Internationalism: positive
401	Free enterprise	202	Democracy
402	Economic incentives	403	Regulate capitalism
407	Protectionism: negative	404	Economic planning
414	Economic orthodoxy	406	Protectionism: positive
505	Social Services limitation	412	Controlled economy
601	National way of life: positive	413	Nationalization
603	Traditional morality: positive	504	Social Services: expansion
605	Law and order	506	Education: expansion
606	Social harmony	701	Labour groups: positive

Tabelle 1: Kategorienzuordnung der links-rechts Orientierung im CMP (Marxer, 2013).

Die politische Mitte bildet hierbei die 0. Im Rahmen der Analyse soll die links-rechts Position über die Darstellung des Euroskeptizismus hinausgehend Anhaltspunkte dafür geben, ob eine Verschiebung der Position der beiden Parteien stattgefunden hat.

In den Datensätzen des CMP werden die Jahre 1998, 2001, 2005, 2007 und 2011 der nationalen Wahlen in Dänemark ausgewertet. Hierfür werden die Variablen *per 108* (positive Einstellung gegenüber der EG/EU) und *per 110* (negative Einstellung gegenüber der EG/EU) berücksichtigt.

Laut Definition der Variablen *per 108* (positive Einstellung gegenüber der EG/EU) im Kodierhandbuch fallen hierunter: Manifesto-Land soll Mitglied der EG/EU werden oder bleiben; Wunsch nach Erweiterung der EG/EU; Wunsch nach Erweiterung der EG/EU Kompetenzen; Wunsch nach Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Diesen gegenüber steht die Variable *per 110* (negative Einstellung gegenüber der EG/EU). Unter diese können laut Definition im Handbuch fallen: Widerstand gegen spezifische europäische Politik, welche von den Europäischen Behörden bevorzugt wird; Widerstand gegen den Netto-Beitrag des Manifesto Landes zum EU Budget. Da aber die gesamten Daten über den Zeitverlauf aller Jahre keine Werte in beiden Kategorien für die Partei Venstre enthalten, werden die Daten bei den nationalen Wahlen durch die des Dänischen Wahlprojektes und der Wahlnachbefragung aus den jeweiligen Jahren ergänzt. In der wissenschaftlichen Literatur wird auch die Kodierung und Auswahl der Wahlprogramme für den dänischen Teil des CMP kritisiert (Hansen, 2008).

Hierbei werden aus dem dänischen Wahlprojekt die Variablen verwendet, in denen die Wähler die Parteien auf der links-rechts-Skala verorten und die Parteien ihre Positionen zur EU zuordnen.

Bei den Daten des EMP werden die Wahlen zum Europäischen Parlament aus den Jahren 1999, 2004 und 2009 berücksichtigt. Im Jahr 1999 konnte die Dänische Volkspartei das erste Mal in das Parlament einziehen und stellt damit den Startpunkt für die Analyse auf europäischer Ebene dar. Die Europawahl 2009 stellt den Endpunkt der Auswertung auf europäischer Ebene dar, da es sich um die letzten verfügbaren Daten handelt. Gegenüber dem CMP Datensatz gliedern sich die Daten des EMP in detailliertere Subkategorien. Die Kodierung basiert aber ebenfalls auf der des CMP und soll die Vergleichbarkeit gewährleisten. Aufgrund der detaillierteren Aufschlüsselung des EMP gegenüber dem CMP und auch einem anderen thematischen und inhaltlichen Hintergrund der Wahlen, wird kein direkter Vergleich der beiden Datensätze stattfinden. Bei den Daten und Variablen des EMP hat es im Verlauf der Zeit zwei Überarbeitungen des Kodierungsschemas gegeben. Hierdurch ergeben sich unterschiedliche Subkategorien und Variablen. Ebenfalls wie bei dem CMP wird auch bei dem EMP auf Variablen mit einer positiven und negativen Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft/Union zurückgegriffen. Ergänzend zu den Variablen wird die Veränderung auf der links-rechts Achse analysiert. Ergänzend zu der links-rechts Skala haben die Autoren des EMP eine Variable pro versus anti EU Integration kreiert. Errechnet wird die Dimension, in dem Pro-EU-Variablen von Anti-EU-Variablen subtrahiert werden und dann einen Wert zwischen -100 (anti-EU) bis 100 (pro-EU) für die jeweilige Partei ergeben. Die Anzahl der Variablen ist deutlich größer als im CMP und ermöglicht es dadurch, den Euroskeptizismus detaillierter zu verorten. Es werden daher 51 Variablen und Subkategorien mit einer positiven und negativen Einstellung gegenüber der Europäischen Union und den mit ihr verbundenen Themen analysiert.

Die ersten Variablenpaare befinden sich in der Gruppe der Außenbeziehungen. In dieser Rubrik befinden sich als die ersten Variablen *Militär in Europa; die EG/EU: positiv* und *Militär in Europa; die EG/EU: negativ* und steht auf der negativen Seite für weniger Militärausgaben, Abrüstung, keine engere Militärkooperation auf europäischer Ebene. Die positive Variable umfasst Anhebung der Militärausgaben, engere Militärkooperation auf der europäischen Ebene, angemessene Ausstattung des Militärs. Es folgen die Variablen *Europa*,

Europäische Gemeinschaft/Union: positiv und negativ; Finanzierung der EG/EU: negativ, der nationale Beitrag zur EG/EU oder ihre Politik werden kritisiert und zurückgewiesen bzw. bei den positiven Variablen wird eine tiefere Integration und die Mitgliedschaft des Manifesto-Landes positiv gesehen.

Die nächste Kategorie bilden die Variablen zum Thema Freiheit und Demokratie: *Demokratie in Europa, die EG/EU* positive Bewertung der Demokratie in der EU und generelle Unterstützung der Demokratie in der EU; *Mangel an Demokratie in Europa, die EG/EU; Konstitutionalismus in Europa, die EG/EU: positiv/negativ* zustimmende Haltung gegenüber dem Konstitutionalismus in der EU und die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung. Die negative gegensätzliche Variable steht für eine ablehnende Haltung gegenüber einer Verfassung für Europa und spezielle Aspekte der EG/EU Verträge.

Die nächste Rubrik bildet das politische System im Allgemeinen: *Verschiebung von Macht zur EG/EU: positiv/negativ*: die positive Variable befürwortet die Kompetenz- und Machtverschiebung zu EU. Die negative Variable wird wie folgt definiert: keine Macht- oder Kompetenzverschiebung zur EG/EU und der Nationalstaat und seine Region sollen die Souveränität, Macht und Kompetenz behalten; der Verlust von Macht, Kompetenzen und Souveränität des Nationalstaates und der Regionen wird beklagt. *Dezentralisierung Europas, die EG/EU: positiv/negativ; Exekutive und administrative Effizienz in Europa, die EG/EU* höhere Effizienz in der Administration der EG/EU und Verschlinkung der öffentlichen Administration durch die Entlassung von Beamten und die Verbesserung von Prozessen.

Hierauf folgt eine Rubrik zum politischen System der Europäischen Union: *Kompetenzen des Europäischen Parlaments: positiv/negativ*: positive Nennung des Europäischen Parlaments im Allgemeinen und Beibehaltung oder Ausbau der Macht und Kompetenzen des Parlaments. Unter die negative Variable fällt: Einschränkung oder Schwächung der legislativen Macht und/oder Kompetenzen des Europäischen Parlaments und/oder der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEPs). *Kompetenzen der Europäischen Kommission: positiv/negativ*: die positive Variable steht für die positive Nennung der Kommission, sowie die Beibehaltung der Kompetenzen oder eine Erweiterung dieser. Unter die negative Variable fällt: Einschränkung oder Schwächung der exekutiven Macht und/oder Kompetenzen der Europäischen Kommission und/oder des Präsidenten oder der Mitglieder der Europäischen

Kommission. *Kompetenzen des Europäischen Rates/Rat der Europäischen Union: positiv/negativ; Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes: positiv/negativ; Kompetenzen von anderen EG/EU Institutionen: positiv/negativ; positive/negative Nennung der Europäischen Zentralbank; EG/EU Erweiterung: positiv/negativ; Mitgliedschaft der Türkei in der EU: positiv/negativ; Komplexität des politischen Systems der EG/EU.*

Der nächste Abschnitt enthält die Variablen aus der Rubrik Wirtschaft: *EG/EU Strukturfonds: positiv/negativ; Protektionismus: positiv/negativ; Arbeitsmigration: positiv/negativ; Europäischer Binnenmarkt: positiv/negativ; Europäische Währungsunion / Europäische Währung: positiv/negativ; Marktregulierung: positiv/negativ.*

Daran anschließend folgt die Rubrik mit den Variablen für das Gesellschaftsgefüge: *nationale Lebensweise: positiv/negativ; Einwanderung: positiv/negativ; europäische Lebensweise: positiv/negativ; Multikulturalismus in Europa, die EG/EU: positiv/negativ; Beibehalten der nationalen Lebensweise in Europa, die EG/EU.*

In der Analyse werden zunächst alle Daten der verschiedenen Wahlen geschildert, um am Ende der Auswertung eine Bewertung durchführen zu können. Das Interesse liegt hier vor allem darauf, über den zeitlichen Verlauf ein bestimmtes Verhalten der Partei Venstre aufzeigen zu können. Die nationalen und europäischen Parlamentswahlen werden getrennt bewertet.

b. Auswertung der Parlamentswahl in Dänemark 1998

Das politische Jahr 1998 in Dänemark wurde vor allem durch die Wahlen am 11. März geprägt, sowie das darauf folgende Referendum über die Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam am 28. Mai 1998. Dänemarks Premierminister hatte die Wahlen am 11. Februar ausgerufen und damit einen kurzen Vorlauf für den Wahlkampf ausgelöst. Da kein bestimmtes Thema oder eine legislative Blockade die Wahlen hervorgerufen hatte, orientierte sich der Wahlkampf thematisch an einem weiten Spektrum. Beherrschende Themen im Wahlkampf waren unter anderem die Wirtschaft, das Sozialwesen, Steuern, Einwanderung, die Integration von Flüchtlingen, Umweltpolitik und die EU. Die Dänische Volkspartei hatte ihren Wahlkampf mit sehr nationalistischen und Anti-EU-Themen besetzt. Die Wahl wurde knapp durch die sozialdemokratisch geführte Regierung gewonnen und führte zur Fortsetzung der Regierung unter Premierminister Nyrop Rasmussen. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Venstre, Ellemann-Jensen trat, nach der verlorenen Wahl zurück. Neuer Parteivorsitzender wurde Anders Fogh Rasmussen, der nach seinem Amtsantritt eine zentrumsorientierte Strategie einleitete (Bille, 1999: 371-380).

Die CMP-Daten für die Parlamentswahl 1998 zeigen bei der Dänischen Volkspartei für die Variable EG/EU positiv einen Wert von 0 an. Die Variable mit der negativen Einstellung gegenüber der EG/EU macht 13,7 % des Parteiprogramms aus. Auf der links-rechts Achse wird die Partei bei 8,219 verortet. Bei der Parlamentswahl konnte die Dänische Volkspartei 1998 7,4 % erringen und damit 13 Mandate von insgesamt 179 Abgeordneten gewinnen.

Der CMP-Datensatz zeigt sowohl bei der positiven als auch bei der negativen Variable gegenüber der EG/EU für die Partei Venstre einen Wert von 0 auf. Auf der links-rechts Skala ordnet der Datensatz auf Grundlage des Parteiprogramms bei 28,571 ein und damit deutlich rechter als die Dänische Volkspartei. Venstre errang bei der Parlamentswahl 1998 24,0 % und damit 42 Mandate.

Das dänische Wahlprojekt schlüsselt unter der Variable EU-Position die Parteien in fünf Abstufungen durch die Wähler auf. Wert eins steht hier dafür, dass die Partei die EU verlassen möchte, bis zu Wert fünf, wonach die Partei eine Ausweitung der EU anstrebt. Bei der Dänischen Volkspartei ordnen 61,9 % der Befragten die Partei der Kategorie eins zu, 12,2 % Kategorie zwei und zeigen damit auf, dass die Partei klar eine EU-kritische Position einnimmt. Auf der links-rechts Skala wird die Partei von 0 (links) bis 10 (rechts) von 46,9 %

bei Kategorie 10, 20,8 % bei Kategorie 9, 8,0 % bei Kategorie 8 und 4,0 % bei Kategorie 7 eingeordnet. Hiermit handelt es sich in der Wahrnehmung der Wähler um eine eindeutig sehr rechte Partei.

Venstre wird in der Einordnung zum Thema EU von 70,4 % der Befragten beim Wert fünf eingeordnet (Ausweitung der EU) und 18,0 % in Kategorie 4. Bei der links-rechts Einordnung der Partei ist eine deutlich breiter gestreute Verteilung der Antworten der Befragten als bei der Dänischen Volkspartei zu sehen. Die meisten Befragten 31 % ordnen Venstre der Kategorie 8 zu, wobei 10 rechts ist und 0 links ist. Danach folgen 20,9 % der Befragten für Kategorie 7 und 18,8 % in Kategorie 9. Im Vergleich wird Venstre also nicht so weit rechts eingeschätzt wie die Dänische Volkspartei.

c. Auswertung der Europawahl 1999 in Dänemark

Bille führt in seinem Artikel zum politischen Jahr 1999 in Dänemark aus, dass das Interesse an Europawahlen sowohl auf der Seite der Parteien, als auch auf der Seite der Wähler nie besonders hoch war. Es zeigt sich aber durch die zunehmende Anzahl der Kandidaten ein leicht positiver Trend beim politischen Interesse für die Wahlen. Die wichtigsten Themen in diesem Wahlkampf waren die Zukunft des dänischen Opt-Outs, die Problematik von Betrug innerhalb der EU, die Höhe der Bezüge der Europarlamentarier, Umweltfragen, Gesundheitspolitik, Verbraucherschutz, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kampagnen der Parteien Wiederholungen der Positionen vorheriger Europawahlkämpfe und Referenden waren. Weiterhin ging es in Dänemark grundlegend um die Zustimmung oder Ablehnung der Union (Bille, 2000: 370). Bei der ersten Teilnahme an einer Europawahl 1999 konnte die Dänische Volkspartei 5,8 % und einen Sitzplatz erringen. Auf der links-rechts Skala erhält die Partei einen Wert von 24,24. Die Dimension *pro versus anti EU-Integration* weist für die Dänische Volkspartei einen negativen Wert von -33,33 aus. Den ersten Wert, den der EMP Datensatz für eine Variable im Jahr 1999 für die Dänische Volkspartei ausweist ist für *Militär in Europa: negativ* mit einem Anteil von 3,03 % am Parteiprogramm. Die generelle negative Einstellung gegenüber der EU hat bei der Dänischen Volkspartei einen Anteil von 3,03 % am Parteiprogramm. Auch die generelle positive Einstellung gegenüber der EU hat einen Anteil von 3,03 %. Ebenfalls mit einem Wert von 3,03 % für die Dänische Volkspartei wird die Variable für ein dezentrales Europa ausgewiesen. Den höchsten Wert für eine Variable mit

einem Anteil von 15,15 % am Parteiprogramm ist *Machtverschiebung zur EG/EU: negativ*. Mit einem Anteil von 9,09 % folgt darauf die Variable, *Kompetenzen des Europäischen Parlamentes: negativ*, welche für die Einschränkung der Kompetenzen des EP steht. Der gleiche Wert ebenfalls mit einem Anteil von 9,09 % wird für die negative Bewertung der *Kompetenzen der Europäischen Kommission* ausgeworfen. Sowohl für die negative als auch die positive Bewertung der *Kompetenzen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union* wird ein Anteil von 3,03 % errechnet. Ergänzend wird mit einem Anteil von 3,03 % am Parteiprogramm das *Stimmverfahren im Europäischen Rat* positiv bewertet. Im der Kategorie der ökonomischen Variablen zur EU zeigt das Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei mit 3,03 % Anteil eine negative Bewertung des *Protektionismus* und damit einen Einsatz für den freien Markt. Für die anderen ausgewählten Variablen liegen im Rahmen der Auswertung im Jahr 1999 keine Daten vor.

Venstre konnte bei der Europawahl 1999 23,4 % der Stimmen erringen. Damit bekam die Partei fünf Mandate der insgesamt 16⁵ Abgeordneten aus Dänemark. Auf der links-rechts Skala erhält die Partei einen Wert von -1,38 und in der Dimension *pro versus anti EU-Integration* eine 28,47. Die erste Variable zu einen spezifischen Thema hat bei Venstre einen Anteil am Parteiprogramm von 1,38 % und bezieht sich auf *Militär in Europa, die EG/EU: positiv*. Die generelle negative *Einstellung gegenüber der EU* hat bei Venstre einen Anteil von 0,69 %, dem gegenüber steht der Anteil der positiven Einstellung gegenüber der EU im Generellen mit 5,55 %. *Konstitutionalismus in Europa, die EG/EU: positiv* hat einen Anteil von 2,08 %. Die negative Einstellung gegenüber der *Dezentralisierung in der EU* hat einen Anteil von 0,35 %. Ebenfalls hat die positive Einstellung gegenüber der *Dezentralisierung in der EU* auch einen Anteil von 0,35 %. Die negative Bewertung der *Machtverschiebung zur EU* hat einen Anteil von 0,35 % am Parteiprogramm von Venstre. 1,39 % Anteil am Wahlprogramm macht die Variable mit der positiven Bewertung der *Machtverschiebung hin zur EU* aus. Die positive Erwähnung der *Effektivität der Exekutive und Administration auf europäischer Ebene* hat bei Venstre einen Anteil von 0,69 % am Parteiprogramm. 1,39 % macht die positive Bewertung der *politischen Autorität der EU* aus. Der negativen Nennung der *Kompetenzen des EP* mit 0,35 % stehen die positiven Nennungen der *Kompetenzen des EP* mit 5,56 % gegenüber. Die *Kompetenzen der Europäischen Kommission* werden zu 0,35

⁵ Aufgrund der Wahlrechtsreform zur Änderung der Sitzverteilung im Europäischen Parlament nimmt die Gesamtanzahl der dänischen Abgeordneten von 16 in 1999 über 14 in 2004 auf 13 in 2009 ab.

% negativ und zu 1,39 % positiv erwähnt. 1,04 % des Parteiprogramms bewerten die *Kompetenzen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union* positiv. Das *Stimmverfahren im Europäischen Rat* wird von Venstre mit einem Anteil von 0,69 % am Parteiprogramm positiv erwähnt. Positive Erwähnung finden auch die *Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes* mit einem Anteil von 0,69 %. Des Weiteren findet auch die Variable über die generelle *positive Nennung weiterer EU Institutionen* mit 0,35 % am Parteiprogramm Erwähnung. Die Europäische Zentralbank wird mit einem Anteil von 0,69 % positiv aufgeführt. Den höchsten Wert im Rahmen dieser Analyse hat Venstre bei der Variable generelle positive Bewertung der *EU Erweiterung* mit einem Anteil von 7,64 %. Die Variable steht für die positive Bewertung weiterer EU Erweiterungen. Mit einem Anteil von 1,39 % am Parteiprogramm findet der *EU Strukturfonds* negative Erwähnung. *Markt Regulierung durch die EU* wird im Parteiprogramm von Venstre mit einem Anteil von 1,39 % positiv genannt. *Protektionismus* wird mit einem Anteil von 1,74 % negativ angemerkt. Der *Europäische Binnenmarkt* findet mit 1,74 % eine positive Nennung. Im Parteiprogramm von 1999 von Venstre findet die *Europäische Währungsunion und eine Europäische Währung* mit einem Anteil von 3,13 % eine positive Erwähnung. *Multikulturalismus* hat eine positive Nennung mit einem Anteil von 0,35 %. Die nach der obigen Definition benannten relevanten Variablen werden nicht immer in allen Parteiprogrammen aufgeführt, daher können hier nur die mit Werten hinterlegten Variablen aufgeführt werden. Die nicht erwähnten Variablen wurden nicht im Parteiprogramm aufgefunden.

d. Auswertung der Parlamentswahl Dänemark 2001

Der Premierminister verkündete am 31. Oktober 2001, dass am 20. November 2001 Parlamentswahlen stattfinden werden. Hiermit fanden das erste Mal in der dänischen Geschichte lokale, regionale und nationale Wahlen an einem Tag statt. Entscheidendes Themen im Wahlkampf waren die Frage nach der Reduzierung von Flüchtlingen und Einwanderern, die nach Dänemark kommen. Weitere beherrschende Themen im Wahlkampf waren Krankenversorgung und Altenpflege, mehr Recht und Ordnung, Verbesserung der Situation von Familien mit Kindern und das Einfrieren des Besteuerniveaus (Bille, 2002: 944).

Die Dänische Volkspartei errang bei der Parlamentswahl 2001 12 % der Stimmen und konnte damit 22 Mandate erringen. Der CMP-Datensatz listet für die Variable bezüglich der positiven *Bewertung der EU* im Parteiprogramm 0 % auf.

Die Variable mit der negativen *Bewertung der EU* im Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei macht im Jahr 2001 10 % aus.

Auf der links-rechts Skala wird die Partei auf Grundlage des Programms bei 35 eingeordnet. Im dänischen Wahlprojekt ist dieses Mal bei der Bewertung der Position zur EU, eine größere Verteilung der Antworten zu sehen. 50,5 % der Befragten geben an, dass die Dänische Volkspartei in Kategorie 1 (Partei will aus der EU austreten) fällt. Danach ordnen aber 21,4 % der Befragten die Partei Kategorie 2 und 10,9 % zur Kategorie 3. Die Skala bewegt sich von 1 (Partei will aus der EU austreten) bis 5 (Erweiterung der EU). Auf der links-rechts Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) wird die Dänische Volkspartei von 39,1 % in Kategorie 10 eingeordnet. Es folgen mit 17,6 % Kategorie 9, 10,6 % Kategorie 8 und mit 6,1 % Kategorie 7. Die restlichen Kategorien enthalten lediglich niedrige einstellige Prozentwerte.

Venstre erhielt 2001 bei der Parlamentswahl 31,2 % der abgegebenen Stimmen und konnte damit 56 Mandate erringen. Im CMP-Datensatz wird bei beiden Variablen zur positiven, sowie zur negativen *Bewertung der EU* im Parteiprogramm ebenfalls wieder 0 % angegeben. Auf der links-rechts Skala des CMP Datensatzes wird Venstre bei 36,23 eingeordnet.

Die Daten des dänischen Wahlprojektes zeigen auf der EU-Skala von 1 (Partei will aus der EU austreten) bis 5 (Erweiterung der EU), dass 48,3 % der Befragten die Partei in Kategorie 5 einordnen. Danach folgen Kategorie 4 mit 33,5 % und Kategorie 3 mit 9 %. Die Befragten ordnen Venstre auf der links-rechts Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) mit 29,4 % in Kategorie 8 ein. 19,7 % in Kategorie 7, 18,2 % Kategorie 9, 9,4 % Kategorie 6, 6,3 % Kategorie 10 und mit 4,3 % Kategorie 5. Die restlichen Kategorien in der Skala enthalten nur niedrigere Werte, als die hier aufgeführten.

e. Auswertung der Europawahl 2004 in Dänemark

Die Europawahl vom 13. Juni 2004 konnte in der Öffentlichkeit keine hohe Aufmerksamkeit erringen. Das lag auch am niedrigen Interesse der Medien, die lediglich zwei Wochen lang berichteten. Der Wahlkampf konnte so keinen individuellen Themen generieren und war der Europawahl 1999 ähnlich. Neue Themen waren unter anderem die Zukunft der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, höhere Umweltschutzmaßnahmen, Agrarsubventionen und Positionen für und gegen die EU-Verfassung.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 konnte die Dänische Volkspartei 6,8 % und damit ein Mandat der insgesamt 14 dänischen Mandaten sichern. Auf der links-rechts Skala erhält die Partei bei dieser Wahl einen Wert von -32,39. In der *pro versus anti EU-Integrations-Skala* wird für die Dänische Volkspartei ein Wert von -18,31 ermittelt.

Die Variable *EG/EU generell* negativ hat einen Anteil von 2,82 % am Parteiprogramm, wobei die Variable *EG/EU generell* positiv einen Anteil von 5,63 % hat. Mit einem Anteil von 14,08 % am Parteiprogramm wird die Variable über den generellen *Mangel von Demokratie in der EG/EU* nachgewiesen. Demgegenüber findet die positive Erwähnung der *Demokratie in der EG/EU* zu einem Anteil von 5,63 % am Parteiprogramm statt. Die negative Bewertung des *Konstitutionalismus in der EU* hat laut dem Datensatz einen Anteil von 2,82 % am Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei. Mit 1,41 % am Parteiprogramm wird die *Dezentralisierung in der EU* generell negativ gesehen. Die generell positive Einstellung gegenüber der *Dezentralisierung* hat einen Anteil von 4,23 %. Auch die *Verlagerung der Macht hin zur EU* wird mit einem Anteil von 4,23 % negativ im Parteiprogramm erwähnt. Die *Effektivität der Exekutive und Administrative der EU* wird mit einem Anteil von 4,23 % positiv genannt. Mit 1,41 % finden die *Kompetenzen des Europäischen Parlaments* negativ Erwähnung. Unter diese Variable fallen laut Beschreibung im Kodierhandbuch, die Beschneidung und das Zurückfahren der Kompetenzen des Parlaments. Die negativen Nennungen der *Kompetenzen der Europäischen Kommission* haben einen Anteil von 5,63 % am Parteiprogramm. Darauf folgend werden die *Kompetenzen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union* mit einem Anteil von 2,82 % positiv erwähnt. Die Dänische Volkspartei nennt mit einem Anteil von 4,23 % die Variable mit der negativen Beurteilung einer weiteren *Erweiterung der EG/EU*, dieses kann die generelle Erweiterung umfassen, oder die spezifische Zurückweisung eines Landes. Der *EG/EU Strukturfonds* wird im Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei mit einem Anteil von 4,23 % negativ aufgeführt. Die restlichen Variablen enthalten keine Werte oder sind auf Grundlage der Operationalisierung für die Analyse nicht relevant.

Venstre konnte bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 in Dänemark 19,4 % der Stimmen gewinnen und hatte sich damit drei der insgesamt 14 dänischen Sitze im Europaparlament gesichert. Auf der links-rechts Dimension wird die Partei auf Grund ihres Parteiprogrammes bei 3,18 eingeordnet. Für die Variable *pro versus anti EU-Integration* wurde für Venstre ein Wert von 21,97 errechnet. Mit einem Anteil von 0,96 % am

Parteiprogramm findet die Variable: *Militär in der EG/EU* positiv Erwähnung. Bei dem Variablenpaar zur *generellen Beurteilung der EG/EU* hat die negative Variable einen Anteil von 0,32 % und die positive Variable einen Anteil von 6,05 % am Parteiprogramm. Die *Demokratie in der Europäischen Union* wird von Venstre mit einem Anteil von 3,18 % positiv genannt und mit 0,32 % wird ein Mangel an Demokratie erwähnt. Der *Konstitutionalismus* wird mit 2,55 % am Parteiprogramm positiv aufgeführt. Darauf folgend wird die *Dezentralisierung innerhalb der EU* mit einem Wert von 0,96 % positiv erwähnt. Venstre führt in seinem Programm mit einem Anteil von 1,59 % die *Verschiebung der Macht zur EU* als negativ auf. Die *Machtverschiebung* wird mit einem Anteil von 2,23 % auch als positiv dargelegt. *Exekutive und die Administrative der EU* werden mit 3,5 % am Parteiprogramm für ihre *Effizienz* positiv aufgeführt. Die *Kompetenzen der Europäischen Kommission* werden mit 0,64 % positiv bewertet. *Kompetenzen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union* werden mit dem gleichen Anteil von 0,64 % als positiv angegeben, im Parteiprogramm der liberalen Partei. Das *Stimmverfahren im Europäischen Rat* findet mit einem Anteil von 0,32 % positive Anführung. Mit 0,64 % finden die *Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes* eine positive Erwähnung. Die Variable, welche die *restlichen Europäischen Institutionen* auffängt und deren Kompetenzen widerspiegelt findet positive Anführung mit einem Anteil von 0,96 %. Das Variablenpaar über die generelle Einstellung zur *Erweiterung der EU* teilt sich bei Venstre wie folgt auf: die positive Variable hat einen Anteil von 2,55 % und die negative Variable einen Anteil von 0,32 % am Parteiprogramm. Eine *Mitgliedschaft der Türkei in der EU* wird im Programm von Venstre mit 0,64 % positiv aufgeführt. Die *Komplexität des Politischen Systems der EU* wird mit einem Anteil von 0,96 % durch die Partei Venstre kritisiert. Die positive und die negative Variable zum *EU Strukturfonds* teilt sich bei Venstre in folgender Weise auf, mit einem Anteil von 0,32 % wird dieser negativ erwähnt und mit 3,18 % positiv. *Protektionismus* wird mit einem Anteil von 2,23 % als negativ im Parteiprogramm aufgeführt. Die Variable zur *Arbeitsmigration* wird im Parteiprogramm von Venstre mit einem Anteil von 0,32 % positiv beurteilt. Der *Europäische Binnenmarkt* wird im Parteiprogramm mit 5,41 % positiv aufgeführt. *Multikulturalismus* wird im Parteiprogramm der Partei Venstre mit einem Anteil von 1,59 % positiv erwähnt. Die restlichen hier nicht aufgeführten Variablen enthalten keine Werte oder sind in der Folge der Operationalisierung nicht relevant für die Analyse zum Thema Euroskeptizismus.

f. Auswertung der Parlamentswahl Dänemark 2005

Der Premierminister verkündete am 18. Januar 2005, dass die Wahlen zum dänischen Parlament am 8. Februar 2005 stattfinden werden. Da es im Zuge des Wahlkampfes keinen zentralen politischen Konflikt gab, konnten sich auch keine zentralen Wahlkampfthemen herauskristallisieren.

Bei der Parlamentswahl 2005 konnte die Dänische Volkspartei 13,3 % der Stimmen gewinnen und damit ihre Anzahl an Sitzen im Parlament auf 24 erhöhen. Im Datensatz des CMP zeigt die Variable zum Anteil der positiven *Erwähnungen der EU* im Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei 0 % an. Die negative Variable zur generellen *Einstellung gegenüber der EU* hat am Parteiprogramm einen Anteil von 6,82 %. Auf Grundlage des Parteiprogramms wird die Dänische Volkspartei auf der links-rechts Achse bei 38,64 verortet. Das dänische Wahlprojekt hat mit der Befragung ab dem Jahr 2005 die Frage zur Einordnung der Partei zur EU aus den Daten entfernt, weshalb hier nur noch die links-rechts Skala der Studie aufgeführt werden kann. 28,8 % ordnen die Partei auf der Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) bei 10 ein, gefolgt von 19,4 % bei 9, 13,3 % bei 8, 11,2 % bei 7, 7,6 % bei 6, 6,4 % bei 5 und 2,7 % der Befragten bei 4.

Venstre konnte bei der Parlamentswahl 2005 29 % der Stimmen erreichen und erhält damit 52 Sitze im Parlament. Das Variablenpaar zur negativen und positiven *Einstellung zur EU* zeigt auch für diese Auswertung des Parteiprogrammes ebenfalls zweimal 0 % an. Auf der links-rechts Skala wird Venstre im CMP Datensatz bei -1,61 verortet.

In den Daten des dänischen Wahlprojektes wird die Partei von 28,5 % der Befragten auf der Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) bei 8 eingeordnet. Darauf folgen mit 19,8 % bei 7, mit 19,7 % bei 9, 10,4 % bei 6, 6,4 % bei 10 und 4,3 % bei 5.

g. Auswertung der Parlamentswahl Dänemark 2007

Am 24. Oktober 2007 rief der Premierminister Wahlen für den 13. November 2007 aus. Dieses war vor dem Hintergrund geschehen, dass die von Venstre geführte Regierung Reformen für den öffentlichen Sektor angestrebt hatte, die zu massiven Demonstrationen der öffentlichen Angestellten im Land geführt hatten. Der Premierminister argumentierte, dass unter diesen Bedingungen keine vernünftigen Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden können, da die Partei aufgrund bald nahender Wahlen nur taktieren würde. Die zentralen Themen des Wahlkampfes waren Steuerkürzungen versus mehr Sozialstaat,

Arbeitsbedingungen der Angestellten im öffentlichen Sektor, Energie- und Umweltpolitik und Einwanderungspolitik (Bille, 2008: 957-958).

Die Dänische Volkspartei steigert ihr Ergebnis bei der Parlamentswahl 2007 auf 13,9 % und erringt damit 25 Sitzplätze von insgesamt 179 im Folketinget. Das Variablenpaar zur *generellen Einstellung der Partei zur EU* zeigt zu dieser Wahl für die Dänische Volkspartei folgende Werte an: die positive Erwähnung der EU hat einen Anteil von 2,13 % am Parteiprogramm und die negativen Ausführungen einen Anteil von 10,64 %. Auf der links-rechts Skala wird die Partei im Datensatz bei 14,89 eingeordnet.

Die Befragten des dänischen Wahlprojektes⁶ verorten zu 37,1 % die Dänische Volkspartei auf der Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) bei 10. 17,4 % bei 9, 11,3 % bei 8, 7,1 % bei 7, 6,1 % bei 5 und 4,8 % bei 6.

Die liberale Partei Venstre verschlechterte sich bei der Parlamentswahl 2007 auf 26,2 % und kommt damit auf 46 Abgeordnete im Parlament. Auch für das Wahljahr 2007 zeigt der CMP-Datensatz für das Variablenpaar zur *EU Einstellung* der Partei beide Male 0 % an. Auf der links-rechts Skala wird Venstre bei -6,98 eingeordnet.

Im dänischen Wahlprojekt für das Jahr 2007 ordnen 24,1 % der Befragten die Partei bei 8 ein. 21,6 % bei 9, 14,8 % bei 7, 14 % bei 10, 6,2 % bei 6, 5,2 % bei 0 und 4,2 % bei 5.

h. Auswertung der Europawahl 2009 in Dänemark

Wie auch bei den vorherigen Wahlen konnte sich erneut kein zentrales Wahlkampfthema etablieren. Die Kandidaten präsentierten ihre persönlichen Themen, nur konnten die Medien nicht das zentrale Thema an die Wähler adressieren. Weniger im Zentrum in diesem Wahlkampf stand das generelle „Ja“ oder „Nein“ zur EU. Es wurde viel mehr darüber diskutiert, wie aktiv die EU sein darf, um einheitliche Standards und Regeln zu setzen sowie die Koordinierung zentraler Maßnahmen gegen verschiedene Krisen zu übernehmen (Finanzkrise, Klimakrise). Thematisiert wurde des Weiteren, welche Rollen die EU und das EP im Verhältnis zu nationalen Regierungen und Parlamenten spielen sollen (Bille, 2010: 950-951).

⁶ Im Jahr 2007 hat es beim Einpflegen der Daten der links-rechts Skala in die Datenbank offensichtlich einen Fehler gegeben, weshalb die Skala von 0-11 geht, wobei 0 aber immer 0% enthält. In der Dokumentation zur Befragung sind die korrekten Ergebnisse der Befragung zu finden. Daher wurden die Ergebnisse von der Stufe 1-11 in die Skala 0-10 übertragen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament konnte die Dänische Volkspartei 15,3 % der Stimmen erringen und damit einen der 13 dänischen Sitze im Europaparlament gewinnen. Auf der links-rechts Skala wird die Partei im EMP Datensatz bei -3,78 verortet. Auf der Grundlage des Parteiprogrammes wird die Dänische Volkspartei bei der Variable *pro versus anti EU-Integration* bei -35,68 eingeordnet. Mit einem Anteil von 1,08 % am Parteiprogramm findet die Variable mit der generell negativen *Einstellung gegenüber der EG/EU* Erwähnung. Ebenfalls mit einem Anteil von 1,08 % am Parteiprogramm sieht die Dänische Volkspartei die *Finanzierung der EG/EU* negativ. Das Variablenpaar zur *Demokratie in der EU* teilt sich folgendermaßen auf, die Demokratie innerhalb der EU bewertet die Dänische Volkspartei mit einem Anteil von 2,16 % als mangelhaft, demgegenüber findet die Demokratie innerhalb der EU mit einem Anteil 1,08 % positive Erwähnung. Der *Konstitutionalismus innerhalb der Europäischen Union* wird mit einem prozentualen Anteil von 1,62 % negativ aufgeführt. Mit einem Wert von 6,49 % wird die *Dezentralisierung innerhalb der EU* als positiv durch die Dänische Volkspartei genannt. Die *Verschiebung der Macht hin zur EU* wird im Parteiprogramm mit einem Anteil von 9,73 % als negativ beurteilt. *Exekutive und Administrative der EU* werden für ihre *Effizienz* mit einem Anteil von 4,32 % am Programm positiv aufgefasst. Im Variablenpaar über die Bewertung der *Kompetenzen des Europäischen Parlaments* werden diese mit einem Anteil von 5,41 % als negativ und mit einem Anteil von 1,08 % positiv genannt. Die *Kompetenzen der Europäischen Kommission* werden ebenfalls mit einem Anteil von 3,24 % am Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei negativ aufgeführt. *Kompetenzen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union* werden im Generellen mit einem Wert von 1,08 % bei der Volkspartei positiv erwähnt. Aber die *Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes* werden mit einem Anteil von 0,54 % am Parteiprogramm als negativ bewertet. Die *EG/EU Erweiterung* wird im Generellen mit einem Anteil von 1,08 % negativ gesehen. Eine etwaige *Mitgliedschaft der Türkei in der EU* wird mit einem Anteil von 5,95 % am Programm der Partei als negativ aufgeführt. Die *Komplexität des Politischen Systems der EU* wird mit einem Anteil von 0,54 % durch die Dänische Volkspartei kritisiert. Mit einem Anteil von 5,95 % wird der *EG/EU Strukturfonds* als negativ aufgefasst. Die Dänische Volkspartei führt die *Arbeitsmigration* mit einem Anteil von 2,16 % in ihrem Parteiprogramm als negativ auf. Ebenfalls der *Europäische Binnenmarkt* wird im Programm der Partei mit einem Anteil von 0,54 % als negativ erwähnt. Die *Europäische Währungsunion und eine Europäische Währung* werden mit dem gleichen Anteil von 0,54 % negativ erachtet. Mit einem Anteil von 1,08 % wird die *nationale Lebensweise*, mit dieser

Variable werden Patriotismus und Nationalismus angesprochen, positiv aufgeführt. *Einwanderung* wird mit einem Anteil von 3,78 % am Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei als negativ gesehen. Die Variable wird im Kodierhandbuch damit beschrieben, dass die Partei die Notwendigkeit sieht, die Einwanderung in das Land der Partei in nichtwirtschaftlichen und im unspezifischen Zusammenhang zu reduzieren. Mit einem Anteil von 2,16 % am Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei wird die Variable für die *Beibehaltung der nationalen Lebensweise und der nationalen Kultur innerhalb Europas* oder innerhalb der EG/EU als positiv aufgeführt.

Venstre konnte bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 20,2 % der Stimmen gewinnen und hat damit drei der insgesamt 13 dänischen Parlamentarier gestellt. Auf der links-rechts Skala wird die Partei bei -16,49 verortet. Auf der Skala von -100 bis 100 der Variable *pro versus anti EU-Integration* wird die liberale Partei auf Grundlage des Parteiprogrammes bei 11,98 eingeordnet. Mit einem Anteil von 1,09 % am Parteiprogramm erwähnt Venstre die *Militärvariable* positiv. Die Variable steht für die Erhöhung der Militärausgaben, Erneuerung des militärischen Materials und eine engere Kooperation auf europäischer Ebene. Von Venstre wird die *Europäische Union* im generellen mit einem Anteil von 3,11 % am Programm positiv bewertet. Das Variablenpaar zu *Demokratie in der EU* teilt sich bei Venstre folgendermaßen auf, mit einem Anteil von 0,31 % wird diese negativ bewertet und mit einem Anteil von 1,71 % als positiv. Der *Konstitutionalismus innerhalb der EU* wird mit einem Anteil von 0,31 % als positiv erachtet. Mit 3,58 % am Parteiprogramm wird die *Dezentralisierung innerhalb der EU* negativ gesehen, dem gegenüber erachtet diese Venstre mit einem Anteil von 1,4 % als positiv. 0,78 % des Parteiprogrammes erwähnen die *Verschiebung der Macht zur EU* als positiv. *Exekutive und administrative Effizienz der EU* werden im Programm der Partei mit einem Anteil von 4,51 % als positiv angeführt. Die *Kompetenzen des Europäischen Parlamentes* werden mit einem Anteil von 0,47 % als positiv bewertet durch die Partei Venstre. Ebenfalls positiv genannt werden die *Kompetenzen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union* mit einem Anteil von 0,16 %. Das *Stimmverfahren im Europäischen Rat* wird von der liberalen Partei mit einem Anteil von 0,16 % am Parteiprogramm als negativ erwähnt. Mit 0,16 % wird die *Kompetenz des Europäischen Gerichtshofes* als positiv herausgestellt. Auch die *Kompetenzen der anderen EU Institutionen* im Allgemeinen werden mit einem Anteil von 0,31 % als positiv benannt. Die *EU-Erweiterung im Generellen* wird mit einem Anteil von

0,47 % am Parteiprogramm positiv erachtet. Die negative Bewertung des *Protektionismus* und damit der Einsatz für freien Handel repräsentiert im Parteiprogramm von Venstre einen Anteil von 1,09 %. *Arbeitsmigration* wird mit einem Anteil von 0,31 % als positiv angegeben. Der *Europäische Binnenmarkt* wird von Venstre in ihrem Parteiprogramm mit einem prozentualen Anteil von 5,29 % als positiv aufgeführt. Ebenfalls werden die *Europäische Währungsunion und eine europäische Währung* mit einem Anteil von 0,16 % positiv genannt. Venstre erwähnt positiv mit einem Anteil von 0,47 % die *nationale Lebensweise* und adressiert damit Nationalismus und Patriotismus. *Einwanderung* im Allgemeinen wird im Parteiprogramm von Venstre mit einem Anteil von 0,31 % als positiv aufgeführt. *Multikulturalismus* wird mit einem prozentualen Anteil von 1,09 % am Parteiprogramm von Venstre positiv angesehen.

i. Auswertung der Parlamentswahl Dänemark 2011

Der dänische Ministerpräsident Løkke Rasmussen verkündete am 26. August die Parlamentswahlen für den 15. September 2011. Løkke Rasmussen rief Neuwahlen aus, nachdem Verhandlungen zwischen der Regierung (Venstre, Konservative Volkspartei) und Dänischer Volkspartei über ein Konjunkturprogramm und die Immobilienwertsteuer gescheitert waren. Vor allem fand hierbei die Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik und die finanzielle Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen statt. Die Dänische Volkspartei legte den Schwerpunkt in ihrem Wahlkampf auf eine restriktivere Zuwanderungspolitik. Ergänzend hierzu erklärte die Partei die Eindämmung der Kriminalität und stärkere Grenzkontrollen als ihr Ziel (Arndt, 2012: 144-145).

Bei der Parlamentswahl 2011 in Dänemark musste die Dänische Volkspartei leichte Verluste verzeichnen und erreichte 12,3 % der Wählerstimmen. Hiermit zogen 22 Abgeordnete der Partei ins dänische Parlament ein. Im CMP-Datensatz ist ersichtlich, dass der Anteil positiver Passagen über die *EG/EU* im Parteiprogramm bei 0 % liegt. Demgegenüber liegt der Anteil der negativen Passagen bei 6,34 % des Programmes. Auf der links-rechts Skala wird die Partei laut CMP-Datensatz für die Wahl 2011 bei 31,12 eingeordnet. Der Wahlkampf war vor allem von wirtschafts- und sozialpolitischen Themen geprägt.

In der Befragung des dänischen Wahlprojektes stuften 29,1 % der Befragten auf der Skala 0 (links) bis 10 (rechts) die Dänische Volkspartei bei 10 ein. 18,5 % bei 9, 16 % bei 8, 11,4 % bei 7, 8,8 % bei 6 und 7,2 % bei 5.

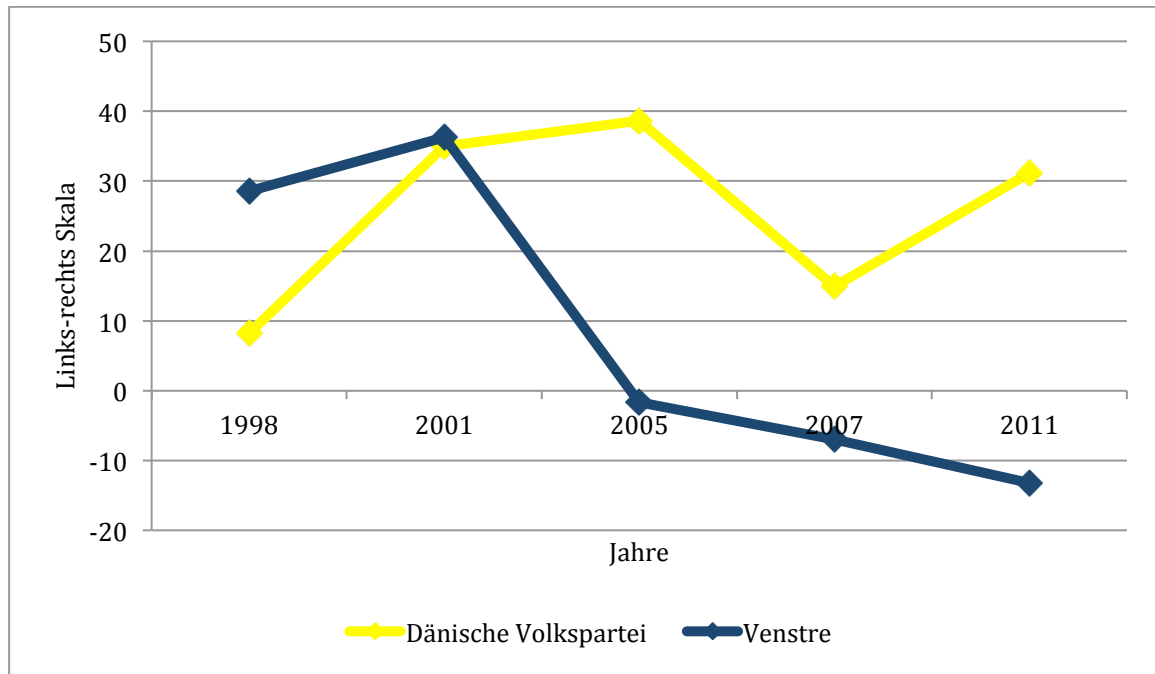
Venstre konnte bei der Wahl 26,7 % der Stimmen erringen und damit 47 Abgeordnete in das Parlament entsenden. Im CMP-Datensatz sind für die liberale Partei die Anteile der positiven

und negativen *Beurteilung der EU* ebenfalls wieder zweifach 0 %. Auf der links-rechts Skala wird die Partei -13,22 eingeordnet.

Die Befragten im Rahmen des dänischen Wahlprojektes ordnen Venstre mit 28,9 % auf der Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) bei 8 ein. Darauf folgen mit 20,2 % Kategorie 7, 18,3 % in 9, 11,9 % in 6, 9,9 % in 10 und 2,8 % in 5.

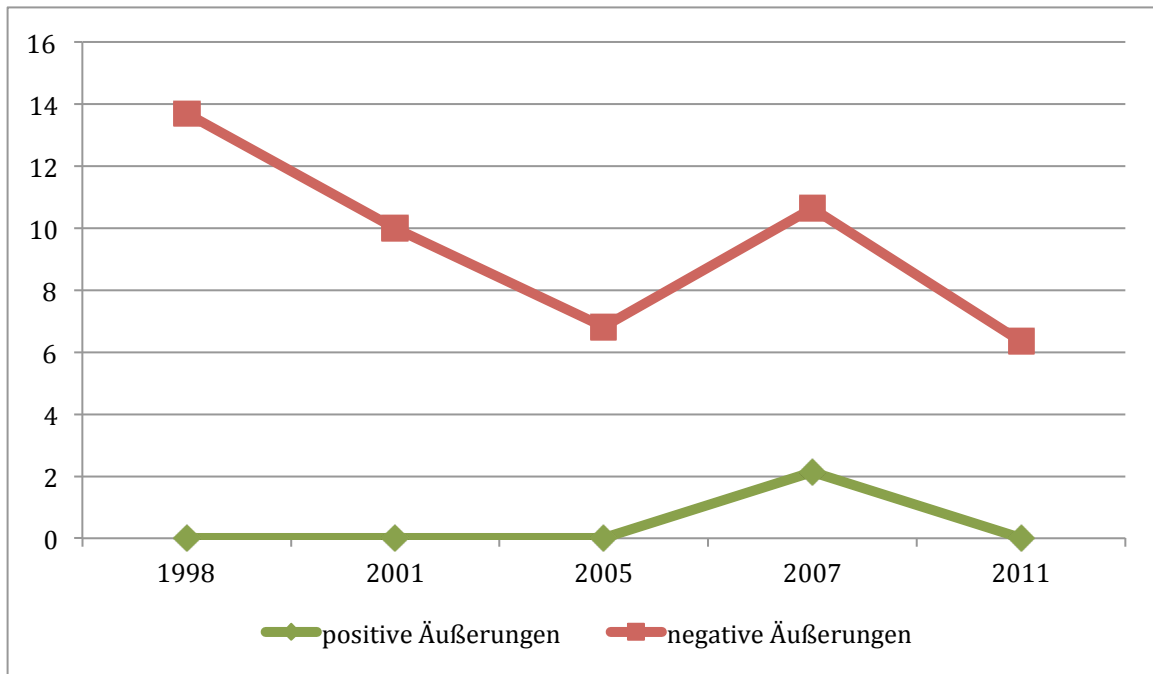
5. Analyse der Wahlen von 1998 bis 2011

In diesem Kapitel sollen die im vorherigen Abschnitt aufgezeigten Daten im gesamten Verlauf von 1998-2011 beleuchtet werden. So können etwaige Veränderungen in der Positionierung der Parteien im Bezug auf den Euroskeptizismus aufgezeigt und analysiert werden.



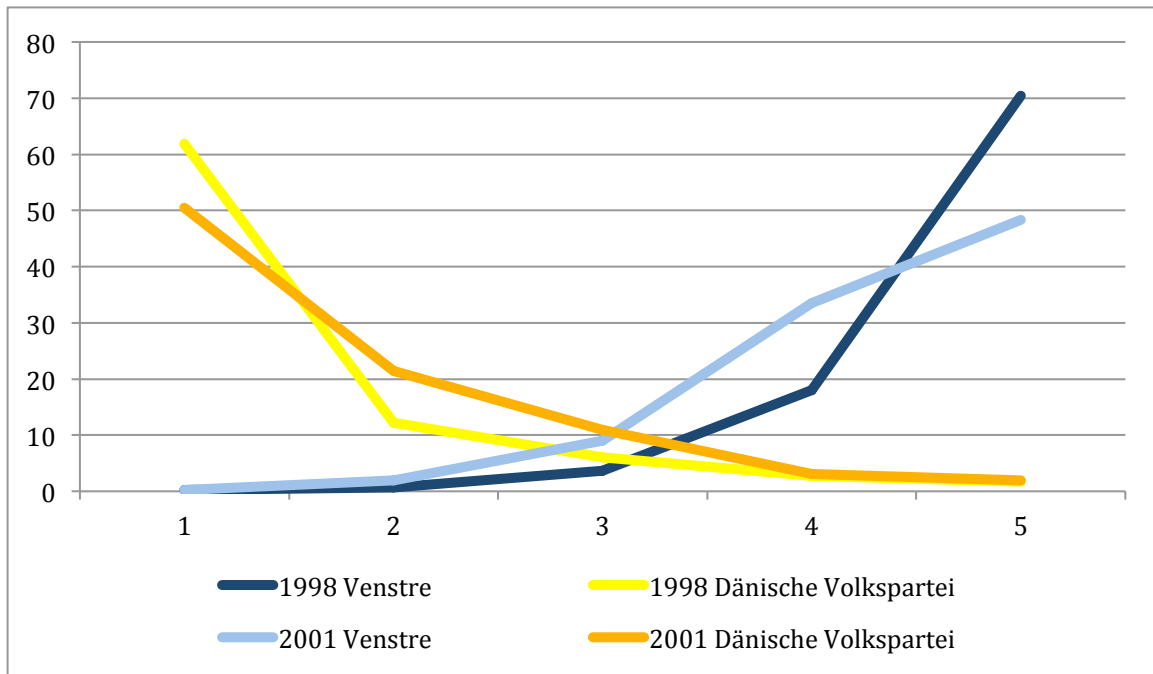
Grafik 2: CMP 1998-2011 DK. Links-rechts Position der jeweiligen Partei von -100 (links) bis 100 (rechts).

Grafik 2 zeigt die links-rechts Einordnung von Venstre, als auch der Dänischen Volkspartei über den gesamten Untersuchungszeitraum. Es lässt sich erkennen, dass beide Parteien in den Jahren 1998 und 2001 deutlich rechte Positionen eingenommen haben. Danach nimmt Venstre eine mittige Position ein, um sich dann bis 2011 weiter links zu positionieren. Die Dänische Volkspartei nimmt im gesamten Zeitverlauf eine rechte Position ein. Sie fällt nur leicht im Jahr 2007 ab, um dann 2011 wieder auf über 30 anzusteigen. Natürlich kann sich gerade bei einer Analyse auf Grundlage der Parteiprogramme die Position auf der links-rechts Skala relativ stark verändern, wenn nur Wahlkampfthemen aufgegriffen werden und dadurch nicht in allen Themenbereichen bei jeder Wahl eine Einordnung möglich ist. Der dänische Beitrag zum CMP weist in weiten Teilen große Lücken im Datensatz auf. Des Weiteren sind vor allem bei Venstre nur Parteiflyer kodiert worden und keine vollumfänglichen Parteiprogramme, daher sind die CMP-Einordnungen mit Vorbehalt zu betrachten (Hansen, 2008). Der CMP-Datensatz listet weitergehend nur die Einstellung der Dänischen Volkspartei auf. Daher wird hier zunächst nur auf die Einstellung dieser Partei eingegangen.



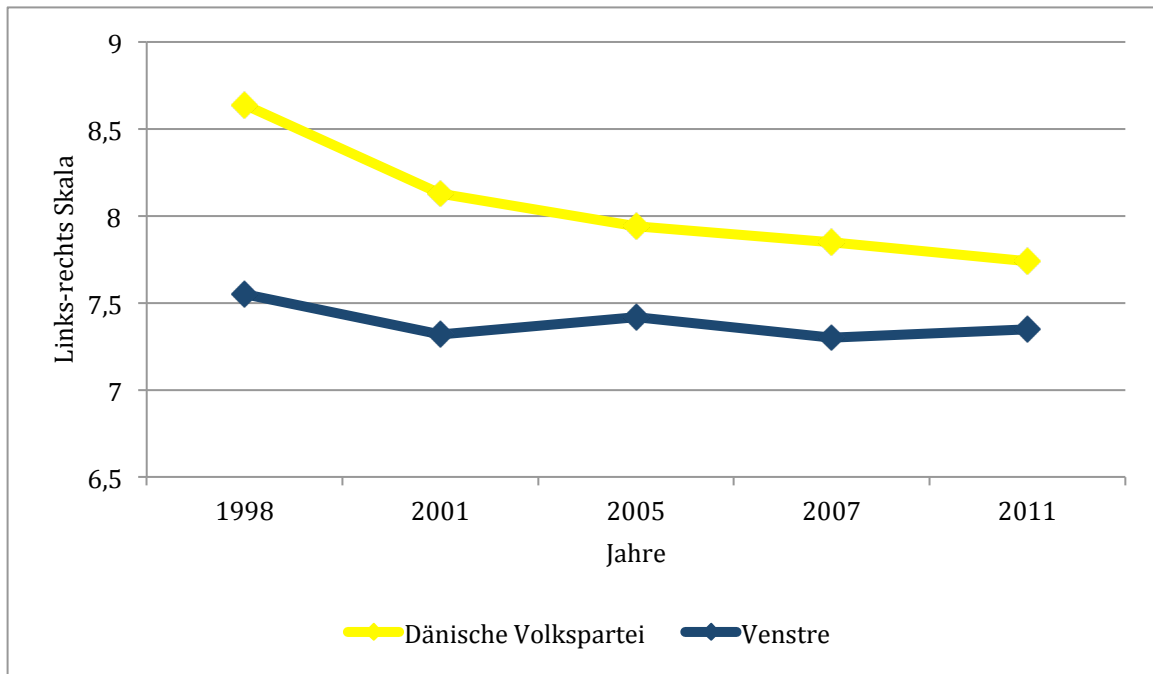
Grafik 3: CMP 1998-2011 DK. Anteil positiver und negativer Äußerungen zur EU im Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei. Angaben in Prozent.

Aus Grafik 3 ist ersichtlich, dass der Anteil negativer Äußerungen der Dänischen Volkspartei seit 1998 abgenommen hat, mit Ausnahme im Wahljahr 2007. Die Partei hat sich aus ihrer generellen Ablehnungshaltung gegenüber der EU in eine Position begeben, in der sie von der Annahme ausgeht, dass es ihre parlamentarische Verantwortung ist, aus der Haltung zu argumentieren, dass Dänemarks Mitgliedschaft in der EU in der Zukunft nicht enden wird (Knudsen, 2008: 159-160). Dieses bildet die Basis für die, von der Dänischen Volkspartei geäußerte Kritik. Aus dem Datensatz ist mit den dazugehörigen Textpassagen ersichtlich, dass sich nicht die Kritik im Allgemeinen an der EU geändert hat, sondern lediglich der Anteil am Parteiprogramm stark schwankt. Die positive Äußerung im Jahr 2007 stellt die Begrenzung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten der EU auf die Bereiche Handel, Umweltpolitik und technische Zusammenarbeit dar. Die Schwankungen lassen sich unter anderem mit der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung in den Wahlkämpfen erklären, in denen selten das Thema EU im Zentrum oder überhaupt eine Grundlage für die Wahlentscheidung bei nationalen Wahlen spielt. Auch im dänischen Wahlprojekt ist ersichtlich, dass der Anteil des Themas EU an den wichtigsten politischen Themen, welcher sich die Parteien annehmen sollen, im Verlauf der Untersuchungszeitraum abnimmt.



Grafik 4: Dänisches Wahlprojekt 1998-2001. Einordnung der Parteien auf einer Skala von 1 (Austritt aus der EU) bis 5 (Erweiterung der EU) durch Wahlbefragung. Angaben in Prozent.

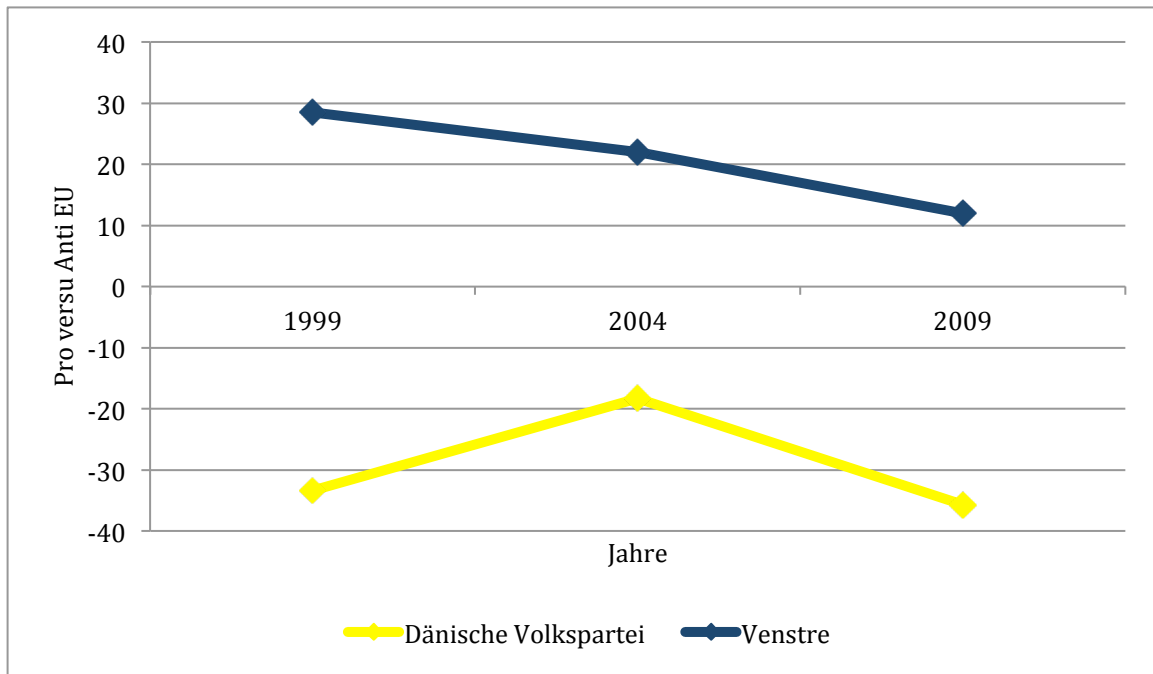
Grafik 4 auf der Grundlage von Daten aus dem dänischen Wahlprojekt aus den Jahren 1998 und 2001 lässt die Einordnung der Befragten der jeweiligen Partei nachvollziehen. Venstre wurde im Jahr 1998 von den Befragten noch stärker der Kategorie 5 zugeordnet, als dieses im Jahr 2001 der Fall ist. Hingegen ist die Entwicklung hin zur Mitte der Skala bei der Dänischen Volkspartei nicht so stark. Die Einschätzung der Befragten, dass sich Venstre in Richtung der Positionierung der Dänischen Volkspartei orientiert, spricht für die Hypothese 2, die auf der *accommodative* Taktik aufbaut und besagt, dass sich Venstre der Position der Dänischen Volkspartei annähert. Hierbei ist zu beachten, dass nur ein kleiner Teil des Untersuchungszeitraumes abgedeckt wird. Hintergrund dieser Entwicklung dürfte die Ablehnung des Euro-Beitritts im Jahr 2000 sein, bei der Venstre für eine Zustimmung geworben hatte dann aber das Referendum verloren hat. Danach wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein leichtes Umschwenken der Positionierung der Partei in der Einstellung zur europäischen Themen stattgefunden haben.



Grafik 5: Dänisches Wahlprojekt 1998-2011. Arithmetisches Mittel der Links-Rechts-Einordnung auf der Skala 0 (links) bis 10 (rechts) der jeweiligen Partei.

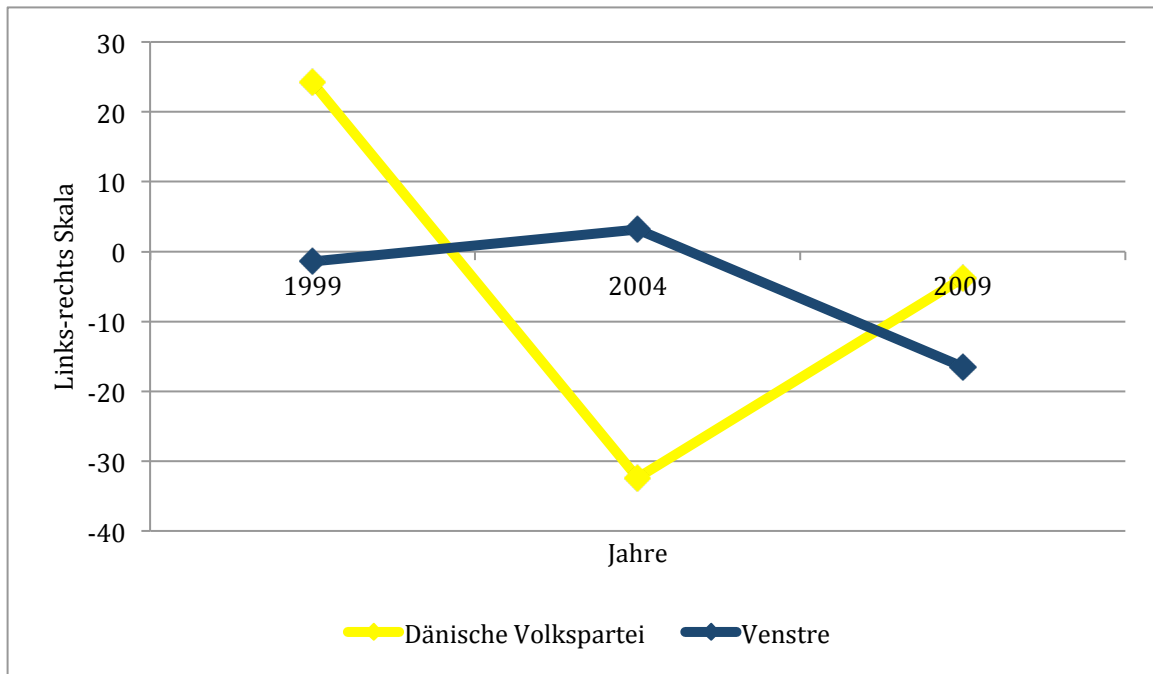
Grafik 5 zeigt das arithmetische Mittel der Werte der Dänischen Volkspartei und von Venstre auf der Links-Rechts-Skala des dänischen Wahlprojektes und die dadurch erfolgten Antworten der Befragten. Die Links-Rechts-Skala soll zur Hilfe genommen werden, um aufzuzeigen, in welcher Form sich die Partei Venstre in ihrer Gesamtheit in der Wahrnehmung der Befragten verhalten hat. Die oben dargestellten Ergebnisse lassen eher den Schluss zu, dass die Dänische Volkspartei ihre Position weiter zur politischen Mitte verändert hat, als dass dieses bei Venstre geschehen ist. Dieses würde in einer ausschnittweisen Betrachtung eher für Hypothese 1 (Venstre nimmt keine Position gegenüber der Dänischen Volkspartei ein) sprechen. Es lässt sich natürlich hierdurch kein Rückschluss auf die Einstellung gegenüber dem Euroskeptizismus von Venstre machen. Die Daten wurden aufgrund der unzureichenden Datenlage im CMP-Datensatz zur Ergänzung und weitergehenden Beurteilung hinzugezogen.

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse bei den Europawahlen und die Ergebnisse aus dem EMP-Datensatz analysiert und bewertet.



Grafik 6: EMP 1998-2001. Pro versus Anti EU Positionen der jeweiligen Parteien auf einer Skala von 100 (pro) bis -100 (anti).

Die Ergebnisse der Variable pro versus anti EU-Integration des EMP Datensatzes zeigen für die Partei Venstre bei den Wahlen 1999, 2004 und 2009 zur Europawahl, eine Abnahme bei der pro-Einstellung zur EU. Ablesen lässt sich eine Entwicklung ausgehend von 28 bis auf 11 im Jahr 2009. Dabei handelt es sich in der Gesamtheit generell weiterhin noch um eine Zustimmung zur EU, aber es ist über die drei Wahlen ein abnehmender Trend bei Venstre zu sehen. Die Dänische Volkspartei verweilt über den gesamten Untersuchungszeitraum hin im negativen Bereich und damit in einer ablehnenden Haltung gegenüber der EU-Integration. Die beiden Wahlen 1999 und 2009 bewegen sich ungefähr auf dem gleichen Niveau bei -30, nur bei der Wahl 2004 verzeichnet die Partei eine Verschiebung nach oben auf -18. Der Blick auf die Wahlergebnisse lässt den Schluss zu, dass sich der Druck bei europapolitischen Themen durch die Dänische Volkspartei für Venstre stetig erhöht hat. Die Dänische Volkspartei hatte bei den Wahlen 1999 5,8 % und 2004 6,8 % erzielt. Darauf folgte dann eine deutliche Steigerung bei der Wahl 2009 auf 15,3 % der abgegebenen Stimmen. Venstre hingegen konnte bei der Wahl 1999 23,4 % erzielen und verlor dann Stimmen, um dann 2004 nur noch 19,4 % und 2009 20,2 % zu erreichen. Durch die Stimmengewinne der Dänischen Volkspartei hat sich die Bedrohung für Venstre allmählich erhöht. Grafik 6 zeigt wie Venstre sich der Position der Dänischen Volkspartei annähert und bestätigt damit Hypothese 2.



Grafik 7: EMP 1999-2009 DK. Links-rechts Position der jeweiligen Partei von -100 (links) bis 100 (rechts).

Grafik 7 lässt bei beiden Parteien große Schwankungen in einem relativ kurzen Untersuchungszeitraum erkennen. Vor allem die Positionierung der Dänischen Volkspartei variiert zwischen zwei Wahlen von einer rechten Partei zu einer linken Partei und dann wieder zurück in die Mitte der Skala. Diese Werte lassen sich dadurch erklären, dass die Variablen, welche die rechte Seite der Links-Rechts-Skala darstellen bei der Dänischen Volkspartei kaum Daten enthalten und daher die Aussagekraft der Links-Rechts-Skala im EMP Datensatz nicht gegeben ist. Die obige Grafik verdeutlicht dies.

Nun soll gegenübergestellt werden, in welchen thematischen Bereichen bei beiden Parteien die Ablehnung gegenüber der EU am stärksten ist und welche Entwicklungen diese genommen haben. Die Variablen zur generell positiven oder generell negativen *Einstellung gegenüber der EU* haben bei beiden Parteien einen hohen Anteil am Wahlprogramm im Verlauf des Untersuchungszeitraumes. Bei Venstre nimmt die negative *Äußerung gegenüber der EU* bis zum Jahr 2009 auf 0 ab. Die positiven Äußerungen verlaufen von 5 % in 1999, gesteigert auf über 6 % in 2004 und verringert auf 3 % in 2009. Eine Abnahme der positiven Äußerungen gegenüber der EU bedeutet im Umkehrschluss nicht automatisch eine Zunahme an Euroskeptizismus bei Venstre, aber es kann als leichtes Ansteigen der kritischen Einstellung gegenüber der EU gedeutet werden.

Bei der Dänischen Volkspartei nimmt die negative *Einstellung gegenüber der Europäischen Union* von einem Anteil von 3 % in 1999 auf 1 % in 2009 ab. Dem gegenüber nimmt auch die generell positive *Äußerung gegenüber der EU* von 3 % 1999 über 5 % in 2004 zu und wieder auf 0 % in 2009 ab. Da die Variablen nur die generelle Einstellung gegenüber der EU beurteilen, lässt sich damit kein Rückschluss auf die dezidierte Kritik an der EU vornehmen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass beide Parteien in ihrer positiven Haltung gegenüber der EU abgenommen haben. Bei der Dänischen Volkspartei fällt als nächster Schwerpunkt der Kritik an der EU die *Zentralisierung der Macht bei der EU* auf. Im Datensatz wird daher über den Untersuchungszeitraum aufgezeigt, dass die positive Äußerung gegenüber der Dezentralisierung im Verlauf der Wahlen von einem Anteil von 3 % über 4 % dann auf 6 % zunimmt. Bei der liberalen Partei Venstre zeichnet sich eine entgegengesetzte Entwicklung ab: Die positiven Äußerungen gegenüber der Dezentralisierung nehmen von 0,3 % auf 0,9 % und dann auf 1,4 % in 2009 zu. Dennoch repräsentiert die negative Haltung gegenüber der Dezentralisierung im Jahr 2009 einen Anteil von 3,5 % am Parteiprogramm und stellt damit Venstre als Dezentralisierungsgegner heraus.

Einen anteilig sehr hohen Schwerpunkt der Kritik an der EU bildet bei der Dänischen Volkspartei die *Machtverschiebung zur EU* hin. Diese Variable hat 1999 einen Anteil von 15 %, 2004 von 4 % und 2009 einen Anteil von 9,7 %. Bei Venstre gibt es keine klare Entwicklung im Bezug auf die *Machtverschiebung zur EU*. Auf der einen Seite nimmt die positive Äußerung dazu bis auf einen Anteil von 0,7 % in 2009 ab, aber auch die negative Einstellung ist in 2009 auf 0 % gefallen, wobei sie von 0,3 % in 1999 auf 1,6 % in 2004 gestiegen war. Die Ergebnisse der Auswertung zeigen, dass die Dänische Volkspartei mit einem hohen Anteil am Wahlprogramm die *Kompetenzen des EP* kritisiert. Bei Venstre fällt die Zustimmung zu den *Kompetenzen des EP* mit einem Anteil von 5,6 % 1999 auf 0,5 % in 2009. Die negativen Äußerungen über die Kompetenzen des EP fallen von 0,35 % auf 0 % in 2004 und 2009. Bei Venstre ist damit in diesem Punkt keine klare Entwicklung zu erkennen. Bei der Einstellung zur generellen *Erweiterung der EU* zeigen sich bei Venstre abnehmend positive Äußerungen zur *Erweiterung der EU*. Mit einem Anteil von 7,6 % sind die positiven Äußerungen zur Erweiterung auf 0,47 % in 2009 gefallen. Hiermit haben wir eine Abnahme der Zustimmung der Erweiterung der EU und dadurch nähert sich Venstre der Position der Dänischen Volkspartei an. Dieses wäre wiederum eine Bestätigung für Hypothese 2.

Mit einem Anteil von 3,8 % äußert sich die Dänische Volkspartei in ihrem Wahlprogramm 2009 negativ über *Einwanderung*, auch Venstre äußert sich erstmals 2009 mit einem Anteil von 0,3 % negativ über Einwanderung im Bezug auf die EU. Bei Venstre zeigt sich damit eine nach den Wahlen 1999 und 2004, wo diese keinen Anteil am Wahlprogramm hatte, Entwicklung hin zur Position der Dänischen Volkspartei. Dieses ist ebenfalls ein Indiz für Hypothese 2.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass bei einem Großteil der Variablen ein Beleg für die Hypothese 2 und damit eine programmatische Annäherung an die Dänische Volkspartei stattfindet, was auch anhand der Entwicklung bei der Variable *pro versus anti EU* ersichtlich ist. Des Weiteren zeigen aber auch einige Variablen eine Unterstützung der Hypothesen 1 (Venstre nimmt keine Position gegenüber der Dänischen Volkspartei ein) und 3 (Venstre nimmt eine entgegengesetzte Position zur Dänischen Volkspartei ein). Unter anderem bei der *Einstellung zum EU-Strukturfonds*, nimmt Venstre eine entgegengesetzte Position zur Dänischen Volkspartei ein und äußert sich diesem gegenüber positiv. Auch beim *Protektionismus* nimmt Venstre eine entgegengesetzte Position ein und äußert sich negativ. *Arbeitsmigration* sieht Venstre ebenfalls positiv, wohingegen die Dänische Volkspartei sich über diese negativ äußert. Abschließend sei ein weiterer Beleg für Hypothese 3 genannt, es ist die leicht positive Äußerung von Venstre zur *Europäischen Währungsunion/Europäische Währung*, im Gegensatz zu einer negativen Äußerung der Dänischen Volkspartei.

Durch die Veränderungen der Partei wird am häufigsten Hypothese 2 bestätigt. Es ist also durch die Variablen häufiger nachgewiesen, dass Venstre sich der Dänischen Volkspartei annähert. Hypothese 3, in der Venstre eine entgegengesetzte Position zur Dänischen Volkspartei einnimmt, um sich thematisch klar von ihr abzugrenzen, wird genauso häufig wie Hypothese 2 nachgewiesen, ausgenommen, dass die Variable *pro versus anti EU-Integration* ebenfalls Hypothese 2 bestätigt. Wenige Variablen hingegen bestätigen Hypothese 1, nach der Venstre seine Position gar nicht verändert, aufgrund der gesteigerten Bedrohung durch die Dänische Volkspartei.

Eine Annäherung an die Dänische Volkspartei und damit eine Bestätigung für Hypothese 2 findet in den Bereichen: generell negative *Einstellung zur EU*, negative Beurteilung der *Demokratie in der EU*, negative Beurteilung der *Machtverschiebung zur EU*, positive Nennung der *Effektivität der Administration und Exekutive in der EU*, Abnahme der positiven

Beurteilung der EU-Erweiterung, positive Nennung des *National Way of Life* und negative Erwähnung von *Einwanderung* statt. Hierbei bewegt sich aber Venstre so gut wie nie auf dem Niveau der prozentualen Anteile entsprechend der Dänischen Volkspartei, sondern deutlich niedriger.

Hypothese 3 wird in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit von Venstre positiv beurteilt, im Gegensatz zu einer negativen Einstellung der Dänischen Volkspartei.

Problematisch bei der Beurteilung der Ergebnisse bleibt vor allem, dass die Dokumente teilweise große Unterschiede in ihrer Länge und damit auch im inhaltlichen Umfang aufweisen. So handelt es sich zum Beispiel bei dem Parteiprogramm der Dänischen Volkspartei von 2009, um ein Exzerpt des nationalen Parteiprogrammes gegenüber ordentlichen Europawahlprogrammen bei den restlichen Terminen. Auch unterscheidet sich die Anzahl der Quasi-Sentences in den unterschiedlichen Parteiprogrammen massiv. Ein Quasi-Sentence enthält genau ein Statement. Die Wahlprogramme von Venstre enthalten im EMP Datensatz in 1999 288 Quasi-Sentences, in 2004 314 Quasi-Sentences und in 2009 643 Quasi-Sentences. Bei der Dänischen Volkspartei ist die Anzahl der Quasi-Sentences deutlich niedriger mit 33 in 1999, 71 in 2004 und 185 in 2009. Allein diese Tatsache macht es schon schwierig, eine generelle Vergleichbarkeit über mehrere Themenbereiche hinweg zu ermöglichen.

6. Fazit und Ausblick: Venstre als Euroskeptiker?

In dieser Arbeit konnte aufgezeigt werden, dass Venstre durch die stetig zunehmenden Stimmen der Dänischen Volkspartei seine eigene Programmatik im Bezug auf die EU leicht angepasst hat. Die Partei hat sich damit in verschiedenen Punkten der Dänischen Volkspartei angenähert. Dieses wird vor allem im EMP Datensatz deutlich. Demgegenüber kann aber auch in einigen inhaltlichen Standpunkten eine entgegengesetzte Einstellung von Venstre ausgemacht werden. Es muss hier deutlich gemacht werden, dass es sich nicht um eine massive Veränderung der Position von Venstre handelt, sondern um eine leichte Annäherung. An dieser Stelle findet daher vor allem die *accommodative* Taktik von Meguid eine Bestätigung. Es kann aber in der Arbeit in ihrer Gesamtheit keine Zunahme des Euroskeptizismus bei Venstre nachgewiesen werden. Es handelt sich vor allem um eine Abnahme der Zustimmung zur EU, die noch nicht in einen klaren Euroskeptizismus umgeschlagen ist.

Im ersten Abschnitt der Arbeit wurden hierzu die Besonderheiten des politischen Systems Dänemarks erläutert. Dort wurde deutlich, dass durch die hohe Anzahl von Parteien eine Zersplitterung des Parteiensystems stattgefunden hat und damit die Bildung von Regierungen vorgibt. Die Häufigkeit von Minderheitsregierungen in Dänemark hat einen entscheidenden Einfluss auf die Kooperation und Konkurrenz zwischen den Parteien. Durch den engen politischen Raum zwischen den Parteien müssen diese besonders sensibel auf Veränderungen der anderen Parteien reagieren. Kleinste Abwanderungen von Wählern können für die Bildung von Regierungen entscheidend sein. Gerade durch die Zunahme der Stimmenanteile und der starken Wählerabwanderung zur Dänischen Volkspartei ist Venstre unter Druck gesetzt worden.

Der analytische Rahmen dieser Arbeit zeigt die verschiedenen Formen des Euroskeptizismus auf und verdeutlichte des Weiteren, dass Euroskeptizismus von Parteien auch als politische Strategie betrieben werden kann. Dies scheint bei Venstre der Fall zu sein: Indem die Partei bereits 2011 Grenzkontrollen an den dänischen Außengrenzen wieder eingeführt hatte, warb die Partei im Wahlkampf für die nationalen Wahlen 2015 mit den anderen Parteien des blauen Blockes für eine Neuausrichtung der dänischen Europapolitik. Das Positionspapier mit dem Titel *Dansk velfærd i Europa* (Dänische Wohlfahrt in Europa) stellt heraus, dass sich die Parteien gegen Europa als eine Sozialunion wenden und an der Seite Großbritanniens für eine Reformierung der EU einsetzen wollen (Venstre, 2015).

Nach den Wahlen 2015 bildete die Partei Venstre alleine eine Minderheitsregierung unter Staatsminister Lars Løkke Rasmussen, weil keine Einigung über eine Koalition mit den anderen Parteien gefunden werden konnte. Die Regierung wird aber von den Parteien des blauen Blockes unterstützt (Bigalke, 2015). Der dänische Außenminister Kristian Jensen kündigte einen Tag nach seinem Amtsantritt an, dass die neue dänische Regierung schärfere Grenzkontrollen einführen werde (Tagesschau.de, 2015). Mit der Unterstützung von Venstre und den Einsatz von Regierungschef Lars Løkke Rasmussen wählte das Parlament am 3. Juli 2015 die ehemalige Parteivorsitzende der Dänischen Volkspartei Pia Kjaersgaard zur neuen Parlamentspräsidentin (Spiegel.de, 2015). Diese Beispiele sind ein Beleg dafür wie weit sich Venstre auf die Dänische Volkspartei bereits zubewegt hat.

Bonnie Meguids Theorie erklärt das Verhalten von Mainstream-Parteien gegenüber Nischenparteien. Aus dieser Theorie wurden die drei für diese Arbeit relevanten Hypothesen generiert. Diese Arbeit bestätigt in der Auswertung der Datensätze die Annahme, dass sich durch den politischen Druck der Dänischen Volkspartei Venstre sich inhaltlich auf diese zubewegt. Die PSO-Theorie von Meguid eignete sich in diesem Fall, um das Verhalten einer Mainstreamparteien gegenüber einer Nischenparteien zu erklären.

Als kritisch zu betrachten bleibt die im Rahmen der Analyse gewonnene Erkenntnis, dass die Datengrundlage des CMP, sowie EMP ungenügend ist. Es stellte sich beim CMP-Datensatz heraus, dass in der relevanten Variablenkategorie mit der Einstellung gegenüber der EU für Venstre keine Daten vorliegen. Des Weiteren unterscheiden sich die Parteiprogramme im Umfang zwischen den Parteien massiv. Bei einigen Parteien ist im Beitrag Dänemarks zum CMP über Wahljahre hinweg nur eine Wahlbroschüre kodiert worden und nicht ein vollständiges Parteiprogramm. Hierdurch variiert auch die Datenqualität bei den Parteien. Hansen stellt in seinem Aufsatz einen Zusammenhang zwischen den Problemen bei der Kodierung der Parteiprogrammen und der links-rechts Einordnung der Parteien her. Er macht deutlich, dass auf der Grundlage der Daten im CMP eine Parteienlandschaft dargestellt wird, die im Gegensatz zu der Einordnung in Dänemark steht.

Für eine bessere Analyse mit einer gesteigerten Aussagekraft wäre es von Vorteil eine bessere Datengrundlage zur Verfügung zu haben. Bei weitergehenden Forschungsvorhaben ließe sich mit genaueren Daten für Dänemark im Bezug auf das Verhalten von Parteien noch dezidiertere Aussagen über das Verhalten der verschiedenen Parteien untereinander machen.

Weitergehend von Interesse wäre die Untersuchung von weiteren dänischen Parteien im Bezug auf ihr Verhalten gegenüber der Dänischen Volkspartei und der Einstellung gegenüber dem Euroskeptizismus. In diesem Zusammenhang würde sich die Analyse der Sozialdemokraten und Venstre im Vergleich zur Dänischen Volkspartei anbieten, um auch Bonnie Meguids Theorie im Bezug auf die relative Macht zwischen den Mainstream-Parteien zu überprüfen. Diese Arbeit stellt daher heraus, dass der zunehmende politische Erfolg der ehemaligen Nischenpartei Dänische Volkspartei die etablierte Partei Venstre zu einer programmatischen Annäherung im Euroskeptizismus an die Dänische Volkspartei führt.

Literaturverzeichnis

- ADAMS, J., CLARK, M., EZROW, L. & GLASGOW, G. 2006. Are Niche Parties Fundamentally Different from Mainstream Parties? The Causes and the Electoral Consequences of Western European Parties' Policy Shifts, 1976-1998. *American Journal of Political Science*, 50, 513-529.
- ARNDT, C. 2012. Die Folketingswahl in Dänemark vom 15. September 2011: Abwahl einer Regierung ohne klaren Sieg der Opposition. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 43, 142-152.
- ARTER, D. 2006. *Democracy in Scandinavia: consensual, majoritarian or mixed?*, Manchester [u.a.], Manchester Univ. Press.
- BENGTSSON, Å., HANSEN, K., HARÖARSON, Ó. Þ., NARUD, H. M. & OSCARSSON, H. 2014. *The Nordic voter: Myths of exceptionalism*, Colchester, Ecpr Press.
- BERGMAN, T. 1993. Formation rules and minority governments. *European Journal of Political Research*, 23, 55-66.
- BERGMAN, T. & STRØM, K. 2011. *The Madisonian turn: Political parties and parliamentary democracy in Nordic Europe*, University of Michigan Press.
- BILLE, L. 1999. Denmark. *European Journal of Political Research*, 36, 371-381.
- BILLE, L. 2000. Denmark. *European Journal of Political Research*, 38, 366-373.
- BILLE, L. 2002. Denmark. *European Journal of Political Research*, 41, 941-946.
- BILLE, L. 2008. Denmark. *European Journal of Political Research*, 47, 952-961.
- BILLE, L. 2010. Denmark. *European Journal of Political Research*, 49, 947-954.
- BUDGE, I. & FARLIE, D. 1977. *Voting and party competition: A theoretical critique and synthesis applied to surveys from ten democracies*, John Wiley & Sons.
- BUDGE, I. & FARLIE, D. 1983. *Explaining and predicting elections: Issue effects and party strategies in twenty-three democracies*, Taylor & Francis.
- CHRISTIANSEN, P. M. & TOGEBY, L. 2006. Power and Democracy in Denmark: Still a Viable Democracy. *Scandinavian Political Studies*, 29, 1-24.
- CONTI, N. & MEMOLI, V. 2011. The multi-faceted nature of party-based Euroscepticism. *Acta Politica*, 47, 91-112.
- COX, G. W. 1997. *Making votes count: strategic coordination in the world's electoral systems*, Cambridge, Cambridge Univ Press.

- CRUM, B. 2007. Party Stances in the Referendums on the EU Constitution: Causes and Consequences of Competition and Collusion. *European Union Politics*, 8, 61-82.
- DAMGAARD, E. 1992. *Parliamentary change in the Nordic countries*, Oslo, Universitetsforlaget.
- DAMGAARD, E. 2004. Developments in Danish Parliamentary Democracy: Accountability, Parties and External Constraints. *Scandinavian Political Studies*, 27, 115-131.
- DE MASTER, S. & LE ROY, M. K. 2000. Xenophobia and the European Union. *Comparative Politics*, 32, 419-436.
- DE VREESE, C. H. & BOOMGAARDEN, H. G. 2005. Projecting EU Referendums: Fear of Immigration and Support for European Integration. *European Union Politics*, 6, 59-82.
- DE VRIES, C. E. & EDWARDS, E. E. 2009. Taking Europe To Its Extremes: Extremist Parties and Public Euroscepticism. *Party Politics*, 15, 5-28.
- DE VRIES, C. E. & VAN KERSBERGEN, K. 2007. Interests, Identity and Political Allegiance in the European Union. *Acta Politica*, 42, 307-328.
- DEFLEM, M. & PAMPEL, F. C. 1996. The Myth of Post-national Identity: Popular Support for European Unification. *Social Forces*, 75, 119.
- DUVERGER, M. 1967. *Political parties their organization and activity in the modern state*, London, Methuen.
- EICHENBERG, R. C. & DALTON, R. J. 1993. Europeans and the European Community: the dynamics of public support for European integration. *International Organization*, 47, 507-534.
- EICHENBERG, R. C. & DALTON, R. J. 2007. Post-Maastricht Blues: The Transformation of Citizen Support for European Integration, 1973–2004. *Acta Politica*, 42, 128-152.
- EZROW, L. 2010. *Linking Citizens and Parties: How Electoral Systems Matter for Political Representation*, Oxford [u.a.], Oxford Univ. Press.
- EZROW, L., DE VRIES, C., STEENBERGEN, M. & EDWARDS, E. 2010. Mean voter representation and partisan constituency representation: Do parties respond to the mean voter position or to their supporters? *Party Politics*, 17, 275-301.
- FLOOD, C. 2002. The Challenge of Euroscepticism. In: GOWER, J. (ed.) *The European Union handbook*. 2. ed. ed. New York [u.a.]: Routledge.
- FÖRSTER, C. 2014. *Die nordischen Länder Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*, Wiesbaden, Springer VS.
- GABEL, M. & PALMER, H. D. 1995. Understanding Variation in Public Support for European Integration. *European Journal of Political Research*, 27, 3.

- GREEN-PEDERSEN, C. & WALGRAVE, S. 2014. *Agenda Setting, Policies, and Political Systems: A Comparative Approach*, University of Chicago Press.
- GREEN - PEDERSEN, C. 2006. Long - term Changes in Danish Party Politics: The Rise and Importance of Issue Competition. *Scandinavian Political Studies*, 29, 219-235.
- HAINSWORTH, P. 2008. *The Extreme Right in Western Europe*, Oxon, Routledge.
- HALIKIOPOULOU, D. & VASILOPOULOU, S. 2014. Support for the Far Right in the 2014 European Parliament Elections: A Comparative Perspective. *The Political Quarterly*, 85, 285-288.
- HANSEN, M. E. 2008. Back to the Archives? A Critique of the Danish Part of the Manifesto Dataset. *Scandinavian Political Studies*, 31, 201-216.
- IVARSFLATEN, E. 2005. The Vulnerable Populist Right Parties: No Economic Realignment Fuelling Their Electoral Success. *European Journal of Political Research*, 44, 465-492.
- IVARSFLATEN, E. 2008. What Unites Right-Wing Populists in Western Europe?: Re-Examining Grievance Mobilization Models in Seven Successful Cases. *Comparative Political Studies*, 41, 3-23.
- JENSEN, C. B. & SPOON, J.-J. 2010. Thinking locally, acting supranationally: Niche party behaviour in the European Parliament. *European Journal of Political Research*, 49, 174-201.
- JOCHEM, S. 2012. *Die politischen Systeme Skandinaviens*, Wiesbaden, Springer VS.
- JUUL CHRISTIANSEN, F. & DAMGAARD, E. 2008. Parliamentary Opposition under Minority Parliamentarism: Scandinavia. *The Journal of Legislative Studies*, 14, 46-76.
- KATZ, R. S. 2008. Euroscepticism in Parliament: A comparative analysis of the European and national parliaments. In: TAGGART, P. & SZCZERBIAK, A. (eds.) *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*. New York: Oxford University Press.
- KNUDSEN, A.-C. L. 2008. Euroscepticism in Denmark. In: TAGGART, P. & SZCZERBIAK, A. (eds.) *Opposing Europe?: The Comparative Party Politics of Euroscepticism*. Oxford: Oxford University Press.
- KRIESI, H., GRANDE, E., LACHAT, R., DOLEZAL, M., BORNSCHIER, S. & FREY, T. 2006. Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. *European Journal of Political Research*, 45, 921-956.
- LECONTE, C. 2010. *Understanding euroscepticism*, New York, Palgrave Macmillan.
- LIJPHART, A. 1994. *Electoral systems and party systems: A study of twenty-seven democracies, 1945-1990*, Oxford, Oxford University Press.

- LIJPHART, A. 2012. *Patterns of democracy government forms and performance in thirty-six countries*, New Haven [u.a.], Yale Univ. Press.
- LUBBERS, M. 2008. Regarding the Dutch 'Nee' to the European Constitution: A Test of the Identity, Utilitarian and Political Approaches to Voting 'No'. *European Union Politics*, 9, 59-86.
- LUBBERS, M. & SCHEEPERS, P. 2007. Euro-scepticism and extreme voting patterns in Europe. Social cleavages and socio-political attitudes determining voting for the far left, the far right, and non-voting. In: LOOSVELDT, G., SWYNGEDOUW, M. & CAMBRÉ, B. (eds.) *Measuring Meaningful Data in Social Research*. Leuven: Acco.
- MEGUID, B. M. 2005. Competition between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. *American Political Science Review*, 99, 347-359.
- MEGUID, B. M. 2008. *Party competition between unequals strategies and electoral fortunes in Western Europe*, Cambridge [u.a.], Cambridge Univ. Press.
- MEYER, T. 2010. *Party competition over time: How voters and intra-party structure constrain party policy shifts*. Universität Mannheim.
- MEYER, T. M. & MILLER, B. 2013. The niche party concept and its measurement. *Party Politics*, 21, 259-271.
- MIKLIN, E. 2014. From 'Sleeping Giant' to Left-Right Politicization? National Party Competition on the EU and the Euro Crisis. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 52, 1199-1206.
- MUDDE, C. 2007. *Populist radical right parties in Europe*, Cambridge [u.a.], Cambridge Univ. Press.
- MÜLLER, W. C. & STRØM, K. 1999. Conclusion: Party Behavior and Representative Democracy. In: MÜLLER, W. C. & STRØM, K. (eds.) *Policy, office, or votes? how political parties in Western Europe make hard decisions*. dig. print ed. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- NANNESTAD, P. 2009. Das politische System Dänemarks. In: ISMAYR, W. (ed.) *Die politischen Systeme Westeuropas: 4. aktualisierte und überarbeitete Auflage*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- ORDESHOOK, P. C. & SHVETSOVA, O. V. 1994. Ethnic Heterogeneity, District Magnitude, and the Number of Parties. *American Journal of Political Science*, 38, 100.
- PEDERSEN, M. N. 2000. Coalition formation processes in Danish politics: Reflections on norms, procedures and processes. In: STÅHLBERG, L. K. K. (ed.) *Festschrift for Dag Anckar on his 60th Birthday on February 12 2000*. Åbo: Åbo Akademis Förlag.
- POWELL, G. B., JR. 2000. *Elections as Instruments of Democracy: Majoritarian and Proportional Visions*, Yale University Press.
-

- RYDGREN, J. 2007. The Sociology of the Radical Right. *Annual Review of Sociology*, 33, 241-262.
- SZCZERBIAK, A. & TAGGART, P. 2008. *Opposing Europe? The comparative party politics of Euroscepticism*, New York, Oxford University Press.
- TAAGEPERA, R. & SHUGART, M. S. 1989. *Seats and votes the effects and determinations of electoral systems*, New Haven u.a., Yale Univ. Pr.
- TAGGART, P. 1998. A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. *European Journal of Political Research*, 33, 363-388.
- TAGGART, P. & SZCZERBIAK, A. 2002. Europeanisation, Euroscepticism and Party Systems: Party-Based Euroscepticism in the Candidate States of Central and Eastern Europe. *Perspectives on European Politics and Society*, 3, 23-41.
- TOPALOFF, L. K. 2012. *Political parties and euroscepticism*, Basingstoke [u.a.], Palgrave Macmillan.
- VLIEGENTHART, R., WALGRAVE, S. & MEPELINK, C. 2011. Inter-party Agenda-Setting in the Belgian Parliament: The Role of Party Characteristics and Competition. *Political Studies*, 59, 368-388.
- WEIDENFELD, W. & WESSELS, W. 2014. *Europa von A bis Z: Taschenbuch der europäischen Integration*, Baden-Baden, Nomos.
- WERTS, H., SCHEEPERS, P. & LUBBERS, M. 2013. Euro-scepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008: Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. *European Union Politics*, 14, 183-205.
- WIDFELDT, A. 2015. *Extreme right parties in Scandinavia*, London [u.a.], Routledge.

Quellenverzeichnis

- BERLINGSKE 2015. Vælgervandringer. Online unter:
<http://www.politiko.dk/vaelgervandringer> [letzter Zugriff: 01.07.2015].
- BIGALKE, S. 2015. Rasmussen startet mit Minderheit. Online unter:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/daenemark-rasmussen-startet-mit-minderheit-1.2541386> [Stand: 28.06.2015; letzter Zugriff: 06.07.2015].
- BRAUN, D., SCHMITT, H., WÜST, A. M., POPA, S. A., MIKHAYLOV, S., DWINGER, F. 2015. European Parliament Election Study 1979-2009, Manifesto Study. GESIS Data Archive, Köln.
- CENTRE FOR SURVEY AND SURVEY/REGISTER DATA (CSSR) 2015. Dataset: Election Study 1998. Online unter: <http://cssr.surveybanken.aau.dk/webview/> [Stand: 17.07.2015; letzter Zugriff: 17.07.2015].
- CENTRE FOR SURVEY AND SURVEY/REGISTER DATA (CSSR) 2015. Dataset: Election Study 2001. Online unter: <http://cssr.surveybanken.aau.dk/webview/> [Stand: 17.07.2015; letzter Zugriff: 17.07.2015].
- CENTRE FOR SURVEY AND SURVEY/REGISTER DATA (CSSR) 2015. Dataset: Election Study 2005. Online unter: <http://cssr.surveybanken.aau.dk/webview/> [Stand: 17.07.2015; letzter Zugriff: 17.07.2015].
- CENTRE FOR SURVEY AND SURVEY/REGISTER DATA (CSSR) 2015. Dataset: Election Study 2007. Online unter: <http://cssr.surveybanken.aau.dk/webview/> [Stand: 17.07.2015; letzter Zugriff: 17.07.2015].
- CENTRE FOR SURVEY AND SURVEY/REGISTER DATA (CSSR) 2015. Dataset: Election Study 2011. Online unter: <http://cssr.surveybanken.aau.dk/webview/> [Stand: 17.07.2015; letzter Zugriff: 17.07.2015].
- DANMARKS RADIO 2015. Valg 2015 Vælgervandringer. Online unter:
<http://www.dr.dk/nyheder/politik/valg2015/vaelgervandringer#O2015> [Stand: 19.06.2015; letzter Zugriff: 01.07.2015].
- MARXER, W. 2013. Manifesto Research-Forschungsbericht Liechtenstein (Stand 2013), Liechtenstein-Institut.
- SPIEGEL.DE 2015. Dänemark: Rechtspopulistin wird Parlamentspräsidentin. Online unter:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/daenemark-rechtspopulistin-wird-parlamentspraesidentin-a-1041994.html> [Stand: 03.07.2015; letzter Zugriff: 06.07.2015].
- STUBAGER, R., JAKOB, H., MAJA, S. & KATRINE, K. 2013. Danske Vælgere 1971–2011. En Oversigt over Udviklingen I Vælgernes Holdninger Mv, Aarhus, Aarhus University.
-

- TAGESSCHAU.DE 2015. Dänemark plant schärfere Kontrollen. Online unter:
<http://www.tagesschau.de/ausland/daenemark-grenzkontrollen-101.html>
[Stand: 30.06.2015; letzter Zugriff: 06.07.2015].
- VENSTRE 2015. Dansk velfærd i Europa. Online unter:
http://www.venstre.dk/_Resources/Persistent/2545e9a8cbb2a9b14ef210e81b987b159c440bb0/Dansk-velfrd-i-Europa.pdf [Stand: 11.06.2015; letzter Zugriff: 01.07.2015].
- VOLKENS, A., LEHMANN, P., MATTHIEF, T., MERZ, N., REGEL, S. & WERNER, A. 2015. The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2015a. *In:* (WZB), W. B. F. S. (ed.) 2015a ed. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- WYSSUWA, M. 2015. Alternative für Dänemark. Online unter:
<http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/daenemark-wahlen-die-alternative-macht-den-unterschied-13650689.html> [Stand: 17.06.2015; letzter Zugriff: 16.07.2015].